

Jugend, Soziales, Information und Sport

Amt für Jugend und Familie

Erstmals führte das Amt für Jugend und Familie gemeinsam mit dem Presse- und Informationsdienst eine Medienkampagne für einen „gewaltfreien Umgang mit Kindern“ durch. Die Kampagne sollte die Bewußtseinsbildung und Diskussion über diese Thematik anregen sowie über das Spektrum an Hilfestellungen informieren und dazu auffordern, diese auch in Anspruch zu nehmen. Es sollte klar werden, daß die Stadt Wien eindeutig für gewaltlose Erziehung und den gewaltfreien Umgang mit Kindern eintritt, wobei auch die Solidarität mit und zwischen gewaltlos Erziehenden gefördert werden sollte.

In einem weiteren Schritt schien es wichtig, die Wurzeln und Ursachen von Gewalt näher darzustellen, um gewaltlose Erziehung in einer praktischen Weise vorzustellen und zu propagieren. Vizebürgermeisterin Grete Laska informierte bei der Sitzung des Wiener Familienforums am 12. Mai 1997 erstmals über die beabsichtigte Kampagne und ersuchte die Mitglieder des Familienforums um Vorschläge, worauf in erster Linie die Aufmerksamkeit gelenkt werden sollte. Auf der Basis dieser Vorschläge formulierte das Amt für Jugend und Familie die Grundsätze der Kampagne, die der Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Auswahl der durchführenden Agentur zugrunde lagen. Die Vorschläge der Agenturen gingen in zwei Richtungen: Das Problem Gewalt provozierend aufzuzeigen bzw. den Schwerpunkt darauf zu legen, wo wirklich Hilfe zu bekommen ist. Das schließlich ausgewählte Sujet reduzierte die Grundaussage auf das ganz Wesentliche („G'sunde Watsch'n?", „Zucht und Ordnung?", „Guter Onkel?“) und hob die Servicekompetenz des Amtes für Jugend und Familie hervor, um den Weg zur Hilfe zu zeigen („Wählen Sie den Ausweg. Tel. 4000-8011, Amt für Jugend und Familie“). Bei der Präsentation im Wiener Familienforum fand die Kampagne große Zustimmung und Lob. Die Kampagne startete mit einem Pressegespräch von Vizebürgermeisterin Grete Laska am 1. Oktober 1997. Vom 5. Oktober bis Ende November lief die Kampagne insbesondere durch Plakate und Einschaltungen in Printmedien sowie durch eine Reihe zusätzlicher Beiträge in verschiedenen Medien. City-Light-Plakate erschienen in der Zeit von 16. bis 29. Oktober 1997 an insgesamt 710 Stellen in Wien. Eine Ausgabe von „Unser Wien“ war der Thematik gewidmet und ging an jeden Haushalt. 15.000 Poster wurden an kinder- und familienrelevante Einrichtungen verteilt. Die Hauswandzeitungen in städtischen Wohnhäusern und Genossenschaftshäusern behandelten das Thema im November und Dezember. Zwei Broschüren an Eltern bzw. Pädagogen wurden herausgegeben und in der Auflage von je 20.000 Stück an familienrelevante Einrichtungen und Interessenten verteilt. Weiters gab es „Giveaways“ (Kleber, Poster, Anhänger), die insbesondere auf das Amt für Jugend und Familie hinwiesen.

Zwei Aufführungen des „Forumtheaters“ im Donauzentrum und am Meiselmarkt behandelten die Thematik und boten Mitspielmöglichkeiten für die Zuschauer. Bei diesen und anderen Veranstaltungen wurden Info-Stände eingerichtet.

Kindertagesheime, Schulen, Eltern-Kind-Zentren und andere ergriffen in ihrem Wirkungsbereich Initiativen zur Thematik. Verschiedene Printmedien griffen das Thema auf und brachten Beiträge.

Mit Beginn der Kampagne richtete das Amt für Jugend und Familie ein eigenes Servicetelefon (4000/8011) ein. Während der Kampagne stand das Telefon täglich 12 Stunden zur Verfügung. Seit Dezember werden die Dienste des Servicetelefons Montag bis Freitag werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr angeboten. Das Servicetelefon gibt Auskünfte und Informationen in Familien- und Erziehungsfragen, bietet Beratung bei familiären Problemstellungen oder in akuten Krisensituationen an und vermittelt weiterführende Möglichkeiten, informiert insbesondere über die Serviceangebote der Ämter für Jugend und Familie und anderer Einrichtungen.

Während der Kampagne erhielt das Servicetelefon 878 Anrufe, davon 47 aktuelle Hinweise auf Gefährdungen von Kindern durch Gewalt. Die Anrufe bezogen sich in erster Linie auf allgemeine Kinder- und Familienfragen, weiters auf Erziehungsprobleme, Obsorge-, Besuchsrecht und andere familienbezogene Rechtsfragen, Mißhandlung/Mißbrauch/Vernachlässigung und finanzielle Probleme.

In einer Kurzevaluation im Anschluß an die Kampagne beurteilten Ämter für Jugend und Familie und diverse Beratungseinrichtungen die Durchführung der Kampagne positiv. Hervorgehoben wurde die Wichtigkeit des öffentlichen Herangehens an das Thema „Gewalt an Kindern“, die Sensibilisierung breiter Bevölkerungskreise und die Information über das Leistungsangebot des Amtes für Jugend und Familie.

Bereits vor dem Start der Kampagne kam es in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsdienst zur Entwicklung eines neuen Erscheinungsbildes bzw. eines Logos (Wort-Bild-Marke) für das Amt für Jugend und Familie. Ein renommiertes Grafikerteam entwickelte das neue Logo, das neben einem charakteristischen Bild die Bezeichnung MAG ELF vorsieht.

Es galt, für eine Magistratsabteilung mit über 7.000 MitarbeiterInnen ein charakteristisches Logo zu finden. In erster Linie handelt es sich um eine große Dienstleistungseinrichtung, die Familien bei Kinderbetreuung und Kindererziehung unterstützt. Die MAG ELF besteht aus der Zentralstelle und rund 650 speziellen bzw. regionalen Einrichtungen (davon 367 Kindertagesheimen).

Am 30. September 1997 wurde das neue Logo einer abteilungsinternen Öffentlichkeit vorgestellt. Die Kampagne „Gewaltfreier Umgang mit Kindern“ bot die Möglichkeit, das neue Logo einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Rückmeldungen, sowohl aus dem Kreis der MitarbeiterInnen als auch der Bevölkerung in der Öffentlichkeit, sind sehr positiv.

Arbeitsschwerpunkte waren weiters die Vorbereitung der Übersiedlung der Zentralstelle der MAG ELF in ein neu adaptiertes Bürohaus in 3, Rüdengasse 11, mit Jahresbeginn 1998 und die Vorbereitung von Umstrukturierungen, die auf Grund zeitgemäßer Ansprüche an eine große Dienstleistungsorganisation erforderlich waren.

In Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie startete ein Führungskräftelehrgang „Sozialmanagement“ für leitende MitarbeiterInnen im Bereich der MAG ELF. Die Zielsetzungen des Lehrganges sind: die Qualifikationen der TeilnehmerInnen zur Wahrnehmung von Führungsaufgaben zu erhöhen, Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus Managementlehre und Sozialmanagement zu vermitteln und die interprofessionelle Kooperation sowie die Ausformung einer gemeinsamen Identität zu fördern.

I.

Arbeitsgruppen der Rechtsfürsorge testeten ein Gesamtprogramm für die Aktenbearbeitung der Rechtsfürsorge im Rahmen elektronischer Datenverarbeitung und prüften die Umsetzung des Programmes in die Praxis.

Für 13 Jugendliche (1996: 9) übernahmen MitarbeiterInnen der Rechtsfürsorge die Vertretung minderjähriger Fremder gemäß § 71 Abs. 3 Fremdengesetz. Besonders geschulte MitarbeiterInnen vertraten 147 jugendliche Asylwerber (1996: 61) im Zuge des Asylverfahrens gegenüber dem Bundesasylamt.

Die Zahl der Familien, die zum Jahresende einen Wiener Familienzuschuß in der Höhe von S 700 bis S 2.100 pro Monat bezogen, erhöhte sich von 2.780 (1996) auf 2.976. Die Zahl der im Laufe des Jahres gestellten Anträge betrug 3.635 (1996: 3.328), die Gesamtsumme der Auszahlungen betrug rund S 66,504.000 (1996: S 61,935.000).

Die 28.767 Betreuungsfälle der Rechtsfürsorge (Stand zum Jahresende) setzten sich zusammen aus 260 Übertragungen der Obsorge (§ 176 a ABGB), 253 gesetzlichen und 345 bestellten Vormundschaften, 24.467 Sachwalterschaften, 120 Amtshilfen für Jugendwohlfahrtsträger außerhalb Wiens, 3.322 Fällen der Einbringung von Kostenersatz für die Unterbringung von Kindern in „voller Erziehung“ (in Pflegefamilien, Heimen oder sonstigen Einrichtungen). Bei 42,6 Prozent der Obsorge-, Vormundschafts- und Sachwalterschaftsfälle war es notwendig, Unterhaltsvorschlüsse zu beantragen.

Die Gesamtsumme der durch die Tätigkeit der Rechtsfürsorge hereingebrachten Unterhaltszahlungen betrug S 566,472.963,38, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 4 Prozent entsprach (1996: 1,73 %).

Die Fortbildung für die MitarbeiterInnen bezog sich auf die Themen „Exekution auf unbewegliches Vermögen - Realexekution - Grundbuch“, „Asylgesetz“ und die „Sachwalterschaft für Behinderte“.

Die Fortbildungsveranstaltung für Leiterinnen und Leiter der Ämter für Jugend und Familie war dem „Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie“ gewidmet.

II.

Im Bereich der Sozialarbeit für Kinder, Jugendliche und Familien standen die Informationsbroschüren „Rund um das Baby - nützliche Informationen für junge Eltern“ und „Will schon! Kann schon? - Ihr Kind nach dem 1. Lebensjahr“ weiterhin zur Verfügung.

An 16 Standorten können sich werdende Eltern im Rahmen der Elternschule auf die Geburt eines Kindes vorbereiten und Kompetenz und Sicherheit im Umgang mit dem Kind erwerben. Die Kurse bestehen aus 4 bis 7 Kursabenden. Die Elternschulen geben Tips und Hinweise für das Alltagsleben mit dem Säugling und Kleinkind und informieren, wie Eltern Überforderungsreaktionen vermeiden und Entlastung und Hilfestellungen finden können. Einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt hat der an einem Standort durchgeführte Kurs „Elternschule für Adoptivelternwerber“.

An den 493 Kursabenden nahmen insgesamt 4.262 HörerInnen teil, was einer Frequenz von 9 Besuchern pro Abend entspricht (1996:10). Den meisten Zuspruch haben die Elternschulen in den Eltern-Kind-Zentren im 10., 16., 21. und 22. Bezirk mit fast der Hälfte aller KursteilnehmerInnen.

Mehr Mütter und Väter als im Vorjahr kamen zu den Elternrunden an 5 Standorten, wo nach der Geburt mit Kinderpflegerinnen und Psychologen Erziehungsfragen besprochen werden. 1.330 Mütter und Väter von insgesamt 1.322 Kindern nahmen daran teil (1996: 1.139 Mütter und Väter mit 1.165 Kindern).

Rund ein Drittel aller in Wien geborenen Kinder werden in den Elternberatungsstellen vorgestellt. Die Eltern schätzen das Angebot des interdisziplinären Teams, bestehend aus Ärzten bzw. Ärztinnen und SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen. Neben Beratung und Information werden kostenlose Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen angeboten.

Dolmetscher für Türkisch und Serbisch bzw. Kroatisch tragen dazu bei, daß die prophylaktische Hilfe der Elternberatung auch vielen ausländischen Familien zugute kommt.

Insgesamt wurden in den 57 Elternberatungsstellen 77.972 Säuglinge bzw. Kleinkinder vorgestellt, und zwar an 3.614 Beratungstagen. Der Durchschnittsbesuch betrug 22 Säuglinge bzw. Kleinkinder (1996: 21). Meist sind es die

Mütter, die mit ihren Kindern zur Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen in die Elternberatungsstellen kommen. Auch einige Väter stellen ihre Kinder in den Elternberatungsstellen vor und lassen sich beraten, ihre Zahl betrug 6.644.

Durch die Eröffnung zweier neuer Eltern-Kind-Zentren erhöhte sich deren Zahl auf 9. Das Eltern-Kind-Zentrum 21, Ocwigasse 3, liegt im Neubaugebiet der Brünner Straße und umfaßt u.a. Elternberatung, Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle, Besuchscafé, Stillgruppe, Sprechstunden von SozialarbeiterInnen und RechtsfürsorgerInnen, Scheidungsberatung, Elterncafé. Das neue Eltern-Kind-Zentrum in Wien 11, Rosa-Jochmann-Ring 5/13, umfaßt u.a. Elternberatung, Besuchscafé, Elterncafé, Elternschule, psychologische Beratung, Pflegeelternrunde, Stillgruppe und Sprechstunden von SozialarbeiterInnen.

Die Gesamtbesucherzahl der Eltern-Kind-Zentren betrug 69.025 (1996: 59.440). 27.943 Mütter, Väter und Kinder nahmen Angebote der SozialpädagogInnen in Anspruch, 7.302 Mütter und Väter kamen in die Sprechstunde der SozialarbeiterInnen, 6.940 nützten Informations- und Beratungsangebote anderer Berufsgruppen.

2.755 Ratsuchende kamen in die Eltern-Kind-Zentren, um sich über Babypflege und Ernährung zu informieren, 7.599 suchten darüber ausführliche telefonische Auskunft. Ein besonderer Anziehungspunkt sind die Mütter- und Elterncafés; sie verzeichneten 10.050 BesucherInnen. An Stillgruppen nahmen 7.802 Mütter teil.

1.087 Mütter und 1.224 Kinder besuchten die kreativen Vormittage, die in 5 Eltern-Kind-Zentren angeboten wurden. 967 BesucherInnen verzeichneten die beiden Spielgruppen. 2.597 Mütter und Väter nahmen die Beratungsangebote der Familienhebammen in Anspruch; die Nachfrage nach diesem Angebot ist steigend.

Nachdem das Schwangerenturnen im Eltern-Kind-Zentrum 21, Freytaggasse 32, wieder aufgenommen wurde, nahmen 644 Frauen daran teil.

Die muttersprachliche Beratung für türkische Familien sowie der Deutschkurs für türkische Frauen bildeten im Eltern-Kind-Zentrum 10, Quellenplatz 4, weiterhin ein bewährtes Angebot, bei dem neben dem Sprachunterricht auch die Informationsweitergabe über Beratungseinrichtungen und Hilfen sowie die Gesprächsmöglichkeit der Frauen untereinander eine wesentliche Rolle spielen.

An den Treffen von Müttern mit Zwillingen in 3 Eltern-Kind-Zentren nahmen 198 Mütter und 328 Kinder teil.

Das Familienberatungsangebot der Konfliktberatungsstelle nahmen 293 Ratsuchende in Anspruch, die Familienberatung mit Psychosomatik 593. In die Sprechstunden der PsychologInnen kamen 786 KlientInnen.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zu den Geburtenspitälern informieren und beraten jede Wöchnerin über die Serviceangebote des Amtes für Jugend und Familie und bieten konkrete Hilfestellungen bei familiären bzw. sozialen Problemen an.

Insgesamt führten die Sozialarbeiterinnen 19.730 Gespräche.

Bei 2.460 Wöchnerinnen bzw. von den Ambulanzen zugewiesenen Schwangeren waren neben der Beratung auch weitergehende Hilfestellungen und Interventionen erforderlich. Davon lebten 725 Frauen in einer sozialproblematischen Situation, 444 Frauen hatten wirtschaftliche und finanzielle Probleme, 543 waren Alleinerzieherinnen. Bei 424 Frauen lagen der Intervention problematische Mutter-Kind-Interaktionen zugrunde. 333 Wöchnerinnen waren noch minderjährig. Für 1.024 Frauen wurde eine weitergehende Betreuung initiiert.

Erstmals offerierte eine Sozialarbeiterin des Verbindungsdienstes zu den Geburtenspitälern ein Informationsangebot bei der Geburtsvorbereitung im Geburtshaus Nußdorf. Es fanden insgesamt 8 Informationsabende statt, die von 23 Paaren und 21 Frauen besucht wurden. In der Folge ergaben sich aus den Kontakten beim Informationsabend intensivere sozialarbeiterische Betreuungen. 85 Prozent der Teilnehmerinnen waren Erstgebärende mit den für diesen Lebensabschnitt signifikanten Informationswünschen nach finanziellen und rechtlichen Ansprüchen, Ressourcen, Serviceeinrichtungen der Stadt Wien sowie Anlaufstellen für Hilfestellungen und Krisenbewältigung.

Sozialarbeiterinnen des Verbindungsdienstes wirkten in der Hebammenschulung mit, um zum Zweck einer guten Vernetzung über Problembereiche und Unterstützungsmöglichkeiten der Sozialarbeit zu informieren.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zu den Kinderspitälern informieren bei Bedarf Eltern von aufgenommenen Kindern über Hilfsmöglichkeiten und finanzielle Ansprüche und begleiten Angehörige auch bei der Bewältigung besonders belastender Krankheits- und Krisensituationen.

Die Sozialarbeiterinnen begannen insgesamt 1.627 Betreuungen neu, wobei insgesamt 8.063 Befassungen erfolgten. Die Zahl der notwendigen Gespräche mit verschiedenen Institutionen und dem medizinischen, pflegerischen und psychologischen Mitarbeitern betrug 14.790.

Die Zahl der persönlichen Gespräche mit Angehörigen oder Kindern betrug 3.052. Bei 786 Kindern bestanden soziale Schwierigkeiten, 376 Kinder wiesen Behinderungen auf oder waren von Behinderung bedroht, bei 147 Kindern bestand der Verdacht auf Mißhandlung oder Mißbrauch (im Preyer'schen Kinderspital allein bei 49 Kindern). Bei 64 Kindern stellte die Drogen- oder Alkoholabhängigkeit der Mutter ein Problem dar.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zur Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters und zur Heilpädagogischen Station der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde waren weiterhin in die jeweiligen interdisziplinären Teams integriert, wobei ihr Beitrag insbesondere in der psychosozialen Familiendiagnostik und im Aufzeigen und Erschließen entsprechender Unterstützungsressourcen für die Kinder besteht.

Weiterhin wirkten 25 Sozialpädagoginnen (Kinderpflegerinnen) in Ämtern für Jugend und Familie, Elternschulen, Elternberatungsstellen und Eltern-Kind-Zentren mit. Sie führten auch 3.273 Hausbesuche zur Beratung über Ernährung und Pflege von Kindern durch.

Die Zahl der Geburten in den Wiener Spitälern betrug 16.598, davon 8.231 Erstgeburten und 3.902 uneheliche Geburten. Die SozialarbeiterInnen gaben 8.125 Säuglingsausstattungen und 5.076 Kleinkinderausstattungen aus. Außerdem erhielten Eltern 966 Säuglingsausstattungen und 944 Kleinkinderausstattungen über die Ämter für Jugend und Familie bzw. die Adoptionsstelle.

Zum Jahresende standen den Ämtern für Jugend und Familie für muttersprachliche Beratungsdienste 7 DolmetscherInnen für Türkisch, Serbisch, Bosnisch und Kroatisch zur Verfügung.

Für die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie wurde ab September 1997 eine neue Dokumentationsform erprobt. Diese unterscheidet präziser zwischen den im Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehenen Kategorien „Soziale Dienste“ und „Hilfen zur Erziehung“. Erziehungshilfen umfassen einerseits die Unterstützung der Erziehung durch Beratung, Förderung der Erziehungskraft der Familie, Förderung der Entwicklung des Minderjährigen, Hilfe in Notsituationen u.a. und „volle Erziehung“ durch Erziehung eines Minderjährigen in einer Pflegefamilie, in einem Heim oder in einer sonstigen Einrichtung. Erziehungshilfen, mit denen die Erziehungsberechtigten einverstanden sind, bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Erziehungsberechtigten und dem Amt für Jugend und Familie. Stimmen die Erziehungsberechtigten einer notwendigen Erziehungshilfe nicht zu, so hat das Amt für Jugend und Familie zur Wahrung des Wohles des Minderjährigen entsprechende gerichtliche Verfügungen zu beantragen.

Nach dem neuen Dokumentationssystem werden als Hilfen zur Erziehung nunmehr nur jene Betreuungsformen gezählt, die auf Grund einer schriftlichen Vereinbarung bzw. einer gerichtlichen Verfügung durchgeführt werden.

Die im Rahmen der Sozialen Dienste durchgeführten Aktivitäten wurden bisher nicht gesondert dokumentiert. Als „Soziale Dienste“ sind jene Hilfen zu verstehen, die der Entwicklung und Förderung der Familie dienen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Es handelt sich dabei um allgemeine und besondere Beratungsangebote, vorbeugende und therapeutische Hilfen sowie Hilfen für die Betreuung und Erziehung von Kindern, wobei diese Dienste Vorbeugung zum Ziel haben. Die entsprechenden Aktivitäten beinhalten insbesondere Service- und Informationsdienste, weiters Hilfe bei finanziellen Problemen und Wohnungsproblemen, Hilfe bei Erziehungsproblemen und bei Gewalt in der Familie, Aktivitäten bei Scheidung, Trennung, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen, Hilfen bei gesundheitlichen und psychischen Problemen, bei Schulproblemen, bei Problemen mit der Arbeit und Lehre, bei Abhängigkeit und Sucht sowie bei Fragen der Aufenthaltsbewilligung und der Staatsbürgerschaft.

Auf der Basis der neuen Dokumentationsform bestanden zum Jahresende 4.125 Hilfen zur Erziehung (auf Grund einer Vereinbarung) und 5.196 aktuelle Betreuungen im Sinne Sozialer Dienste.

Seit der probeweisen Anwendung des neuen Dokumentationssystems mit September 1997 wurden insgesamt 26.716 Soziale Dienste abgeschlossen, was einem Durchschnitt von rund 6.700 abgeschlossenen Sozialen Diensten pro Monat entspricht. Die Sozialen Dienste wurden unabhängig von der Dauer der jeweiligen Betreuung gezählt.

Hilfen zur Erziehung auf Grund einer gerichtlichen Vereinbarung bestanden zum Jahresende 1.277 (1996: 13.335).

Nach den Daten der MA 14 - ADV sank die Zahl der Minderjährigen in Wien um rund 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 301.262. Im Durchschnitt waren damit pro Sozialarbeitersprengel (1 Sozialarbeiter) 1.293 Kinder zu betreuen (1996: 1.310).

Für SozialarbeiterInnen bestanden 329 ganztägige Posten (inklusive 3 Posten im Rahmen der Personalausgleichsstelle und 1 Personalvertreterposten) und 18 systemisierte Teilzeitposten. Von den ganztägigen Posten waren 19 Posten geteilt. Insgesamt waren 368 SozialarbeiterInnen ganztägig oder teilbeschäftigt und 3 SozialarbeiterInnen im Rahmen der Personalausgleichsstelle tätig.

Die Zahl der Stellungnahmen in pflegschaftsbehördlichen und strafgerichtlichen Verfahren betrug 4.265 (1996: 3.831).

Informationsgespräche gemäß § 2112 Abs. 1 ABGB über die elterlichen Rechte und Pflichten und die möglichen Hilfestellungen der Jugendwohlfahrt fanden 11.966 statt (1996: 13.335).

Die SozialarbeiterInnen stellten insgesamt 19.226 Anträge auf Aushilfen für Familien nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (1996: 18.867). Außerdem vermittelten die SozialarbeiterInnen 7.366 weitere finanzielle Hilfen, wie z.B. wirtschaftliche Krisenhilfen u.a.

Für die Wirtschaftliche Krisenhilfe für Familien, Schwangere und AlleinerzieherInnen in Krisensituationen standen weiterhin S 14,500.000 zur Verfügung. Von 1.083 eingelangten Ansuchen konnten 807 positiv erledigt werden, 197 wurden abgelehnt, bei 47 änderte sich die Situation, 32 befanden sich in Bearbeitung. Vermehrt, und zwar zu 46 Prozent im Vergleich zu 41 Prozent im Vorjahr, dienten die Unterstützungen der Sicherung bzw. Schaffung einer Wohnmöglichkeit (Mietzinsrückstände und Baukostenzuschüsse für Gemeindewohnungen 36 %, private Mietrückstände 2 %, Wohnraumbeschaffung am privaten Markt 8 %). 13 Prozent der Unterstützungsmittel wurden zur Sicherung der Strom-, Gas- und Heizversorgung bewilligt, 38 Prozent zur Anschaffung notwendiger Möbel bzw. für Installationen und 3 Prozent zur Hilfe bei sonstigen Notständen.

Weiters standen aus Mitteln der Odescalchi-Stiftung S 321.000 zur Verfügung, womit 110 Familien bzw. Jugendliche unterstützt wurden. Weitere 10 Unterstützungen kamen aus Mitteln der Geiter-Goos-Stiftung in der Gesamthöhe von S 30.000 und der Stadtrat Leopold-Thaller-Hilfe in der Gesamthöhe von S 49.997,60.

Die Zahl der Meldungen über Maßnahmen bei Gewaltanwendung in Familien (Mißhandlung, Vernachlässigung, Mißbrauch) stieg gegenüber dem Vorjahr stark an, offenbar dadurch, daß die Thematik in der Öffentlichkeit stark behandelt wurde. Nach dieser Statistik waren die Ämter für Jugend und Familie insgesamt mit 319 Fällen von Gewalt in Familien intensiver befaßt (1996: 144), und zwar in 232 Fällen von Mißhandlung bzw. Vernachlässigung und 87 Fällen von sexuellem Mißbrauch.

Die Mißhandlungen betrafen 14 Säuglinge, 62 Kleinkinder, 123 Schulkinder und 33 Jugendliche, sexueller Mißbrauch 1 Säugling, 16 Kleinkinder, 54 Schulkinder und 16 Jugendliche. Täter waren oder wurden vermutet 109 Väter (Mißhandlung 79, Mißbrauch 30), 89 Mütter (83, 6), 10 Eltern (8, 2), 21 Stiefeltern (12, 9), 12 Lebensgefährten (10, 2), 3 Pflegeeltern (2, 1), 41 Verwandte/Bekannte (12, 29) und 42 unbekannte Täter (26, 16).

Zu den Mißhandlungen kam es in 95 Fällen mit vermeintlicher erzieherischer Absicht, in 72 Fällen im Affekt u.a. Die Meldungen erfolgten vor allem durch Schulen: 73 Mißhandlungen, 30 Mißbrauchsfälle, Kindertagesheime: 34, 14, Mütter: 17, 12, Väter: 10, 2, Minderjährige selbst: 19, 8, Hausparteien: 14, 1, Spitäler/Ärzte: 9, 1, Sozialarbeiter: 20, 3, Verwandte/Bekannte: 24, 8, Polizei: 24, 8, anonym: 3, 1.

Die SozialarbeiterInnen mußten folgende Maßnahmen veranlassen: 14 Spitalsaufnahmen, 11 Vorstellungen in einer Spitalsambulanz oder bei einem Arzt, 59 stationäre Unterbringungen (volle Erziehung) zum Schutz der Kinder, 18 Pflegewechsel, 171 weitere sozialarbeiterische Betreuungen, 72 weitere Betreuungen durch Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, 57 Unterbringungen in Krisenzentren, 16 Therapiezuweisungen, 31 Unterbringungen in Kindertagesheimen.

Die Zahl der Aktivitäten der sozialen Gruppenarbeit betrug 42. Insgesamt nahmen daran 3.200 Erwachsene und 6.956 Kinder teil. Rund 80 GruppenleiterInnen, insbesondere SozialarbeiterInnen, organisierten 1.039 Veranstaltungen.

Die Zahl der Gruppen für Kinder und Jugendliche betrug 12, Aktivitäten für Eltern bzw. Familien und Kinder fanden 10 statt, weiters 10 Besuchscafes, 8 Aktivitäten für Pflegeeltern, Stiefeltern und andere, 2 Volkshochschulkurse für Pflegeeltern.

Besuchscafés zur Besuchsbegleitung bei schwierigen Scheidungs-, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen bestanden in den Ämtern für Jugend und Familie 1/8/9, 3, 10, 11, 12, 13/14, 16, 21, 22 und 23. In den Besuchscafes wird auf Grundlage einer Vereinbarung mit dem/der zuständigen Sozialarbeiter/in oder eines pflegeschäftsgerichtlichen Beschlusses versucht, zu einem Kind oder zu Kindern mit Unterstützung durch SozialarbeiterInnen nicht bestehende oder abgerissene Besuchskontakte aufzubauen. Ziel ist, möglichst konfliktfreie, konstruktive und kindorientierte Kontakte zu entwickeln, wobei schließlich die Eltern selbst die Verantwortlichkeit für Kontakte übernehmen sollen.

Rund 20 SozialarbeiterInnen waren mit der Organisation und fachlichen Arbeit in den 10 Besuchscafes beschäftigt. An 267 Terminen nahmen 479 Erwachsene und 450 Kinder das Angebot wahr. Die Familienintensivbetreuung wurde in drei regionalisierte Teams umstrukturiert, analog der Reform Heim 2000. Außerdem erweiterte die Familienintensivbetreuung auf Wunsch einiger Ämter für Jugend und Familie ihre Arbeit auf Krisenintervention mit Familien. Durch die Schließung des FIDUZ war es möglich, die Familienintensivbetreuung um drei MitarbeiterInnen aufzustocken.

Die Familienintensivbetreuung war während des Jahres mit 124 Familien befaßt. 76 Betreuungen konnten abgeschlossen werden. 100 Betreuungsanfragen langten von den Ämtern für Jugend und Familie ein, bei 77 kam es zu einem Informationsgespräch zwischen Familie, SprengelsozialarbeiterIn und der Familienintensivbetreuung. In der Folge wurden 61 Familien in Betreuung übernommen und 11 Familien auf die Warteliste gesetzt.

Neben der Betreuungsarbeit führten die MitarbeiterInnen regelmäßige Vernetzungsgespräche mit den Ämtern für Jugend und Familie, Kooperationsgespräche mit BeratungslehrerInnen und PsychagogInnen und MitarbeiterInnen des außergerichtlichen Tausgleiches der Bewährungshilfe sowie Kontakttreffen mit Einrichtungen Sozialpädagogischer Familienhilfe (entspricht methodisch der Familienintensivbetreuung).

Am 13. November organisierte die Familienintensivbetreuung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens ein Fest, an dem viele wichtige Persönlichkeiten teilnahmen, die an der Entwicklung der Familienintensivbetreuung mitbeteiligt waren.

Das Team der Jugendintensivbetreuung besteht aus 3 Sozialarbeiterinnen und 3 Sozialarbeitern und betreut Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren auf Ersuchen der zuständigen Ämter für Jugend und Familie. Die Betreuung ist auf langfristige Begleitung (durchschnittlich 2 Jahre) ausgerichtet und beruht auf engmaschiger Betreuungsfrequenz mit der Methode der Einzelfallhilfe.

Das Team der Jugendintensivbetreuung leitet eine Volleyballgruppe im Rahmen des Wiener Berufsschulverbandes, an der Lehrlinge und die betreuten Jugendlichen teilnehmen können. Während des Jahres werden Aktionstage (Ausflüge, Sport u.a.) und Turniere (Billard, Darts usw.) abgehalten, wobei die betreuten Jugendlichen vor allem auch Gruppenerfahrungen sammeln können.

Insgesamt bezog sich die Betreuungsarbeit auf 73 Jugendliche. 23 Betreuungen wurden neu begonnen, in 9 Fällen kam schließlich keine längere Betreuung zustande. Die betreuten Kinder und Jugendlichen waren zu 59 Prozent

männlich und zu 37 Prozent weiblich. Bei 4 Prozent handelte es sich um Familien. Bei 20 Jugendlichen diente die Betreuung dazu, eine sonst notwendige Maßnahme der vollen Erziehung zu verhindern.

Hauptprobleme lagen im Schul- und Erziehungsbereich, gefolgt von aggressivem Verhalten und Problemen bei der Verselbständigung. Ein weiteres großes Problem stellte für viele Jugendliche die Arbeitssuche dar.

14 BetreuerInnen begleiteten 19 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 19 Jahren im Rahmen der nebenberuflichen Intensivbetreuung. 10 Betreuungen wurden neu begonnen.

Im Bereich der Mutter-Kind-Unterbringungen wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, daß in Unterkünften des Amtes für Jugend und Familie nur jene Frauen (Männer) mit Kind untergebracht werden sollen, die eng betreut werden müssen, während der Mutter-Kind-Krisenbereich mit teilweiser Betreuung von freien Trägern abgedeckt werden soll. Die Notwendigkeit für die Umstrukturierung ergab sich im Zuge der Reform Heim 2000; außerdem soll dadurch die Kapazität der engbetreuten Mutter-Kind-Unterbringungen erweitert werden.

Im Laufe des Jahres wurden 44 Frauen (Väter) mit 50 Kindern neu aufgenommen und 63 Frauen (Väter) mit 73 Kindern entlassen. Von den entlassenen Müttern (Vätern) konnten 35 in eine Gemeindewohnung einziehen, 13 kehrten nach meist kurzem Aufenthalt in ihre Herkunftsfamilie bzw. zu ihren Partnern zurück. 10 Kinder wurden fremduntergebracht (Pflege, Adoption, Heim). 15 übersiedelten in eine andere Einrichtung u.ä. Das Dezernat II - Jugendwohlfahrt bearbeitete in Kooperation mit den Ämtern für Jugend und Familie 1.043 schriftlichen Eingaben und persönliche Interventionen, und zwar 408 schriftliche Eingaben und 635 telefonische bzw. persönliche Interventionen.

Die Zahl der Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt, deren Eignung gemäß § 8 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes von der Wiener Landesregierung festgestellt wurde, beträgt weiterhin 9. Das Wohnungsreferat erhielt 503 Ersuchen um Unterstützung bei der Erlangung einer Gemeindewohnung für Klienten aus verschiedenen Bereichen der MAG ELF. Auf Grund der Befürwortung durch das Wohnungsreferat wurden daraufhin 296 Gemeindewohnungen von der MA 17 an Klienten vergeben. 87 Wohnungen davon entfielen auf Jugendliche, die aus der Pflege der Stadt Wien entlassen wurden, 45 auf Familien, die nach Obdachlosigkeit reintegriert wurden, 164 auf Familien in gefährdeten Wohnverhältnissen zum Zweck der Verhinderung von Obdachlosigkeit oder Gesundheitsschädigung von Kindern.

Der Expertenkreis, der soziale Aspekte bei Anträgen auf Gemeindewohnungen zu beurteilen hat, entschied über 1.666 Anträge auf Gemeindewohnungen, wobei in vielen Fällen Erhebungen über die Ämter für Jugend und Familie notwendig waren. 521 der bearbeiteten Wohnungsansuchen konnten positiv erledigt werden; die zugewiesenen Gemeindewohnungen wurden nicht vom jeweiligen Kontingent der vertretenen Institutionen abgezogen.

Das Frühwarnsystem zur Delogierungsverhinderung war bei 1.431 Räumungsklagen, 699 Anträgen auf zwangsweise Räumung und 491 Delogierungsterminen aktiv. Die Zahl der Delogierungsbesprechungen zwischen städtischer Wohnhäuserverwaltung, Sozialamt und Amt für Jugend und Familie betrug 36.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) dehnte mit Februar ihren Wirkungskreis auf den 2. Bezirk aus. An der FAWOS arbeitet ein Sozialarbeiter der MAG ELF mit. Im Herbst begannen die Vorbereitungen für ein neues Präventionsmodell, das ab 1998 umgesetzt werden soll und vorsieht, daß FAWOS die Präventionsarbeit für private Wohnungen für ganz Wien übernimmt, während die MAG ELF für Familien und die MA 12 für Erwachsene in Gemeindewohnungen zuständig sein werden.

Die 4 SozialarbeiterInnen der Jugendberufshilfe hielten Kontakt zu 2.013 Jugendlichen, zumeist Lehrlingen, wovon 70 intensiver betreut wurden. Der überwiegende Teil der Kontakte erfolgte im Rahmen des Verbindungsdienstes zu den Wiener Berufsschulen, teilweise auch in den Referatsräumen und an Arbeitsplätzen der Jugendlichen. In 79 Fällen wurde auch zu den Eltern Kontakt aufgenommen, 198mal mit Lehrfirmen verhandelt. Die Zahl der Kontakte zu Ämtern für Jugend und Familie, dem Arbeitsmarktservice und anderen Einrichtungen betrug 1.508.

In der Problemstatistik standen Partnerprobleme, Spannungen mit Gleichaltrigen und Schwierigkeiten mit der Familie an der Spitze, gefolgt von Problemen in den Lehrstellen, finanziellen Problemen und Wohnfragen. Eine schwierige Arbeitsmarktsituation für Jugendliche erforderte zusätzliche Betreuungsarbeit.

Die Bearbeitung und Administration von Lehrlingsbeihilfen in der Gesamthöhe von S 650.000 nahm eine Sachbearbeiterin wahr. Unterstützungen erhielten Lehrlinge, die sich in besonderer finanzieller Notlage befanden.

Weiters wurden 79 Ansuchen um Auftrittsgenehmigungen nach dem Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat, der Arbeiterkammer, Schulleitungen, Bezirksgesundheitsämtern und Theaterdirektionen bearbeitet. 1.370 Einzelfahrscheine und 24 Umweltstreifenkarten wurden vorwiegend an arbeitssuchende Jugendliche ausgegeben.

Die Sozialarbeiterin im Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien verständigte die Ämter für Jugend und Familie über 183 Strafverfahren gegen Jugendliche. Ab Juni wurde ein eigenes Rückmeldesystem eingeführt, worauf 42 Rückmeldungen durch die Ämter erfolgten und 7 ausführliche Berichte zu Betreuungsfällen einlangten.

Weitere Arbeitsbereiche waren Straf- und Pflegschaftsakten, die teilweise direkt bearbeitet und teilweise an die Ämter für Jugend und Familie weitergeleitet wurden, und intensive Kontakte mit den Jugendrichtern und der Jugendgerichtshilfe.

Die Zahl der Anträge an den Jugendgerichtshof auf Verfügungen von Hilfen zur Erziehung ist auf 316 angestiegen (1996: 231, 1995: 177).

Da nunmehr in jeder sozialpädagogischen Region eigene Krisenzentren eingerichtet wurden, wurde im Zuge der Reform Heim 2000 das FIDUZ - Regionales Krisenzentrum und Kinderwohngruppe geschlossen. In den Räumlichkeiten wurde eine Wohngemeinschaft eingerichtet.

Die Zahl der Neuaufnahmen in Heime oder Pflegefamilien ging nach einem beträchtlichen Anstieg im Vorjahr etwas zurück auf 644 (1996: 686, 1995: 544).

Bei den Unterbringungsgründen nahm der Grund „Gefährdung“ gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zu und steht nun gemeinsam mit den Erziehungsproblemen mit je 23 Prozent an der Spitze, gefolgt von Unvermögen der Pflegeperson, Wunsch des Minderjährigen, Ausfall der Pflegeperson, Mißhandlung u.a.

In der Altersverteilung der aufgenommenen Kinder bzw. Jugendlichen stieg der Anteil der unter Sechsjährigen auf 31 Prozent (1996: 28 %). Im Pflichtschulalter befanden sich 47 Prozent (gleich), über 15 Jahre alt waren 22 Prozent (1996: 25 %).

Die Zahl der Entlassungen ging weiter zurück, und zwar auf 541 (1996: 638). Bei den Entlassungsgründen stand ebenso wie im Vorjahr die Verselbständigung von Jugendlichen mit 35 Prozent an der Spitze, gefolgt von Entlassungen auf Verlangen des Minderjährigen bzw. der Angehörigen (18 %), Wegfall der Unterbringungsgründe (14 %) u.a.

Die Gesamtzahl der Kinder bzw. Jugendlichen in Gemeindepflege blieb ziemlich konstant und betrug zum Jahresende 2.619 (1996: 2.634), wovon 262 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien blieb mit 47 Prozent gleich gegenüber dem Vorjahr. In Wiener Pflegefamilien befanden sich 596 (1996: 617), in Pflegefamilien anderer Bundesländer 628 (1996: 610).

Im Laufe des Jahres erteilten die Ämter für Jugend und Familie 49 Bewilligungen zur Übernahme in fremde Pflege für Pflegekinder (1996: 56) und 64 für Pflegeverhältnisse mit Adoptionsabsicht (1996: 79). Zum Jahresende besaßen 581 Tagesmütter die Bewilligung zur Übernahme von Tageskindern, 445 freiberuflich tätige und 136 bei Vereinen angestellte Tagesmütter. Insgesamt waren damit 1.615 Betreuungsplätze bewilligt. Diese Zahl gibt die maximal mögliche Betreuungskapazität an, wobei zu beachten ist, daß die Entscheidung über die tatsächlich betreuten Tageskinder von den Tagesmüttern selbst getroffen wird und während bestimmter Zeiten, einer Schwangerschaft, Karenz u.a., die Betreuungstätigkeit eingeschränkt oder eingestellt werden kann. Für die Anstellung von 150 Tagesmüttern waren finanzielle Förderungen durch die Stadt Wien budgetiert.

Zum Jahresende bestanden 89 Kindergruppen. 202 KindergruppenbetreuerInnen besaßen von den Ämtern für Jugend und Familie ausgestellte Tagespflegestellenbewilligungen, die zur Gruppenbetreuung von bis zu 12 Kindern berechtigen. Eine Förderung durch die Stadt Wien in Form monatlicher finanzieller Zuschüsse war für 60 Kindergruppen budgetiert.

In der Adoptionsstelle waren zum Jahresende 232 Paare für eine Adoptionsvermittlung vorgemerkt, von denen 211 Paare in Wien und 21 Paare in Niederösterreich leben. Die Ehepaare aus Niederösterreich haben sich bereits vor dem April 1994 um ein Adoptivkind beworben, bevor dazu übergegangen wurde, nur noch Paare aus Wien in Vormerkung zu nehmen oder es sind Paare, die von Wien nach Niederösterreich übersiedelt sind. Dieser großen Nachfrage standen 21 Kinder (1996: 46) gegenüber, die tatsächlich vermittelt werden konnten (9 Knaben und 12 Mädchen). Es handelte sich dabei ausschließlich um Säuglinge, die bis auf ein Kind von den Adoptiveltern direkt aus den Geburtsstationen übernommen werden konnten. Ein Kind war vorher kurzfristig bei passageren Pflegeeltern untergebracht.

Insgesamt haben 34 Mütter/Eltern die Freigabe ihres Kindes konkret überlegt und entsprechende Gespräche mit der Adoptionsstelle geführt, jedoch kam es schließlich in 13 Fällen zu keiner Vermittlung, vor allem weil die Mütter sich doch nicht zur Freigabe ihres Kindes entschlossen. Ein Kind mußte wegen großer gesundheitlicher Probleme bei Pflegeeltern untergebracht werden und bei einem Kind gab es schwerwiegende rechtliche Probleme, die eine Vermittlung unmöglich machten.

Die Adoptionsstelle führte weiterhin die Fachaufsicht über die Adoptionsvermittlungstätigkeit des Vereins Initiative Pflegefamilien durch. Dieser Verein vermittelte die Adoption von zwei in Österreich geborenen Kindern und fünf Kindern aus Rumänien.

Die Zahl der Vermittlungen in Pflegefamilien durch das Pflegefamilienreferat stieg auf 189 an (1996: 178). Die Direktvermittlungen von der Herkunftsfamilie in eine Pflegefamilie betrugen 120; 46 Pflegekinder kamen aus Heimen, bei 23 handelte es sich um einen Pflegewechsel. Von den vermittelten Kindern befanden sich 54 im Alter von 0 bis 6 Monaten, 22 von 6 Monaten bis 1 Jahr, 38 von 1 bis 3 Jahren, 26 von 3 bis 6 Jahren, 18 von 6 bis 10 Jahren, 16 von 10 bis 15 Jahren und 15 über 15 Jahren.

Zum Jahresende standen in Wien 463 Pflegeplätze zur Verfügung, wovon 12 Familien Großpflegefamilien bzw. sozialpädagogische Pflegefamilien waren, 20 passagere Pflegefamilien, 12 professionelle Pflegefamilien und 101 Pflegeplätze bei Verwandten des Kindes. In den Bundesländern bestanden für Wiener Kinder 495 Pflegeplätze, davon 10 Großpflegefamilien bzw. sozialpädagogische Pflegefamilien, eine passagere Pflegefamilie und 14 Pflegeplätze bei Verwandten.

Wesentliche Probleme für Pflegeeltern bestehen in der Unsicherheit über das Verbleiben eines Kindes in der Pflegefamilie und im Umgang mit intensiven und/oder konfliktreichen Elternkontakten. SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates unterstützen Pflegefamilien zunehmend bei Besuchskontakten.

Eine wichtige Ressource bei der Unterbringung von Kindern aus ungeklärten Problemsituationen sind die passagere Pflegefamilien. Passagere Pflegeeltern verstehen sich als „Hilfe für Familien in Krisensituationen“, sie sind daher auch zu intensiven Elternkontakten und zu einer engen Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrt bereit. Wegen der hohen psychischen Belastung, die passagere Pflegeverhältnisse mit sich bringen (z. B. durch die wiederholten Trennungserlebnisse), braucht gerade diese Gruppe von Pflegeeltern besondere fachliche Begleitung und Beratung. Durch die Angebote des Pflegefamilienreferates (Hausbesuche, engere Begleitung der Pflegefamilie, Vereinbarungen über und Begleitung von Besuchskontakten, im Bedarfsfall Einbeziehung von Psychologen u.a.) fühlen sie sich unterstützt und sind daher bereit, schwierige Situationen auf sich zunehmen.

Im Laufe des Jahres konnten 58 Kinder bei passageren Pflegefamilien untergebracht werden. Von den Kindern, die 1997 in passageren Pflegefamilien lebten, verblieben 10 Kinder als Langzeitpflegekinder, 18 Kinder wechselten in eine Langzeitpflegefamilie, 27 konnten zu den leiblichen Angehörigen entlassen werden, 1 passagere Pflege endete durch Adoption.

Von den unbefristeten Pflegeverhältnissen (Langzeitpflege) endeten 80 mit der Selbsterhaltungsfähigkeit der Jugendlichen, 17 mit der Entlassung zu leiblichen Angehörigen, 31 durch Adoption und 5 auf andere Weise.

Die Aufnahme von Pflegekindern in einem Heim (Pflegerückstellungen) gingen auf 18 zurück (1996: 44). Es handelte sich um 2 im Alter von 6 bis 10 Jahren, 5 10 bis 15jährige und 11 über 15jährige. Gründe für die Rückstellungen waren vor allem Erziehungsprobleme, gefolgt von Erfordernissen der Schul- und Lehrausbildung u.a.

Im Rahmen des Projektes „Professionelle Pflegeeltern“ kam es zu drei neuen Anstellungen mit insgesamt 5 Pflegekindern. Zum Jahresende waren 12 Pflegepersonen (11 Pflegemütter und 1 Pflegevater) angestellt. In „Professionellen Pflegefamilien“ lebten 22 Pflegekinder, für 17 davon wurde ein Gehalt bezogen, und zwar 13mal ein Gehalt der Stufe 1 (S 4.745 Brutto) und 4mal ein Gehalt der Stufe 2 (S 5.745 Brutto). Die unterschiedlichen Gehaltseinstufungen ergeben sich aus dem notwendigen Betreuungsbedarf.

2 SozialpädagogInnen unterstützten Wiener Pflegefamilien z.B. durch Begleitung des Pflegekindes zur Therapie, gezielte Lernförderung bzw. pädagogische Betreuung und stundenweise Entlastung der Pflegemutter. Auf diese Weise wurden 17 Pflegefamilien betreut.

Im Rahmen der Beratungsstelle für Pflegefamilien werden Pflegeeltern an einem Abend der Woche Information und Beratung angeboten. Bei Bedarf sind Gespräche mit Psychologen bzw. einem Kinderpsychiater, psychologische Tests und psychiatrisch-neurologische Untersuchungen möglich.

Weitere Aktivitäten waren die Aktion Familienurlaub für 10 Wiener Großpflegefamilien mit 33 Kindern, die Weihnachtsaktion mit Spielwarengutscheinen für 12 Wiener Großpflegefamilien und 8 Pflegefamilien aus den Bundesländern und die Gutscheinaktion für den Besuch von Veranstaltungen der Wiener Stadthalle nach eigener Wahl für 12 Wiener Großpflegefamilien, die Mitwirkung von SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates bei den Vorbereitungskursen für Pflegefamilien an drei Wiener Volkshochschulen und die Gestaltung eines Wochenendseminars zum Thema „Phantasie und Realität in bezug auf das Pflegekind, die leiblichen Eltern und die Pflegefamilie“ und die Pflegeelternehrung für 39 Pflegefamilien, die 10 Jahre hindurch Pflegekinder betreuten.

Die SozialarbeiterInnen des Heimreferates hielten die Verbindung zu 11 Vertragsheimen, 6 in Wien und 5 außerhalb von Wien, und 2 Privatwohngemeinschaften aufrecht. Außerdem bestanden Einzeleinweisungen von insgesamt 205 Kindern bzw. Jugendlichen in 50 verschiedene Einrichtungen. Der Bedarf der Erziehung einzelner Kinder in hochspezialisierten, therapeutisch ausgerichteten Einrichtungen ist angestiegen.

Die Schuldnerberatung verzeichnete 2.555 neue Klienten. Inkludiert man die Zahlen der 2. bevorrechteten Schuldnerberatung der Kredit- und Wiedergutmachungshilfe, dann sind es etwa 4.500 Klienten, die in Wien pro Jahr erstmals eine Schuldnerberatung kontaktieren.

Weiterhin stand die Unterstützung bei der Durchführung von Privatkonkursen im Mittelpunkt. Etwa die Hälfte aller in Wien eröffneten Privatkonkursverfahren wurden von einer Schuldnerberatung vorbereitet bzw. begleitet, wobei insbesondere die Schuldnerberatung der Stadt Wien involviert ist, da die Schuldnerberatung der Kredit- und Wiedergutmachungshilfe auf Arbeitslose und Notstandshilfebezieher spezialisiert ist und diese Gruppe naturgemäß erschwerte Zugangsbedingungen zum Privatkonkurs hat. Die andere Hälfte der eröffneten Privatkonkursverfahren entfallen auf Gläubigeranträge und Anträge von Schuldnern, die sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen.

Weiterhin ist ein relativ hoher Anteil von ehemals Selbständigen unter den Ratsuchenden, was damit zusammenhängt, daß vor allem junge Leute, die Schwierigkeiten haben, eine für sie akzeptable Arbeitsstelle zu finden, einen Ausweg in einer selbständigen Tätigkeit suchen und nicht selten an dieser Aufgabe scheitern.

In den vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie finanziell geförderten Familienberatungsstellen kam es zur Einführung eines EDV-unterstützten Dokumentationssystems. Danach betreute die Beratungsstelle für Familienplanung, in 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84, 1.127 Klienten und führte 2.125 Beratungen durch, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 1, Neutorgasse 15, 1.438 Klienten und 2.175 Beratungen, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 12, Schönbrunner Straße 295, 529 Klienten und 808 Beratungen, die Konfliktberatungsstelle in 10, Quellenplatz 4, 188 Klienten und 637 Beratungen.

Insgesamt wurden 5.745 Beratungen durchgeführt. Auf Fragen der Familienplanung bezogen sich 2.240, die mei-

sten (734) auf den Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch, gefolgt von Empfängnisverhütung (648), Kinderwunsch (203), gynäkologischen Fragen (255) u.a.

Partnerschaftsprobleme standen im Mittelpunkt von 1.471 Beratungsgesprächen. An der Spitze standen Partnerkonflikte (671), gefolgt von Trennungsproblemen (337), Entwicklungsproblemen in der Partnerschaft (305), Seitensprung (76), sexuelle Probleme (81).

Familienprobleme behandelten 478 Beratungsgespräche. Hier überwogen Familienkonflikte (132) vor Trennungsproblemen in Familien (127), Erziehungsproblemen (79), u.a. 245 Beratungsgespräche betrafen individuelle Probleme von Ratsuchenden, hauptsächlich Lebensschwierigkeiten (48), psychosoziale Krisen (44), Depressionen (38), Alkoholismus (29), Ängste (20) u.a.

Die Zahl der Rechtsberatungen betrug 1.199. Sie bezogen sich insbesondere auf Rechtsprobleme bei Scheidungen (562), gefolgt von Kinderunterhaltsproblemen (133), Erwachsenenunterhaltsproblemen (97), allgemeinen Familienrechtsproblemen (87), allgemeinen Eherechtsproblemen (69), Besuchsrechtsfragen (51) u.a. Bereits vor dem Eingehen einer Ehe bzw. einer Lebensgemeinschaft ließen sich 51 Ratsuchende über rechtliche Fragen informieren.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie erhielt 374 Zuweisungen, 24 Prozent von kinder- und jugendzentrierten Institutionen wie Ämtern für Jugend und Familie u.a., 21 Prozent von allgemeinen Sozial- und Informationseinrichtungen, 18 Prozent von ehemaligen Klienten und Bekannten und 37 Prozent von psychotherapeutischen bzw. medizinischen Einrichtungen.

Die Zahl der psychotherapeutischen Sitzungen betrug 1.622, davon 189 in Kotherapie (1996: 1.281 und 126), die Zahl der Einzel-, Gruppen- und Teamsupervisionen sowie Helferkonferenzen 308 (1996: 342).

Das Institut für Ehe- und Familientherapie, eine von der Stadt Wien finanziell geförderte Einrichtung des Vereins „Wiener Sozialdienste“, führte weiters eine Fortbildungsreihe mit Kurzseminaren für MitarbeiterInnen der Ehe- und Familienberatung, eingeladene Gäste und die MitarbeiterInnen des Institutes durch.

Die 5 Institute für Erziehungshilfe betreuten im Laufe des Jahres insgesamt 1.004 Klienten, und zwar 217 durch Kindertherapie bei gleichzeitiger Betreuung der Eltern, 180 durch Elternarbeit ohne Kindertherapie. 587 Kinder wurden neu vorgestellt und die Eltern beraten. 20 Klienten erhielten Familientherapie.

Die Kindertherapien fanden zumeist einmal wöchentlich statt (156), zum Teil zweimal in der Woche (51) bzw. dreimal in der Woche (8). Die Elterngespräche erfolgten zumeist 14tägig (60), einmal wöchentlich (53), einmal monatlich (14) oder fallweise (180). Die therapiebegleitende Elternarbeit fand für 128 Klienten einmal wöchentlich statt, für 46 14tägig, für 3 einmal monatlich und für 13 fallweise.

In dem von der Stadt Wien finanziell geförderten Angebot Streetwork Dreihackengasse unterstützten die SozialarbeiterInnen Austria-Fans bei der Gründung einer Zeitschrift, des Fanzines „100 % Violett“, und wirkten dabei mit, einen „Fan-Bus“ speziell für Mädchen zur Fahrt zu Auswärtsspielen zu initiieren. In den Räumen des Streetworklokals treffen sich Jugendliche in einem vereinsübergreifenden Fanclub zur Unterstützung der Nationalmannschaft. Weiters wurde ein rechtlicher Informationsabend veranstaltet.

In der Arbeit mit Gruppen junger Skinheads stehen neben politischen Diskussionen und dem Aufzeigen von Problemlösungsstrategien als Alternative zur Gewalt auch die Unterstützung bei alltäglichen Problemen der Jugendlichen am Programm.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Arbeit mit ausländischen Jugendlichen, die im Abhalten von Infoabenden zu Fragen Beruf, Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsbewilligung, in Clubarbeit und in der Mitarbeit zur Vorbereitung einer großen Show im Metropol, an der schließlich 8 ausgewählte Jugendliche teilnahmen.

Das von der Stadt Wien geförderte Unabhängige Kinderschutzzentrum, in 7, Kandlgasse 37, zählte 2.273 Klientenkontakte, wovon 34 Prozent für Therapie, Verhaltensbeobachtung und Beratung von Kindern und Jugendlichen persönlich oder telefonisch dienten, ebenso viele Prozente für Beratung von Erwachsenen persönlich und telefonisch, 15 Prozent der Beratung von HelferInnen, 12 Prozent der persönlichen Therapie und Beratung von Paaren und Familien und 5 Prozent der persönlichen Einzeltherapie von Erwachsenen. Die Fallzahl betrug insgesamt 524.

Im familienpolitischen Bereich fand am 23. und 24. Mai 1997 eine Landesfamilienreferentenkonferenz in Salzburg statt, bei der u.a. ein von Wien vorgeschlagener Beschluß zur stärkeren Bewußtmachung der Problematik der Gewalt gegen Kinder bzw. Gewalt in der Familie gefaßt wurde, mit dem Hinweis darauf, daß es wichtig scheine, ausreichende finanzielle Mittel für bewußtseinsbildende Medienkampagnen zur Verfügung zu stellen (Prävention ist ökonomischer als „Reparatur im nachhinein“), Familien nicht generell als einen Ort der Gewalt erscheinen zu lassen, sondern vielmehr die Reflexion persönlicher Gewalterfahrungen und die Möglichkeiten, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen (z.B. durch Inanspruchnahme von angebotenen Hilfestellungen zur Aufarbeitung) in den Mittelpunkt zu stellen.

Das „Wiener Familienforum“ befaßte sich in einer Sitzung am 12. Mai 1997 unter Leitung von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska mit aktuellen Entwicklungen in den Kinderbetreuungsangeboten und dem Thema „Gewalt gegen Kinder - Prävention und Information“. Unter anderem kündigte Vizebürgermeisterin Laska eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen Gewalt in der Erziehung an und ersuchte um Vorschläge und Mitarbeit. Bei einer weiteren Sitzung des Familienforums am 15. September 1997 wurde die Kampagne „Keine Gewalt gegen Kinder“ präsentiert.

III.

Im Psychologischen Dienst waren 37 MitarbeiterInnen tätig, davon 7 teilzeitbeschäftigt. Sie waren mit insgesamt 8.139 Kindern und Jugendlichen befaßt (1996: 7.491), wobei insgesamt 45.058 Befassungen (psychologische Beratungen, Behandlungen, diagnostische Testverfahren, Psychotherapien) stattfanden (1996: 46.362).

Zum Jahresende bestanden 35 Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, die im Laufe des Jahres insgesamt 4.201 Kinder und Jugendliche und deren Familien betreuten (1996: 3.907 Kinder und Jugendliche). Die Zahl der Befassungen betrug 21.113 (1996: 22.111). Es wurden 1.736 testdiagnostische Verfahren durchgeführt und 1.217 psychologische Gutachten bzw. Stellungnahmen abgegeben. Psychotherapie bzw. psychologische Behandlung erhielten 553 Kinder, Jugendliche und deren Familien (1996: 739). Die gegenüber dem Vorjahr gesunkene Zahl von psychologischen Behandlungen und Psychotherapien ist mit der insgesamt gestiegenen Fallzahl und der dadurch geringer werdenden zeitlichen Kapazität für längerfristige Behandlungen zu erklären.

In 489 Fällen wurde Familien mit Hilfe von Mediation ermöglicht, Lösungen in Konfliktsituationen zu erarbeiten, ein Drittel davon im Rahmen der Beratungsstellen für Scheidungsfragen bzw. in den beiden Beratungsstellen für Mediation und Konfliktlösung. In diesen spezialisierten Beratungsstellen wurden insgesamt 382 Kinder, Jugendliche und deren Familien betreut.

Das Institut für Konzentrations- und Bewegungstraining betreute 27 Kinder (21 Buben, 6 Mädchen).

Der Fachbereich „Kindertagesheime“ umfaßt Begutachtung und Beratung in sämtlichen städtischen Kindertagesheimen (inklusive Hortgruppen und Integrationsgruppen) sowie in den derzeit 12 Sonderpädagogischen Ambulanzen. 2.866 Kinder wurden vorgestellt, davon 1.773 in Kindertagesheimen und 1.093 in den Sonderpädagogischen Ambulanzen.

Schwerpunkte der psychologischen Arbeit waren die Beratung von Eltern, vor allem bei Erziehungsschwierigkeiten und bei unterschiedlichsten Behinderungen von Kindern, und die Unterstützung von Erzieherinnen in der Betreuung von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern.

Die PsychologInnen nahmen an 341 Teamsitzungen teil bzw. leiteten diese. Zahlreiche Besprechungen und Beratungen mit SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen sowie mit Schulen, Kliniken, ARGE Frühförderung u.a. fanden statt. Die PsychologInnen hielten auch 146 Supervisionssitzungen für MitarbeiterInnen von Kindertagesheimen ab.

Im Fachbereich „Fremdunterbringung“ betrug die Zahl der psychologisch betreuten Kinder 1.072. Die Aufgabenstellungen für PsychologInnen im Fremdunterbringungsbereich sind vielfältig und nicht nur auf die klinisch-psychologische Diagnosestellung bzw. psychologische Behandlung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen beschränkt. Systemorientierte psychologische Arbeit hat sich im Heimbereich weitgehend etabliert. Die PsychologInnen können durch ihr Wissen über Strukturen, Beziehungsnetzwerke und individuelle psychische und soziale Zusammenhänge Beratung, Mediation, Konfliktmanagement, Coaching, Moderation, Supervision und Fortbildung für SozialpädagogInnen anbieten.

Die Kinderpsychologische Station betreute 85 Kinder und deren Familien. Im Zuge der Reform Heim 2000 kam es zu einer Reduktion von stationären Unterbringungsmöglichkeiten im Julius-Tandler-Heim. Die PsychologInnen der Kinderpsychologischen Station waren zunehmend mit ambulanten Begutachtungen und psychologischen Behandlungen von Kleinkindern, Schulkindern und Jugendlichen befaßt.

Bei 49 Prozent aller an die kinderpsychologische Station überwiesenen Kinder stand die Aufnahme im Zusammenhang mit Selbst- bzw. Fremdgefährdung (Verwahrlosung, Devianz, Aggressionsdurchbrüche, Vagabundieren, Mißhandlung), 15 Prozent zeigten massive Verhaltensauffälligkeiten und soziale Anpassungsschwierigkeiten, 24 Prozent kamen wegen eines erwiesenen oder vermuteten sexuellen Mißbrauchs, 12 Prozent nach einer Pflegerückstellung.

Bei 36 Kindern konnte eine Entlassung zu ihren Angehörigen erreicht werden, 44 Kinder mußten fremduntergebracht werden. 5 Kinder verblieben in Behandlung im Psychologisch-pädagogischen Zentrum.

Die telefonische Erziehungsauskunft erhielt 318 Anrufe, insbesondere über Erziehungsprobleme, gefolgt von Familienproblemen und Verhaltensschwierigkeiten. Zumeist betrafen die Anfragen Säuglinge und Kleinkinder (43 %), weiters zu 30 Prozent Schulkinder und der Rest Jugendliche. Drei Viertel aller Anrufe kommen von Müttern, die Beratung und Information suchen. Mehr als die Hälfte der Ratsuchenden wird an entsprechende Einrichtungen weiterverwiesen.

Die Sozialpädagogische Grundlagenforschung war mit folgenden Projekten befaßt: Studie „Sozialisationschancen und Betreuungsstrukturen“, Studie „Beruf Psychologe, Psychologin, Selbst- und Fremdbild“, Entwicklung eines Dokumentationssystems für die Sozialarbeit, wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs in der Sozialarbeit des Amtes für Jugend und Familie 16. Bezirk, Evaluation des Krisenzentrums Nußdorf u.a. Die 44. Tagung der österreichischen JugendamtspsychologInnen behandelte das Thema „Globalisierung - Chance oder Risiko - Zukunftsperspektiven für die Jugendwohlfahrt“. In einer durch neue Technologien, durch Liberalisierung und Globalisierung gekennzeichneten Weltwirtschaftsordnung stellen sich auch für die psychologischen Hilfestellungen neue Anforderungen, die in dieser Tagung diskutiert wurden.

Die PsychologInnen waren weiters in der Fortbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen sowie von SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen tätig und gestalteten zahlreiche Seminare und Einschulungskurse im Rahmen der MD - Verwaltungskademie.

Mit September nahm das neue Psychologisch-pädagogische Zentrum (PPZ) seinen Betrieb auf, das bis zu 8 Wohnplätze für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren umfaßt. 5 Kinder konnten bis zum Jahresende aufgenommen werden. Kriterien für die stationäre Aufnahme eines Kindes sind: Mißhandlung oder Mißhandlungsverdacht, sexueller Mißbrauch oder Mißbrauchsverdacht, Pflegerückstellung mit massiver Trennungsproblematik, neurotische Symptomatik im Zusammenhang mit häufig auftretenden familiären Konfliktsituationen. Die Bereitschaft der Familie zur aktiven Mitarbeit an der Problemlösung stellt eine wesentliche Voraussetzung dar. Prinzipiell sollte die Rückkehr des Kindes in die Familie sowohl aus der Sicht des/der fallführenden Sozialarbeiters/in als auch nach Meinung der Familie denkbar sein.

Die geplante durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 6 Monate. Dieser zeitliche Rahmen ergibt sich aus langjähriger Erfahrung in der psychologischen Arbeit mit Problemfamilien im stationären Bereich und wird auch in international vergleichbaren Einrichtungen als Richtwert für ein zielführendes Behandlungskonzept angesehen.

Ziele der Aufnahme des Kindes im Psychologisch-pädagogischen Zentrum sind hinsichtlich des Kindes die Gewährleistung der Sicherheit des Kindes und die Entlastung und Beruhigung in und nach einer Krisensituation, hinsichtlich der Eltern/Familie die Entlastung der Familie in einer Krisensituation, die Perspektivenerweiterung hinsichtlich der Problemlage und die Möglichkeit zum Erwerb und zur Erprobung von Handlungsalternativen und der Nutzung vorhandener persönlicher und familiärer Ressourcen.

IV.

Die im Vorjahr begonnene Realisierungsphase der Reform „Heim 2000“ wurde fortgesetzt. Ziel der Reform ist es, soziale Probleme möglichst dort zu lösen, wo sie entstehen. Durch die Herstellung von regionaler Fachkompetenz wird die Gesamtverantwortung für die Probleme einer Region übernommen und versucht, durch milieubezogene und regionale Hilfen rascher, effizienter und unbürokratischer zu helfen. Jede Fremdunterbringung soll dabei als zeitlich begrenzter Prozeß definiert werden, dessen Ziel die Reintegration von Kindern und Jugendlichen mit sozialen Schwierigkeiten in die Herkunftsfamilie bzw. ihre sonstigen Beziehungssysteme, wie Freundeskreis und Schule, ist. Alle in der Region vorhandenen sozialen Hilfsysteme, ambulante und stationäre Einrichtungen, sollen koordiniert zusammenarbeiten, um die gesteckten Ziele zu erreichen. In neu entstehenden oder im Rahmen der Stadtentwicklung erweiterten Siedlungsgebieten sollen entsprechende soziale Stützpunkte ambulanter und stationärer Art eingeplant werden. Eine wesentliche Einrichtung sind die neu geschaffenen regionalen Krisenzentren, die durch Spezialangebote wie Beratungsstellen, therapeutische Angebote, Wohngemeinschaften u.a. ergänzt werden.

Regionale Krisenzentren dienen als erste Clearingstelle. Während des maximal sechswöchigen Aufenthaltes eines Kindes im Krisenzentrum wird versucht, die bestehenden Probleme zu analysieren und Lösungsstrategien zu entwickeln, insbesondere adäquate Unterstützung für die Familie zu aktivieren, damit diese ihre Erziehungskompetenz wieder wahrnehmen kann. Nur wenn dies nicht möglich ist, wird das Kind in einer Folgeeinrichtung untergebracht.

Im Laufe eines Jahres werden durchschnittlich 115 Kinder der Altersgruppe 2 bis 15 Jahre in einem Krisenzentrum aufgenommen. Die Zuweisung ins Krisenzentrum erfolgt über die zuständigen SozialarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie des Bezirkes, außerhalb der Amtsstunden eventuell über die Polizei. Eltern und Kinder können auch direkt ins Krisenzentrum kommen. Pro Krisenzentrum stehen 8 bis 10 Plätze zur Verfügung.

Für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr bestehen überregionale Krisenzentren, für Mädchen das KRIZ Nußdorf, für Burschen das KRIZ Augarten.

Am 1. April 1997 bewilligte die Magistratsdirektion den Regionalisierungsschritt der Reform „Heim 2000“. Das Stadtgebiet ist nunmehr in 6 Sozialpädagogische Regionen für Kinder und 2 „Überregionen“ für weibliche und männliche Jugendliche aufgeteilt.

Zum Jahresende standen für die Krisen- bzw. stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen 1.053 Plätze zur Verfügung, 953 im stationären Bereich und 100 Krisenplätze. Aufgegliedert nach Regionen befinden sich in der Region I (Bezirke 1, 4 bis 9, 20) 98 Plätze, in der Region II (21, 22) 98, Region III (2, 3, 11) 66, Region IV (10, 23) 82, Region V (12, 13, 14) 188, Region VI (15 bis 19) 152, in der Überregion weibliche Jugendliche 150 und in der Überregion männliche Jugendliche 219.

In der Region II nahmen die Krisenzentren 21 und 22 ihren vorläufigen Betrieb im Heim Hohe Warte auf, weiters 5 Wohngemeinschaften, und zwar in 22, Ullreichgasse 12/6/2, Melangasse 1/86/2, Lange Allee 13/2/19, in 21, Hanreitergasse 3/3/42 - 43 und Hanreitergasse 3/6/43 - 44.

In der Region III wurde der Verwaltungsstützpunkt in 11, Pleischlgasse 2, eingerichtet, das Krisenzentrum 3 interimsmäßig im Charlotte-Bühler-Heim untergebracht und eine neue Wohngemeinschaft in 11, Rosa-Jochmann-Ring 5/9/13 - 14, eröffnet.

In der Region IV nahmen der Verwaltungsstützpunkt in 10, Puchsbaumgasse 30 - 36, und die Wohngemeinschaft in 10, Quellenstraße 24 B/25/25 - 26, ihren Betrieb auf.

In der Region V wurde das Krisenzentrum 12 vorläufig in der Stadt des Kindes installiert.

Jeder der sechs sozialpädagogischen Regionen steht ein(e) RegionalleiterIn vor, der/die für die in der Region notwendigen Unterbringungen bzw. Krisenaufnahmen verantwortlich ist. Von einem Verwaltungsstützpunkt aus wird

die Leitung und Verwaltung der in der Region tätigen sozialpädagogischen Einrichtungen wahrgenommen. Die Zuständigkeit für die beiden überregionalen Bereiche für Jugendliche werden ebenfalls von RegionalleiterInnen wahrgenommen.

Die RegionalleiterInnen sind Vorsitzende der regionalen Leitungsteams, bestehend aus HeimleiterInnen/Pädagogischen LeiterInnen und KrisenzentrumskoordinatorInnen einer Region.

Das Heim Biedermannsdorf, das administrativ zur Region IV gehört und dessen Platzangebot zur Hälfte der Region zur Verfügung steht, richtete eine Lehrküche ein, was auf Grund der schwierigen Lehrstellensituation eine große Hilfe für betreute Jugendliche darstellt. 8 Jugendliche aus verschiedenen sozialpädagogischen Einrichtungen der MAG ELF absolvieren hier ihr erstes Lehrjahr.

Im Schulheim Gaaden wurde das Angebot an Freizeitaktivitäten erweitert und ein „Fun-Court“ errichtet. Pro Schuljahr werden in 3 Turnussen schwierige Schulkinder betreut. Während jedes Turnusses fand ein Tag der offenen Tür statt, um verschiedenen Institutionen und der Öffentlichkeit das Schulheim vorzustellen und die Kontakte zum Umfeld zu verbessern.

Ein wichtiges Ziel der Reform „Heim 2000“ ist es, Großheime zu schließen. 4 Wohngruppen des Charlotte-Bühler-Heimes konnten zu diesem Zweck in Wohngemeinschaften ausgelagert werden. Auf Grund der geplanten Schließung des Charlotte-Bühler-Heimes wurde auch eine Umstrukturierung des seit 1987 bestehenden Freizeitvereins notwendig. Dieser Verein steht nun als „Verein zur Förderung der Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in Fremdunterbringung in den Bereichen Kunst, Kultur und Erlebnispädagogik“ als überregionale Einrichtung allen zur Verfügung.

Durch eine Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung bestehen nun für den Jugendlichenbereich zusätzliche Informationsangebote. In den jeweiligen Krisenzentren finden 2mal monatlich Beratungen zu den Themen Sexualität, Aufklärung, Verhütung und Beziehungen statt („Boys only - Information, Beratung und Untersuchung für Burschen“ und „Body talk“ für weibliche Jugendliche).

Das Gesellinnenheim Aichhorngasse gehört nunmehr der Überregion für weibliche Jugendliche an; ein neues Konzept befindet sich in Ausarbeitung. Ab Mai erfolgte keine Nachbesetzung der 6 Krisenplätze für Mütter mit Kindern im Heim.

Das Krisenzentrum Nußdorf untersuchte in Zusammenarbeit mit der Sozialpädagogischen Grundlagenforschung die Auswirkungen der Verlängerung der Krisenunterbringung von 14 Tagen auf 6 Wochen. Das Ergebnis zeigt, daß die Verlängerung der stationären Krisenaufenthaltsdauer eine differenziertere Krisenarbeit ermöglicht. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verlängerte sich auf 16,5 Tage. Trotz steigender Aufnahmezahlen sind durch engagierte und professionelle Krisenarbeit die weiterführenden Heimunterbringungen rückläufig.

Das Gesellenheim Zohmanngasse kam zur Überregion männliche Jugendliche.

Das Heim Lindenhof, das ebenfalls der Überregion für männliche Jugendliche angehört, bietet Burschen aus Wiener Heimen und Wohngemeinschaften eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen handwerklichen Beruf zu erlernen.

Um Jugendlichen ohne Lehrstelle bzw. Arbeitsplatz den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wurde das Projekt „Sozialpädagogische Berufsvorbereitung (SBV)“ im Krisenzentrum „Am Augarten“ gestartet. Die SBV unterstützt Jugendliche, die „eine Arbeit“ wollen, aber nur diffuse Vorstellungen haben, wie diese aussehen könnte, weiters Jugendliche, die noch nicht „reif“ für eine Arbeitssituation oder enttäuscht und entmutigt sind, weil mehrere Arbeitsversuche fehlgeschlagen sind. Die SBV besteht in begleitender oder nachgehender Einzelbetreuung. Es wird versucht, eine adäquate Lehrstelle oder ein Arbeitsangebot zu vermitteln.

Der Mutter-Kind-Bereich sieht eng betreute Formen der Unterbringung für Mutter und Kind nunmehr an drei Standorten vor: Mutter-Kind-Heim 2, Pleischlgasse 11, „Wendepunkt“ - Charlotte-Bühler-Heim, 18, Bastien-gasse 36 - 38, Ausbildungszentrum für Sozialberufe, 21, Freytaggasse 32. Die Leiterin des Mutter-Kind-Heimes Pleischlgasse übernahm die personelle und fachliche Leitung der in diesem Bereich tätigen 14 Sozialpädagoginnen. An jedem Standort steht eine Sozialarbeiterin mit 20 Wochenstunden für die sozialarbeiterische Betreuung zur Verfügung. Zu jedem Standort gehört auch eine Krisenwohnung.

Als Sonderförderung konnten 7 Kinder und Jugendliche aus Heimen über die Anglo Austrian Society in den Sommerferien an einem Englandaufenthalt zur Verbesserung ihrer Englischkenntnisse teilnehmen.

Zur Unterstützung der Wohnungsgründung und zur Verselbständigung erhielten 20 Jugendliche aus Heimen und Wohngemeinschaften der Stadt Wien Beträge aus den Mitteln der Odescalchi-Stiftung in der Höhe von S 10.000 bis maximal S 20.000 ausbezahlt (insgesamt: S 379.000).

Das Erlebnispädagogische Zentrum - EPZ nahm seine Tätigkeit mit 3 Sozialpädagogen mit einer Zusatzausbildung für „Outward bound“ auf. Im Mittelpunkt standen die Projekte „Flußwandern auf der Moldau“ sowie „Ein Fluß ist unser Weg“ in Schweden. Ziel solcher erlebnispädagogischen Projekte ist es, bei sehr schwierigen, verhaltensauffälligen Jugendlichen aus verschiedenen Einrichtungen durch neue Erfahrungs- und Lernformen positive Verhaltensänderungen zu erreichen. Bei diesen Reisen in einsam gelegenen Gebieten mit besonderen Mitteln (Kanu, Tracking) ist jeder einzelne Teilnehmer sowie die ganze Gruppe gefordert, Mitverantwortung für die Routenplanung, Lebensmittelplanung, Camporganisation und das Gruppenklima zu übernehmen, damit in der zur Verfügung stehenden Zeit mit den zu erlernenden Fertigkeiten und Fähigkeiten das Ziel erreicht wird.

Im Rahmen des „Sportcercle 11“ werden regionsübergreifende Sportveranstaltungen organisiert: eine Turnierreihe Tennis, ein Volleyballturnier und eine Turnierreihe Fußball.

Die Heime und Wohngemeinschaften veranstalteten zahlreiche ein- und mehrtägige Ausflüge sowie Erholungsaktionen in den Sommer- und Wintermonaten (Surf-, Segel-, Kletterkurse; Schi- und Snowboardkurse). Die Kinder und Jugendlichen der Heime und Wohngemeinschaften konnten selbstverständlich auch an den sportlichen und kulturellen Aktivitäten teilnehmen, die von ihren Schulen angeboten wurden. Viele Kinder und Jugendliche hatten die Möglichkeit, mittels kostenlos von Veranstaltern zur Verfügung gestellter Karten verschiedene kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.

Die Fachtagung „Übergänge - Entwicklungen und Grenzen“ am 15. Oktober 1997 im Ausbildungszentrum für Sozialberufe der Stadt Wien behandelte die Reform der Sozialpädagogik „Heim 2000“, die von allen beteiligten Berufsgruppen neue Definitionen ihrer Arbeitsfelder und erhöhte Vernetzungsbereitschaft erfordert. Die Tagung diente dazu, eine Zwischenbilanz zu ziehen, Vergangenes und Zukünftiges zu verbinden und die nächsten Schritte der Reformumsetzung zu diskutieren und zu erarbeiten.

Die MAG ELF beteiligte sich an der Enquete am 21. Oktober 1997 im Wiener Rathaus mit dem Titel „v.i.p.j.a. - Vernetzungs-Initiative professionelle Jugend-Arbeit“, die unter der Schirmherrschaft von Vizebürgermeisterin Grete Laska stattfand. Dabei wurden Probleme der Jugendarbeit und neue Lösungsangebote diskutiert.

Nach dem Konzept „Heim 2000“ sind die Sozialpädagogischen Beratungsstellen und Institute für Sozialtherapie den jeweiligen sozialpädagogischen Regionen zugeordnet. Ihre neu definierte Aufgabe ist die sozialpädagogische Betreuung und Beratung im Vorfeld einer Fremdunterbringung, nach einer Krisen- oder stationären Unterbringung und während einer stationären Unterbringung.

Das FOCUS-Team, das direkt dem Drogenkoordinator der Stadt Wien unterstellt ist, führte Erhebungen über verschiedene Gebiete im 9., 10. und 22. Bezirk durch. Ziel der Focus-Aktivitäten ist es, regional-soziale Problemfelder zu analysieren und zu dokumentieren, um Veränderungen der Situation zu erreichen und vorhandene Ressourcen zu vernetzen. Die Ergebnisse werden über die amtsführende Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport den Bezirksgremien übermittelt und in den Bezirksvorstehungen diskutiert.

Das Kindertelefon 319 66 66 erhielt 5.953 Anrufe, insbesondere zu Fragen der Gewaltanwendung, des Mißbrauchs und Sorgen im zwischenmenschlichen Bereich, weiters zu schulischen Belangen, zu allgemeinen Themen und zur Freizeitgestaltung.

In Vertragsheimen waren zum Jahresende 436 Plätze belegt und 15 Plätze wegen Umbauarbeiten usw. gesperrt. Die Zahl der systemisierten Plätze von 428 wurde damit überschritten.

Das Kinderheim St. Raffael erhielt von der Stadt Wien eine außerordentliche finanzielle Unterstützung in der Höhe von S 500.000 für Umbauarbeiten, durch die abgeschlossene Wohneinheiten mit 2- bis maximal 3-Bettzimmern geschaffen werden. Auch im Kinderheim St. Benedikt werden durch Umbauten Wohngruppen mit 2-Bettzimmern geschaffen.

Das Clara-Fey-Kinderdorf hat aus Eigenmitteln ein Therapiezentrum mit Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Psychagogik und Sprachheillehrerinnen eingerichtet. Als besondere Attraktion steht auch ein „Kugelbad“ zur Verfügung.

V.

Im Laufe des Jahres wurden 13 neue Kindertagesheime mit 55 Gruppen errichtet, und zwar an folgenden Adressen: 3, Hainburger Straße 29, 11, Wopenkastraße 6, 13, Gallgasse 71, 14, Kendlerstraße 10, 14, Linzer Straße 386, 21, Carminweg 6, 21, Rittingergasse 29a, 21, Gerspergasse 7, 22, Lange Allee 11, 22, Hammerfestweg 3, 22, Doeltergasse 3, 22, Schödelbergergasse 7/II, 22, Rosenbergstraße 35.

In 15 Kindertagesheimen kam es zu Gruppenvermehrungen, insgesamt um 16 Gruppen. Dem stand die Schließung von 9 Gruppen gegenüber. Nach einer Generalrenovierung konnten die Kindertagesheime 12, Wienerbergstraße 16, mit 4 Gruppen und 23, Lastenstraße 15, mit 5 Gruppen neu in Betrieb genommen werden.

Zum Jahresende betrug die Zahl der städtischen Kindertagesheime 367 (1996: 355). Insgesamt standen 37.101 Plätze zur Verfügung (1996: 35.911), 5.030 in Krippen (Vermehrung um 306), 21.715 in Kindergärten (Vermehrung um 641), 10.356 im Hort (Vermehrung um 243).

Die Zahl der Integrationsgruppen konnte im Arbeitsjahr 1997/98 weiter erhöht werden, und zwar von 62 auf 86 (13 Kindergartengruppen, 11 Hortgruppen). Die Integrationsgruppen ermöglichen die gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder.

Die Betreuung von Kindern aus ganztägig geführten Schulen, Lern- und Freizeitclubs und offenen Schulen während der Semester-, Oster- und Hauptferien in Hortgruppen der Kindertagesheime wurde von insgesamt 586 Kindern in Anspruch genommen.

Erstmals kam es zur Ausschreibung des Betriebes von neu errichteten Kindertagesheimen. 4 Kindertagesheime wurden im Zuge dieser Ausschreibung an gemeinnützige Träger vergeben.

Zur Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Betreuung verhaltensauffälliger und/oder behinderter Kinder in Regelgruppen sind mobile SonderpädagogInnen von großer Wichtigkeit. Die Gruppe der mobilen Sonderhorteziehenden konnte um eine Mitarbeiterin aufgestockt werden.

Für die Essensversorgung für die Kinder in den Kindergarten- und Hortgruppen sorgte die Firma Gustana, von der insgesamt 4.339.132 Essensportionen bezogen wurden. Weitere 694.385 Essensportionen stellten Kindertagesheime mit Kleinkinderkrippen selbst her. Im Rahmen des Kinder- und Schüleressens erhielten 280 SchülerInnen insgesamt 50.400 Fertigmenüs.

Der volle Kindergartenbeitrag wurde für rund 29 Prozent der Kinder in Kindertagesheimen bezahlt. Rund 3 Prozent der Kinder in Krippen waren vom Besuchsbeitrag gänzlich befreit, 15 Prozent der Kinder in Kindergärten, 4,5 Prozent der den Kindergarten halbtags besuchenden Kinder und 23 Prozent für Kinder im Hort.

VI.

Nach einer Untersuchung durch das Kontrollamt kam es zur Auflösung des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“ mit 30. Juni 1997, da sich seit der Gründung des Fonds im Jahre 1956 die soziale und wirtschaftliche Situation wesentlich verändert hat und die vom Fonds getätigten Zuschußzahlungen für Erholungsaktionen nicht mehr sinnvoll schienen, insbesondere da sie nur einen sehr geringen Teil der tatsächlichen Kosten abdecken konnten. Um die Organisationen, die im Fonds vertreten waren, bei der Durchführung von Erholungsaktionen weiterhin zu unterstützen, wird eine neue Form der Förderung ausgearbeitet.

Der von der Stadt Wien geförderte Verein „Wiener Jugenderholung“ organisierte gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie Erholungsaktionen für Kinder und teilweise Familien. Das Angebot bot mehrere Wahlmöglichkeiten, von erlebnisreichen Erholungsaufenthalten mit Spiel und Spaß für Kinder aus Familien mit schwieriger sozialer Situation bis zu Erholungsaktionen mit besonderen Schwerpunkten. Die meisten Erholungsaktionen finden während der Sommerferien statt. Während des Schuljahres stehen Schullandwochen und Aktionen für Kinder und Jugendliche aus städtischen Kindertagesheimen und Heimen am Programm. An den insgesamt 409 Erholungsaktionen nahmen 11.885 Kinder bzw. Familienangehörige teil (1996: 428, 11.955).

Das Angebot während der Sommerferien umfaßte neben den Standarderholungsaktionen Kinderurlaube auf dem Bauernhof, Behindertenaktionen, Lernferien, einen Badeaufenthalt, Sportferien und spezielle Aktionen für Jugendliche.

Zwei Familienurlaubsaktionen gestalteten SozialarbeiterInnen für Familien der Obdachlosenherberge Gänsbacher-gasse, weitere 45 für Familien aus sozial schwierigen Verhältnissen fanden mit vom Verein bereitgestellten BetreuerInnen statt. Außerdem gab es 10 Familienurlaubsaktionen für groß- und sozialpädagogische Pflegefamilien.

Für die pädagogischen BetreuerInnen fanden eine ganztägige Schulung, eine Heimleitertagung und verpflichtende Teambesprechungen statt. Unangemeldete Kontrollen durch MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle dienten zur Überprüfung der Heimsituation. In den Kindererholungsheimen Sulzbach-Bad Ischl und Lehenhof wurden Tage der offenen Tür veranstaltet.

Die von den Krankenkassen bewilligten Zuschüsse erreichten eine Höhe von S 2.358.880.

VII.

Für die Akademie der Sozialarbeit der Stadt Wien reformierte eine neue „Prüfungsvorschrift für die Diplomprüfung an der Akademie für Sozialarbeit“ (Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst) die Durchführung der Diplomprüfung, regelte die Zusammensetzung der Prüfungskommission neu und räumte dem Direktor auch ein höheres Maß an Mitwirkung und der Regulativkompetenz bei der Beurteilung bzw. Approbation der Diplomarbeiten ein.

Dem Anliegen einer weiteren Durchlässigkeit und Öffnung des Bildungssystems dient die neue „Berufsreifeprüfung“ (BGBl. Nr. 68/1997). Die Berufsreifeprüfung berechtigt Personen ohne Reifeprüfung aber mit absolvierter Lehrabschlußprüfung oder mittlerer Schule zum Studium auch an der Akademie für Sozialarbeit, die Notwendigkeit der Eignungsfeststellung bleibt davon unberührt. Die Durchführung der Berufsreifeprüfung obliegt dem AHS oder BHS. Somit bestehen nun zwei Möglichkeiten, ohne Reifeprüfung an der Akademie zu studieren, die schon länger existierende Studienberechtigungsprüfung und die neue Berufsreifeprüfung.

Im Unterricht wurde der Bereich der offenen Jugendarbeit weiter ausgebaut, und zwar durch die Einbeziehung sozialpädagogischer Handlungsfelder wie „Parkbetreuung“ und „Out reaching“ bei Jugendveranstaltungen („Raves“). Bei der Erstellung eines Systems neuer erforderlicher Interventionstechniken wurde mit dem Landesjugendreferat kooperiert.

Im Handlungsfeld Familie fand eine eigene Lehrveranstaltung mit GastreferentInnen zur Neuorganisation der Fremdunterbringung (Heim 2000) statt, um alle Studierenden über den aktuellen Stand der Reform zu informieren.

Im Handlungsfeld Bildung behandelt ein zentraler Schwerpunkt die Thematik „Arbeit schaffen - Arbeit finden“, wobei ExpertInnen des Berufsförderungsinstitutes als Vortragende gewonnen wurden.

In der Projektarbeit bestand die Möglichkeit der „innovativen Mitarbeit“ von StudentInnen in verschiedenen sozialen Einrichtungen mit dem Ziel, innerhalb einer bestehenden Einrichtung einen neuen methodischen Ansatz bzw. ein neues Angebot zu entwickeln, so etwa ein Arbeitsintegrationsprojekt für KlientInnen der Bewährungshilfe in Kooperation mit dem WUK.

Ein Projekt befaßt sich mit der Erstellung eines Verzeichnisses sozialer Einrichtung in Form einer Datenbank.

Weitere Projekte bestanden in sozialer Gruppenarbeit mit obdachlosen Frauen, animativer Kulturarbeit in einem Jugendzentrum (Videoprojekt), Aufklärung illegaler Prostituierter in Hinsicht auf gesundheitliche und rechtliche Risikofaktoren, Arbeit mit jugendlichen Strafgefangenen, Schutz geistig- oder mehrfachbehinderter Frauen vor sexueller Gewalt, animatorische Arbeit mit Kindern von Einwanderern („Ganz Wien als Heimatstadt“) u.a.

Die Diplomarbeiten behandelten Fragestellungen der Sozialarbeit wie z.B. Kinder- und Jugendarbeit, Innovationen, Probleme von Randgruppen, Fragen der Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit u.a.

Das Fortbildungsangebot beinhaltete 32 Seminare, von denen auf Grund der Anmeldungen 26 stattfanden. Insgesamt nahmen daran 382 MitarbeiterInnen der Stadt Wien teil. Inhaltliche Schwerpunkte waren u.a. Schulverbindungsdienst, Suchtproblematik, Erlebnispädagogik, Privatverschuldung, sexueller Mißbrauch, Umgang mit nicht motivierten Klienten, Pflegefamilien, Mediation, Sozialplanung, Öffentlichkeitsarbeit, Konzepte aus dem psychotherapeutischen Bereich, Finanzplanung und ein Auslandsseminar in Meran/Italien.

Fortbildungsveranstaltungen fanden auch für andere Berufsgruppen, wie die in den Ämtern für Jugend und Familie tätigen DolmetscherInnen und Sozialpädagoginnen (Kinderpflegerinnen), statt.

Der dreijährige Fachkurs „Supervision und Organisationsentwicklung“ konnte abgeschlossen werden. 27 TeilnehmerInnen erhielten das Diplom. Ein neuer Fachkurs dieses Inhalts wurde begonnen. Ebenso startete nach Abschluß des ersten Jahrgangs ein neuer Lehrgang für Krisenintervention.

Die Akademie nahm weiterhin am Programm der europäischen Bildungskoooperation teil. 6 Studierende konnten ein Auslandspraktikum bzw. ein Studiensemester im Ausland absolvieren, 12 Gaststudierende aus verschiedenen Ländern kamen an die Akademie. Die Akademie empfing auch eine Reihe von Delegationen, die sich über das österreichische Ausbildungssystem informieren wollten. Ein eigenes Projekt „Studienreisen“ befaßte sich mit deren Betreuung.

Der Diplomjahrgang 1997 umfaßte 39 Personen, von denen 32 im Laufe des Jahres abschließen konnten. Weitere 23 StudentInnen aus früheren Jahrgängen legten die Prüfung ab. Die durchschnittliche Ausbildungsdauer stieg auf etwa 3 3/4 Jahre, die Drop-out-Rate ist weiter gestiegen und liegt bei 21 Prozent.

Die Berufsintegration hat in Vergleich zu den Vorjahren etwas abgenommen.

Der Eignungsuntersuchung unterzogen sich 301 BewerberInnen, davon 20 StudienberechtigungsprüfungskandidatInnen. 55 BewerberInnen erhielten einen positiven Aufnahmebescheid.

Insgesamt besuchen derzeit 153 Studierende die Akademie (103 Frauen, 50 Männer).

Das Institut für Sozialpädagogik führte im Kolleg für Sozialpädagogik zwei Jahrgänge. 28 Studierende schlossen die Diplomprüfung mit Erfolg ab. Zur Eignungs-/Aufnahmsprüfung traten 181 BewerberInnen an, 26 Personen konnten in den neuen Ausbildungskurs aufgenommen werden.

Im Lehrgang für Behindertenarbeit für Berufstätige werden laufend zwei Jahrgänge geführt. Der Bedarf für diese Ausbildung im Bereich Behindertenpädagogik ist sehr hoch.

Das Fortbildungsprogramm umfaßte 28 Seminare. Im Zuge der Umstellung der Sozialpädagogik in der Reform Heim 2000 fanden zahlreiche mehrtägige „Teamentwicklungen“ für die einzelnen neuen Wohngemeinschaften statt. Weiters übernahm das Institut Kriseninterventionen und eine Reihe von Beratungen.

Die zwei Lehrgänge für Krisenintervention hatten je 16 TeilnehmerInnen aus den Bereichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Die Lehrgänge werden gemeinsam mit der Akademie für Sozialarbeit geführt.

Weiters nahm das Institut die Supervision für sozialpädagogische Einrichtungen der MAG ELF wahr. Es fanden 71 Einzelsupervisionen und 64 Gruppensupervisionen sowie Coaching für Leitungsfunktionen statt.

Für die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik trat an die Stelle der bisherigen Reife- und Befähigungsprüfung durch gesetzliche Änderung eine Reife- und Diplomprüfung. Zum Jahresende besuchten die Bildungsanstalt 465 Schülerinnen und 12 Schüler, weiters 153 Schülerinnen und 5 Schüler in Assistentenkursen und 27 Kandidatinnen in der Ausbildung zu SonderkindergärtnerInnen.

72 KandidatInnen bestanden die Reife- und Befähigungsprüfung, weiters 68 KandidatInnen aus den Assistentenkursen. Die Befähigungsprüfung im Rahmen der Kolleg-Ausbildung bestanden 20 KandidatInnen.

Die Eignungsprüfung absolvierten 143 KandidatInnen mit Erfolg, weiters 43 für die Kolleg-Ausbildung, wovon auf Grund der zur Verfügung stehenden Zahl der Ausbildungsplätze nicht alle aufgenommen werden konnten.

Sozialamt

In der Allgemeinen Sozialhilfe blieben die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes analog den Richtsätzen der Pensionen mit Ausgleichszulage unverändert:

Sie betragen für Alleinunterstützte S 4.880, für Hauptunterstützte S 4.759, für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe S 2.443 und für Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe S 1.464. Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der Ausgleichszulagenempfänger gewährte Zuschlag wurde in Anpassung an die Erhöhung des Krankenkassenbeitrages für Pensionen (von 3,5 % auf 3,75 %) mit S 2.711 für Alleinstehende und S 3.629 für ein Ehepaar festgesetzt. Außerdem wurden an Dauersozialhilfebezieher - ebenfalls analog den Pen-

sionen mit Ausgleichszulage - in den Monaten Jänner und Juli 1997 zusätzliche Zahlungen von jeweils S 963 für Alleinstehende und S 1.444 für Ehepaare geleistet.

Sozialhilfe als Dauerleistung für alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1997 in 3.539 Fällen für 3.723 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1996 sank die Zahl der Fälle um 80 und die der Personen um 90. Von diesen 3.723 Personen waren 9 Kriegsgeschädigte, 639 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 5 Kleinrentner, 182 Ausländer und 2.888 sonstige Dauerleistungsempfänger. Bemerkenswert ist, daß nicht weniger als 617 Pensionisten eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als S 812 pro Monat zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des Lebensunterhaltes wurden in 113.749 Fällen ausbezahlt. Unter anderem entfielen 7.199 Fälle auf Pensionsbewerber, 2.333 auf AlleinerzieherInnen, und in 922 Fällen handelte es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Zahl der Geldaushilfen stieg um 5.678, das sind 5,25 Prozent. Die Aufwendungen erhöhten sich um 5,15 Prozent und betrugen S 470.048.836,81.

An die Wiener Stadtwerke - Städtische Bestattung wurden für nicht bzw. nicht zur Gänze in Verlassenschaftsverfahren eingebrachte Bestattungsdurchführungskosten S 5.086.146,07 für 718 Fälle überwiesen (§ 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes). Im Jahr 1997 wurden an bedürftige Hinterbliebene Beträge zum Bestattungsaufwand in der Höhe von S 431.608 gewährt.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährte die Abteilung in 922 Fällen einmalige Aushilfen und monatlich durchschnittlich 11 Aushilfen an die in Wien wohnhaften und durch HIV infizierten Personen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Im Jahr 1997 betrug der Aufwand S 6.770.344,92.

Weitere Hilfen und Zuschüsse umfaßten folgende Bereiche:

Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 72.910.623,89 zur Verfügung gestellt, der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von Zahnärzten und Dentisten betrug S 8.406.666,60 (alle Aufwendungen ohne Flüchtlingshilfe).

Da die Wiener Gebietskrankenkasse die Leistungen für Hilfsmittel an sozialversicherte Personen sehr eingeschränkt bzw. in vielen Fällen eingestellt hat, ist eine bemerkenswerte Zunahme von Fällen eingetreten, bei denen die Gewährung eines Zuschusses oder die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe zu prüfen ist.

Die Mutter-Kind-Heime der Caritas, des Kolpingwerkes, des Vereines Rat und Hilfe, der Caritas Socialis, des Hauses Sarepta und der Hilfskette Nachbarschaft für werdende Mütter erhielten Zuschüsse zu den Betriebskosten.

Das Angebot der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not wurde im Jahr 1997 um 39 auf 584 Wohneinheiten ausgeweitet. Pro betreutem Wohnplatz betrug der Monatssatz S 5.421, in den Frauenwohngemeinschaften des Wiener Hilfswerkes S 6.506 monatlich und für die Unterbringung in den Notschlafstellen des Vereines für Bewährungshilfe S 412 täglich.

Im Dezember 1995 wurde das Abkommen von Dayton unterzeichnet, womit der seit Frühjahr 1992 dauernde Krieg in Bosnien beendet werden soll.

Die Bosnienhilfeaktion im Rahmen der Bund-Ländervereinbarungen endete am 31. August 1997. Im Bundesgesetzblatt Nr. 215/1997 wurden die Kriterien eines weiteren Aufenthaltsrechtes bis 31. Juli 1998 für schutzbedürftige Gruppen festgelegt. Die weitere Betreuung im Rahmen der Bund-Länderaktion Bosnienhilfe war von einer Antragstellung der de-facto-Flüchtlinge abhängig. Im Frühjahr 1997 wurden alle in Betreuung stehenden Personen von der Notwendigkeit einer Beantragung auf Weiterbetreuung nach dem 31. August 1997 zweisprachig in Kenntnis gesetzt. Die gestellten Anträge auf Weiterbetreuung und/oder Rückkehrhilfe, Teilnahme an Reintegrationsprojekten sowie Ansuchen um Wiederaufbauhilfe vorort wurden bearbeitet bzw. an die entsprechenden Stellen weitergeleitet. Nach Kundmachung der diesbezüglichen Verordnung wurden alle am 31. August 1997 in Betreuung stehenden de-facto-Flüchtlinge schriftlich von der Entscheidung betreffend ihre Anträge auf Wiederaufnahme in die Bosnienaktion in Kenntnis gesetzt.

Viele Flüchtlinge fanden Arbeit und Wohnung und wurden von der Hilfe durch die Bosnienaktion unabhängig. Die angebotene Rückkehrhilfe wurde im Jahr 1997 von gesamt 229 Personen in Anspruch genommen.

Zu Jahresende 1997 waren noch insgesamt 1.190 (1996: 2.145) Personen, davon 780 (1996: 1.251) in Privaterkürtnissen und 410 (1996: 894) in Großquartieren, in Betreuung der Bosnienhilfe.

Die Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Bosnienhilfe im Flüchtlingslager Triester Straße und in der Beratungsstelle Rösslergasse wurde 1997 von zwei SozialarbeiterInnen durchgeführt. Die Sozialarbeiterin der Beratungsstelle war Anlaufstelle für bosnische de-facto Flüchtlinge, die im Rahmen der Aktion Bosnienhilfe unterstützt wurden. Neben Information, Beratung und Betreuungsarbeit wurde auch wieder bei anderen Behörden wie etwa der MA 62, Arbeitsamt usw. vermittelt und interveniert. Weitere Aufgabengebiete waren Unterstützung bei der Wohnungssuche, Aus- und Weiterbildung, Lehrstellensuche usw. Im Flüchtlingslager Triester Straße war 1997 ein Sozialarbeiter tätig. Das Aufgabengebiet umfaßte die Leitung des Lagers sowie die Betreuung der BewohnerInnen des Lagers. Mit Stand vom 31. Dezember 1997 waren im Lager Triester Straße 69 Personen untergebracht.

Es erfolgten zwar nur mehr wenige Neuaufnahmen, hauptsächlich Neugeborene und Übernahme von Personen aus anderen Bundesländern, andererseits benötigten die bereits hier befindlichen Flüchtlinge zunehmend mehr Beratung und zum Teil psychotherapeutische Betreuung. Auch die Kosten der Krankenhilfe sind wegen des immer höher werdenden Anteiles an älteren Flüchtlingen sehr hoch geblieben.

Mitte des Jahres 1993 wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für die de-facto-Flüchtlinge ermöglicht, wodurch bis Ende 1997 5.504 Menschen (Vergleichswert per Ende 1996: 5.297) von der Hilfe durch Bund und Land unabhängig wurden.

Bis 31. Dezember 1997 wurden in Wien seit Beginn der Aktion 27.173 (EDV-Stand 30.12.97) de-facto Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina registriert; davon waren Ende 1997 1.190 Personen (Vergleichswert Ende 1996: 2.145) in Betreuung der Stadt Wien.

Die Kosten der Krankenhilfe sind im Vergleich zur gleichen Zahl von Österreichern sehr hoch geblieben. Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 9,179.850,96 zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von Zahnärzten und Dentisten betrug S 1,092.642,83. Der Sozialhilfesaufwand in städtischen und nichtstädtischen Anstalten betrug S 26,127.957,91.

Für Unterkunftskosten an private Quartiergeber bzw. für Versorgung und Unterbringung in städtischen und privaten Einrichtungen entstand ein Aufwand von S 38,416.712,76.

An Konventionsflüchtlinge wurden 2.893 Aushilfen mit einem Gesamtbetrag von S 16,533.471 ausbezahlt, auf österreichischen Staatsbürgern gleichgestellte Personen, ausgenommen Konventionsflüchtlinge, fielen 379 Fälle mit S 1,554.909,20 und auf österreichischen Staatsbürgern nicht gleichgestellte Personen 1.358 Fälle mit S 7,549.518,40.

Gemäß der Übertragungsverordnung vom 16. Juli 1992, BGBl. Nr. 412/1992, sind nach Maßgabe der Weisungen des Bundesministeriums für Inneres Verträge über die Unterbringung von bundesbetreuten Asylwerbern mit privaten humanitären und kirchlichen Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrt abzuschließen und diese Unterkünfte und die vereinbarten Leistungen regelmäßig zu kontrollieren (mindestens 2 x jährlich). Am 31. Dezember 1997 waren in Wien 85 Asylwerber untergebracht.

Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 5.870 neue Erstattungsanträge in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe bearbeitet. Es wurden 1.487 neue Kostenanerkennnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und anderen Sozialhilfeträgern abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren im Jahre 1997 mit nichtstädtischen Krankenanstalten 764 Fälle, mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten 58 Fälle, mit Kur- und Rehabilitationsanstalten 18 Fälle und mit TBC-Heilstätten 13 Fälle anhängig. In 906 Fällen wurden Ambulanzgebühren für nichtstädtische Anstalten, in 5.944 Fällen Transportkosten für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste (Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Die Johanniter, Malteser Hilfsdienst u.a.) übernommen. In 665 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten wie Dauerleistungen, Pflegegebühren in Krankenanstalten, Mietbeihilfen usw. zur Verlassenschaft angemeldet und in 75 Fällen Regreß gegen Erben geltend gemacht. Sozialhilfekosten wurden in 300 Fällen mit einem fremden Sozialhilfeträger verrechnet. Die Einnahmen aus der Verrechnung mit fremden Sozialhilfeträgern bzw. aus Vorschreibungen in Verlassenschaftsverfahren (statistisch erfaßt erst seit Juli 1997) betrugen S 10,145.100,03. In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Überprüfung des Vorliegens von Fremdverschulden bei Verletzungen, Verkehrsunfällen usw., sowie die Einhebung des 80prozentigen Pensionsanteiles bei Asylierungsfällen. Weiters wurden Pensionsansprüche überprüft, Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger durchgeführt, Amtshilfeersuchen bearbeitet und die Aufrechnungen fremder Sozialhilfeträger kontrolliert.

Auf Grund des Tuberkulosegesetzes wurden mangels eines anderen Kostenträgers im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung die Kosten der Behandlung einer aktiven Tuberkulose, bzw. die Kosten der Behandlung anderer Erkrankungen, sofern diese im Zusammenhang mit der Erkrankung an Tuberkulose notwendig sind, übernommen. Die Behandlungskosten anderer, gleichzeitig mit einer Tuberkulose auftretenden, nichttuberkulösen Erkrankungen wurden ebenso aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen, wie die Kosten der Behandlungen der Angehörigen der Tuberkulosekranken.

Im Schnitt wurden im Jahr 1997 monatlich für 69 Personen Behandlungskosten aus Bundesmitteln und für 21 Personen aus Sozialhilfemitteln mit Bescheid übernommen. In Zweifelsfällen wurden vor der Übernahme der Behandlungskosten amtsärztliche Sachverständige befragt, ob ein Zusammenhang zwischen den zu übernehmenden Behandlungskosten und der Tuberkulose vorliegt, um den Kostenträger (Bund oder Land) feststellen zu können. Aus Mitteln der Sozialhilfe wurden im Schnitt im Jahr 1997 monatlich 36 Personen als Hauptbezieher und 9 Personen als Mitbezieher finanziell unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unter Berücksichtigung des krankheitsbedingten Mehrbedarfes auf die Dauer des Vorliegens einer aktiven Tuberkuloseerkrankung zuzüglich einer dreimonatigen Übergangsfrist.

Vom Referat Kur- und Rekonvaleszenten Aufenthalte sind im Jahr 1997 48 Anträge um Bewilligung von Kur- und Rekonvaleszenten aufenthalte eingegangen, davon wurden 14 Bewilligungen für die Kostenübernahme eines Kur- oder Rekonvaleszenten aufenthaltes erteilt. Anspruchsberechtigt sind nur Sozialhilfebezieher; bezweckt wird vor allem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. bei dauernd arbeitsunfähigen Sozialhilfebezieher eine länger dauernde Linderung von Schmerzzuständen.

Im Laufe des Jahres mußten 32 Anträge abschlägig erledigt werden; die überwiegende Zahl der Abweisungen erfolgte nach amtsärztlicher Begutachtung, weil die medizinischen Voraussetzungen für einen Kur- oder Rekonvaleszenten aufenthalt nicht vorlagen bzw. weil keine Kurfähigkeit gegeben war (z.B. bei Bezug von Pflegegeld).

Dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen standen mit Dezember 1997 93 SozialarbeiterInnen zur Verfügung. Die im Referat tätigen SozialarbeiterInnen boten auch 1997 Personen ab dem 19. Lebensjahr Hilfestellungen an, die von einmaligen Informations- und Beratungsgesprächen über Vorschläge zur Bewältigung von Krisensituationen bis zu längerfristigen Intensivbetreuungen reichten.

Ein zusätzliches Aufgabengebiet des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen stellt die Teilnahme am „Expertenkreis“, der sich aus je einem Vertreter der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not, der Caritas, der MA 11, der MA 12, der MA 17 und - seit September 1997 - auch des Vereines Wiener Frauenhäuser, zusammensetzt, dar. In 23 Sitzungen wurden 1.666 Fälle (manche auch mehrmals), die von Obdachlosigkeit bedroht oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt.

Die SozialarbeiterInnen der sechs Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen boten für Erwachsene ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt Information, Beratung und Betreuung bei sozialen Anliegen und in Krisensituationen, die durch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchtverhalten, Behinderung, Krankheit, finanzielle Schwierigkeiten, Beziehungskonflikte und dergleichen verursacht wurden. 1997 fielen in den Außenstellen 13.160 Fälle an. Insgesamt wurden 3.598 Hausbesuche und 1.823 Dienstwege durchgeführt. In 4.717 Fällen wurden im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes gewährt. Die Möglichkeit eines Beratungsgespräches wurde 1997 von 1.537 Personen in Anspruch genommen.

Die aus vier SozialarbeiterInnen bestehende Projektgruppe der Außenstelle I, zuständig für die Bezirke 1, 2, 6, 7, 8 und 9, bot intensive Betreuung des 2. Bezirkes durch verstärkte Kontakte zu Institutionen der Leopoldstadt und mehr KlientInnennähe an. Die geplante Projektdauer von einem Jahr ist Mitte 1997 abgelaufen. Die mit Juni 1996 für den 8. Bezirk eingerichtete Soziale Servicestelle in 8, Schlesingerplatz 2, in der jeden Donnerstag von 14.00 bis 17.30 Uhr unter anderen auch eine Sozialarbeiterin der Außenstelle I Sozialberatung anbot, wurde wegen mangelnder Inanspruchnahme eingestellt.

Die Außenstelle V, zuständig für den 10. Bezirk, bietet zusätzlich in Zusammenarbeit mit der MA 17 Delogierungsprävention für erwachsene GemeindewohnungsmieterInnen im Bezirk. Dieses Projekt besteht mit Ablauf des Jahres 1997 bereits das vierte Jahr.

1997 befanden sich im Bereich des 10. Bezirkes 259 Personen auf den Delogierungslisten der MA 17, die von der Außenstelle V kontaktiert wurden. Das Beratungsangebot wurde von 140 Personen angenommen.

Die Anzahl der dem Sozialamt zur Verfügung stehenden Prekariumswohnungen, die nach wie vor ein wichtiges Instrument für die zeitlich begrenzte Unterbringung von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die von den Außenstellen betreut werden, darstellen, belief sich 1997 auf 77. Insgesamt waren 1997 87 Personen untergebracht, wovon 30 im Laufe des Jahres aufgenommen wurden und 30 wieder ausgezogen sind. In 19 Fällen konnten die Personen im Anschluß an das „Probewohnen“ in eine ihnen zugewiesene Gemeindewohnung ziehen. Mit 31. Dezember 1997 wohnten insgesamt 57 Personen in Prekariumswohnungen.

Die beiden Tageszentren für Obdachlose wiesen 1997 eine Besucherzahl von insgesamt 50.840, davon 12.252 im Tageszentrum Pazmanitengasse (pro Tag durchschnittlich 50 Personen) und 38.588 im Tageszentrum Josefstädter Straße (pro Tag durchschnittlich 156 Personen) auf. Von der SozialarbeiterInnen wurden 1997 935 Beratungsgespräche durchgeführt.

Ebenso wie im Vorjahr war auch 1997 das Tageszentrum Josefstädter Straße während der Weihnachtsfeiertage geöffnet, und zwar am 24., 25. und 26. Dezember 1997 von 9 bis 17 Uhr. Das Tageszentrum Pazmanitengasse war am 24. Dezember 1997 von 9 bis 13 Uhr geöffnet. An diesen Tagen wurden Speisen, alkoholfreie Getränke und Winterbekleidung kostenlos an die 637 BesucherInnen ausgegeben.

Im Rahmen der Straßensozialarbeit, die von den SozialarbeiterInnen beider Tageszentren wahrgenommen wird, wurden 471 Einsätze durchgeführt, wobei 641 Einzelgespräche geführt wurden. Aufgesuchte Plätze waren: Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz, Bahnhof Wien Mitte, Westbahnhof, Südbahnhof, Franz-Josef-Bahnhof, Schottentor, Votivpark, Graben, Kärntner Straße, Praterstern, diverse Parks, Donauinsel, Donaukanal sowie Teile der U1, U2, U3, U4, U6 und andere. Das Angebot des medizinischen Betreuungsbusses „Louise“ für die Erst- und Notversorgung Obdachloser wurde 1997 pro Monat von rund 480 obdachlosen Personen in Anspruch genommen.

Im Sozialtherapeutischen Wohnheim für Obdachlose belief sich der Bewohnerstand mit 31. Dezember 1997 auf 220 Personen (172 Männer, 48 Frauen). 165 Personen (129 Männer, 36 Frauen) wurden im Laufe des Jahres aufgenommen und 173 Personen (140 Männer, 33 Frauen) haben es wieder verlassen. 52 Personen (30,6 %) konnten in Gemeindewohnungen untergebracht werden, ein Teil fand eine anderweitige Unterkunft. 1997 haben sich insgesamt 296 Personen (210 Männer, 86 Frauen) um Aufnahme beworben. 159 Personen wurden aufgenommen, 20 davon sind nicht ins Sozialtherapeutische Wohnheim eingezogen.

1997 wurden in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Wien und dem Verein Wiener Sozialdienste wieder drei Informations- und Trainingskurse für langzeitarbeitslose SozialhilfeempfängerInnen und NotstandshilfebezieherInnen durchgeführt. Die sozialarbeiterische Tätigkeit bestand in organisatorischer Planung, sozialarbeiterischer Beratung der KursteilnehmerInnen während der Kurszeit, Öffentlichkeitsarbeit und Nachbetreuung der KursteilnehmerInnen. Die Dauer der Kurszeit belief sich auf jeweils 12 Wochen. Von den 1997 an die Kursleitung verwiesenen 234 InteressentInnen kamen 106 zum Informationstag. 94 Personen kamen

zum Vorstellungsgespräch. Insgesamt begannen 42 Personen die Kurse, 23 davon haben abgeschlossen. Im Anschluß an die Kurse wurden 244 Bewerbungsschreiben an den 1. Arbeitsmarkt gerichtet, 13 an diverse Sozial- und Beschäftigungsprojekte. Bei 10 Personen bestand Aussicht auf Weiterbildung. Weitere 8 Personen konnten dazu motiviert werden, einen Alkohol- bzw. Drogenentzug zu machen. Die von der Kursleitung angebotene Nachbetreuung, um die im Kurs erreichte Stabilisierung zu erhalten, wurde von 63 ehemaligen KursteilnehmerInnen in Anspruch genommen.

Die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien wurde 1997 von 2.555 Haushalten in Anspruch genommen. Der im Jänner 1995 eingeführte „Privatkonkurs“ konnte auch im dritten Jahr seines Bestehens von der Schuldnerberatung äußerst positiv eingesetzt werden. Etwa die Hälfte aller in Wien eröffneten Privatkonkursverfahren wurde von der Schuldnerberatungsstelle vorbereitet bzw. begleitet, die andere Hälfte entfiel auf Gläubigeranträge und Anträge von Schuldnern, die sich durch RechtsanwältInnen vertreten lassen. Mit Inkrafttreten des Verfahrens nahmen besonders viele ehemals Selbständige die Beratung und den Privatkonkurs in Anspruch. Mittlerweile steigt nun auch der Anteil der Privathaushalte.

Im Bereich der Behindertenbetreuung waren SozialarbeiterInnen im Rahmen des Sachverständigenteams im Behindertenzentrum der Stadt Wien, in den Trainingswohnungen, im „Club 21“ und der Betreuung der im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen tätig.

Im Bereich des Sachverständigenteams wurden 1997 insgesamt 1.542 Personen beraten und betreut. Davon waren 353 Intensivbetreuungen und 903 Kontakte bzw. Beratungen mit Angehörigen sowie 508 Kontakte zu diversen Institutionen zu verzeichnen.

Für die im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen wurden ebenfalls Beratung und Betreuung angeboten. Mit Dezember 1997 waren insgesamt 640 MitarbeiterInnen im Rahmen der Sonderaktion in 66 Dienststellen beschäftigt. Primäre Aufgabe der zuständigen SozialarbeiterInnen ist es, die akuten Probleme zu lösen. Aber auch die Kontaktaufnahme mit den behinderten MitarbeiterInnen, die über die Sonderaktion beschäftigt sind und einen befristeten Dienstvertrag haben, ist ebenso wichtig wie das längerfristige Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen MitarbeiterInnen und deren Arbeitsumfeld. Im Jahr 1997 fanden 1.143 Kontakte mit KollegInnen aus der Sonderaktion statt, 266 davon wurden intensiv betreut. 1.886 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der im Rahmen der Sonderaktion beschäftigten MitarbeiterInnen fanden statt. Um die Chance auf Integration in die jeweiligen Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits in das Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen.

Im Laufe des Jahres 1997 fanden auch regelmäßige Besprechungen zwischen den SozialarbeiterInnen und der Vertreterin der MD-PD statt.

Im Club 21 konnten im 1. Quartal monatlich durchschnittlich 320, im 2. Quartal 565, im 3. Quartal bedingt durch die Sommerpause 195 und im 4. Quartal 527 BesucherInnen verzeichnet werden. Es wurden verschiedenste Aktivitäten, wie Tanz und Bewegung, Theatergruppen, Besuche von Ausstellungen, Sport und Entspannungsübungen sowie Ausflüge, angeboten.

Im Bereich der Trainingswohnungen für Behinderte wurde auch im Jahr 1997 mit den BewohnerInnen intensiv an der Verselbständigung im Sinne einer Unterbringung in einer eigenen Wohnung gearbeitet.

FOCUS, dessen Arbeitsauftrag soziale Erhebungen im öffentlichen Raum umfaßt, besteht seit nunmehr fünf Jahren und war 1997 in unterschiedlichen Regionen der Stadt Wien präsent (Jänner bis April 1997 im 22. Wiener Gemeindebezirk, Mai bis Juli 1997 im 9. Wiener Gemeindebezirk, August bis Oktober 1997 im 10. Wiener Gemeindebezirk und ab November 1997 im 4. Wiener Gemeindebezirk). Die Schwerpunkte der Tätigkeitsfelder umfaßten Kontaktaufnahme zu Institutionen vor Ort, Kontaktaufnahme zum Klientel, Analyse der örtlichen Situation und Problemlage, Erarbeitung und Skizzierung präventiver Maßnahmen sowie Projektideen, Erstellung und Präsentation eines Abschlußberichtes sowie Vernetzung der Institutionen vor Ort.

Die Anfang 1996 eingerichtete Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) für den 20. Bezirk, ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den MA 11 und 12 sowie dem Wiener Integrationsfonds, wurde nach den Erfolgen des Projektes auch auf den 2. Bezirk ausgedehnt. FAWOS war 1997 somit eine zentrale Anlaufstelle für alle BewohnerInnen des 2. und 20. Bezirkes, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht waren. Das Aufgabengebiet umfaßte die nachgehende Kontaktaufnahme mit allen Betroffenen, mietrechtliche und sozialarbeiterische Information und Beratung, Krisenintervention, Vermittlung zwischen MieterIn und VermieterIn und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung. Das Angebot richtete sich an In- und AusländerInnen und an die MieterInnen aller Wohnungen (Gemeinde-, Privat- und Genossenschaftswohnungen). 1997 wurden FAWOS 1.297 Haushalte im 2. und 20. Bezirk, die von Delogierung bedroht waren, bekannt. 60 Prozent der Haushalte waren ohne Kinder, 40 Prozent mit Kindern. In 653 Fällen lag ein Räumungstermin vor, wobei in 496 Fällen eine Wohnungssicherung erreicht werden konnte. Bei den 157 durchgeführten Räumungen ist es in 63 Fällen trotz Hausbesuch nicht gelungen, Kontakt mit den Betroffenen aufzunehmen. In 84 Fällen handelte es sich um Firmen, Zweitwohnsitze oder Verlassenschaften. Nur in 10 Fällen war es FAWOS nicht möglich, die Wohnung zu sichern. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Fachstelle zur Verhinderung von Delogierungen war in 124 Fällen erforderlich.

Die Angebote Fort- und Weiterbildung wurden auch 1997 von den SozialarbeiterInnen rege in Anspruch genommen. Als Vortragende waren sie an den Akademien für Sozialarbeit und in den Krankenpflegeschulen tätig. Zahlreiche Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten ein Praktikum (einige davon in Form eines 17wöchigen Langzeitpraktikums) in den verschiedenen Einrichtungen des Referates.

Behindertenhilfe

Frühförderung

Die ARGE Frühförderung wurde im Jahre 1991 mit der Zielsetzung gegründet, die Schaffung und den Ausbau von Einrichtungen der Frühförderung (Früherkennung - Entwicklungsförderung - Familienbegleitung) für in Wien lebende Behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder sowie die Koordination und Unterstützung vorhandener Angebote der Frühförderung bis hin zur flächendeckenden Versorgung Wiens zu ermöglichen.

Im Jahr 1997 wurde ein Konzept für den weiteren Ausbau dieser Frühförderangebote erstellt.

Im Budget der Abteilung für das Jahr 1997 wurden daher die Gehaltskosten von acht zusätzlichen Hausfrühförderinnen budgetiert. Die ARGE Frühförderung hat ferner ein Curriculum für die Ausbildung von Hausfrühförderinnen erarbeitet.

Das von der Stadt Wien in 22, Langobardenstraße 189, errichtete „Zentrum für Entwicklungsförderung“ hat Ende 1997 seinen Betrieb aufgenommen. In der in der Rechtsform eines Ambulatoriums geführten Einrichtung werden behinderte Kinder bis zu 6 Jahren betreut.

Im Interesse einer besseren Vernetzung von Maßnahmen der Frühförderung haben Gespräche mit den MA 11 und 15, dem Wiener Krankenanstaltenverbund und einem großen privaten Träger, der in Wien drei Ambulatorien für die Behandlung körper- und mehrfachbehinderter Kinder und Jugendlicher führt, stattgefunden. Darüber hinaus ist beabsichtigt, an allen gynäkologisch/geburtshilflichen Abteilungen des Krankenanstaltenverbundes Schritte zu setzen, um die Erstinformation der Mutter bzw. Eltern über eine Behinderung ihres neugeborenen Kindes mit der nötigen Sensibilität und verbunden mit entsprechenden Informationen zu gestalten.

Beschäftigungstherapie und berufliche Eingliederung von Besuchern von Beschäftigungstherapieeinrichtungen:

Das Sozialamt richtet sein Hauptaugenmerk auf Bemühungen, behinderte Menschen soweit zu fördern, daß sie eine reelle Chance auf eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Schätzungsweise können rund 10 Prozent der in Beschäftigungstherapiewerkstätten betreuten behinderten Menschen beruflich integriert werden.

Über Wunsch von Frau Vizebürgermeisterin Laska wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1996 der Arbeitskreis „Berufliche Integration behinderter Menschen“ eingerichtet. Aus diesem Arbeitskreis haben Fachleute aus verschiedenen Bereichen (Bundessozialamt, Arbeitsmarktservice, Behindertenorganisationen, Stadtschulrat für Wien, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Berufsbildungszentrum usw.) teilgenommen. Zielsetzung dieses Arbeitskreises war, Maßnahmen zu überlegen, die behinderten Menschen in Beschäftigungstherapieeinrichtungen, die in der freien Wirtschaft arbeiten könnten, einen entsprechenden Zugang zu diesen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen.

EU-Projekte

1996 sind einige aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderte Projekte gestartet worden, in die die Abteilung eingebunden ist. Es sind dies Modellversuche, die der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt gewidmet sind und auch 1997 mitfinanziert wurden. Auf nationaler Basis (ohne ausländische Projektpartner) laufen folgende Vorhaben:

- Arbeitsassistenten für psychisch behinderte Menschen
- Arbeitsassistenten für Gehörlose
- Einstellungsbeihilfen
- Ausbildung Gehörloser zum Schwachstromtechniker
- Housekeeping (Hotel- und Zimmerreinigung)

Bei den folgenden Vorhaben arbeiten die Projektträger mit je zwei Partnern in anderen EU-Ländern zusammen:

- ALPHA Fertigungstechnik (Qualifizierung in betrieblichen Tätigkeitsbereichen und im Dienstleistungsbereich)
- SYMBIOSYS Arbeitstraining von in Wirtschaftsbetrieben integrierten Kleingruppen.

Wohnplätze

Das Programm der „ARGE Wohnplätze für behinderte Menschen“, das bis 2003 läuft, ist auch 1997 planmäßig fortgesetzt worden. Es konnten 7 vollbetreute Wohngemeinschaften mit insgesamt 67 Plätzen und 11 mobil, d.h. nur teilweise betreute Wohnplätze, neu in Betrieb genommen werden. Im Rahmen des Sonderprogrammes der Ausgliederung geistig behinderter Menschen aus dem psychiatrischen Krankenhaus wurden 3 Wohngemeinschaften mit je 8 Plätzen, also für 24 ehemalige Patienten, geschaffen.

Bedarfs- und Entwicklungsplan

Die Arbeiten an dem von den Geschäftsgruppen „Gesundheits- und Spitalswesen“ sowie „Jugend, Soziales, Information und Sport“ gemeinsam zu verfassenden „Bedarfs- und Entwicklungsplan der Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen“ sind 1997 fortgesetzt worden. Nach Fertigstellung der Bestandsanalyse sind als nächste Arbeitsschrit-

te eine Strukturanalyse sowie die Planung des künftigen Bedarfes in Angriff genommen worden. Auf Grund des den Mitgliedern des Lenkungsausschusses vorzulegenden Endberichtes werden an Hand eines Maßnahmenkatalogs Umsetzung, Finanzierung und Erfüllungszeitpunkte festzulegen sein.

Unterstützungsbeiträge an Behindertenorganisationen

1997 wurden für die von privaten Vereinen geleisteten Beratungs- und Betreuungsdienste an 10 Organisationen Zuschüsse in der Höhe von S 6,359.000 gewährt.

Dem Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien, das die ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Wiener Bevölkerung wahrnimmt, wurden für den Betrieb seiner Wohnheime Kosten im Ausmaß von S 18,149.980 vergütet.

Der Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GesmbH., deren Aufgabe in der beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker liegt, wurde ein Aufwand von S 31,800.000 ersetzt.

Aufsichtsrecht

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht über die Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Beschäftigungstherapie, Wohnheime und geschützte Werkstätten wurden 18 Behinderteneinrichtungen überprüft.

Der Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen konnte 47 Gruppen eine finanzielle Unterstützung in der Gesamthöhe von S 860.000 ermöglichen.

1997 wurden im Referat Behindertenhilfe 1.179 Neuanträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht.

Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden 1997 weiters folgende Leistungen erbracht: Für 1.418 Personen wurden die Kosten für die Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln übernommen, 1.300 Personen nahmen die Beförderung im Rahmen des Regelfahrtendienstes in Anspruch, 228.736 Fahrten wurden im Rahmen des Freizeitfahrtenendienstes durchgeführt. 1.733 Personen nahmen Maßnahmen der Eingliederungshilfe in Anspruch. 481 Landeszuschüsse zur geschützten Arbeit wurden ausbezahlt, 2.848 Personen besuchten die Beschäftigungstherapie (einschließlich Wiener geschützte Werkstätten), 1.094 Personen wird Hilfe zur Unterbringung gewährt, 384 Personen wird Hilfe am geschützten Wohnplatz (mobile Betreuung) gewährt, 103 Personen wurde Drogentherapie übernommen sowie 89 Maßnahmen der persönlichen Hilfe (Hilfsmittel) und 48 Ausweise für behinderte Personen aufgestellt.

Im Rahmen der Wohngemeinschaft Villa Kellermann wurden in diesem Jahr 22 junge Burschen betreut, davon 10 stationär, 11 ambulant und ein Bursch in der Trainingswohnung Meiselstraße. 1997 wurde die Villa Kellermann von 1.119 ambulant bzw. ehemals Betreuten besucht.

Seit März 1997 ist in der Abteilung ein Dezernat VI eingerichtet, zu dessen Geschäftsbereich folgende Aufgaben gehören:

- Zusammenstellung und Aufbereitung von sozial-, behinderten- und pflegegeldrechtlichen Entscheidungen
- bescheidmäßige Erledigung von Rückforderungen und bescheidmäßige Zurückweisung von Pflegegeldanträgen
- Mitwirkung bei der Vertretung des Landes Wien bei Verhandlungen in Pflegegeldangelegenheiten vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien sowie dem Oberlandesgericht Wien
- Bearbeitung von Berufungen gegen Entscheidungen des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien sowie Revisionen gegen Urteile des Oberlandesgerichtes Wien an den Obersten Gerichtshof (Pflegegeldangelegenheiten)
- Berufungen gegen Bescheide betreffend die Ausstellung von Behindertenpässen nach dem Bundesbehindertengesetz
- legistische Tätigkeit

In Zusammenhang mit obenerwähntem Aufgabenbereich wurden vom Dezernat VI in der Zeit von März bis Dezember 1997 67 Klagebeantwortungen erstellt und in 47 Tagsatzungen vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien vertreten sowie 6 Berufungsschriften und 1 Entwurf für eine Revision vor dem Obersten Gerichtshof verfaßt und 6mal vor dem Oberlandesgericht Wien vertreten. Weiters konnten 23 der genannten 47 gerichtsanhängigen Verfahren mit einer vergleichweisen Bereinigung abgeschlossen werden. In Erledigung der angefallenen Aktenfälle erteilte das Dezernat VI 30 Nachsichten, davon 22 Nachsichten vom Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft gemäß § 3 Abs. 4 WPGG sowie 8 Nachsichten gemäß § 4 Abs. 1 WPGG betreffend die Gewährung von Pflegegeld vor Vollendung des dritten Lebensjahres, erließ fünf Zurückweisungsbescheide in Pflegegeldsachen, erlangte 17 Einigungen über eine Ratenvereinbarung bezüglich der Rückforderung zu Unrecht empfangener Pflegegelder und entschied 16mal als Berufungsinstanz in Behindertenpaß-Angelegenheiten. Darüber hinaus wurde in zwei Fällen (Verlassenschaft) eine Abschreibung offener Forderungen durchgeführt. Neben einem Vortrag zum Thema „Pflegegeld in Theorie und Praxis“ in der Verwaltungsakademie wurden auch Vorträge zu den Themen „Wiener Pflegegeld und Wiener Behindertenrecht“ im Bundesblindeninstitut und „Bundesbehindertenpässe“ bei der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen gehalten. Außerdem erstellte das Dezernat VI ein Verzeichnis über die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes in Pflegegeldangelegenheiten, welches bisher bereits dreimal aktualisiert wurde und weiterhin laufend ergänzt wird. Ferner arbeitete dieses Dezernat den ersten Teil einer dreiteiligen Skriptenreihe für die Verwaltungsakademie, das Skriptum „Wiener Pflegegeldrecht“, aus, welches sich bereits in Druck befindet und Ende März 1998 als Arbeitsunterlage zur Verfügung stehen soll. Der zweite und dritte Teil des Skriptums, „Sozialhilferecht“ und „Behindertenhilferecht“, sind in Vorbereitung.

Im Jahre 1993 wurde zur Neuordnung der Pflegevorsorge auf Bundes- und Landesebene eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen abgeschlossen, in der sich Bund und Länder verpflichten, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen zu regeln.

Dem Referat Pflegegeld obliegt, ebenso wie der MA 3 und der Pensionsabteilung der Wiener Stadtwerke, die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes (WPGG). Dieses stimmt in den wesentlichen Regelungsinhalten, wie etwa bei den Beurteilungskriterien der Pflegebedürftigkeit, der Höhe des Pflegegeldes und den Übergangsregelungen, mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes überein. Pflegegeld wird jenen Personen geleistet, die infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung einen ständigen Betreuungs- und Hilfsbedarf (Pflegebedarf) haben. Dieser durch Behinderung oder Krankheit bedingte Pflegebedarf muß während eines Zeitraumes von mehr als sechs Monaten gegeben sein.

Das Pflegegeld gebührt zwölfmal jährlich und betrug im Jahr 1997 monatlich in Stufe 1 S 2.000, Stufe 2 S 3.688, Stufe 3 S 5.690, Stufe 4 S 8.535, Stufe 5 S 11.591, Stufe 6 S 15.806 und in Stufe 7 S 21.074.

Die Einstufung stützt sich auf ein ärztliches Sachverständigengutachten. Die Beurteilung erfolgt grundsätzlich nicht diagnosebezogen, sondern funktionsbezogen, unter Berücksichtigung der individuell erforderlichen Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Richtlinien der Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Pflegegeldgesetz.

Im Bereich der Abteilung wurden im Jahr 1997 2.724 Anträge auf Gewährung bzw. Erhöhung von Pflegegeld gestellt, 3.297 Akten konnten mit Bescheid erledigt werden. Seit Einführung des Pflegegeldgesetzes per 1. Juli 1993 ergibt sich somit eine Gesamtzahl von 16.615 Anträgen und demgegenüber eine Gesamtzahl von 16.669 Erledigungen per 31. Dezember 1997 (dazu zählen auch amtswegige Erledigungen ohne eigenen Antrag).

Zum Stichtag 31. Dezember 1997 wurde Pflegegeld an insgesamt 7.814 Personen angewiesen. Der Aufwand für Pflegegelder betrug im Jahr 1997 insgesamt S 500.977.191,47.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien ist eine Einrichtung für behinderte Menschen, die von der Stadt Wien selbst betrieben wird. Die Integration ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben steht im Mittelpunkt der Bemühungen des Hauses.

Das Sachverständigenteam hat im Jahr 1997 1.405 Teamanfragen beantwortet. 680 Klienten wurden eingeladen und an 85 Tagen begutachtet. 725 Teamanfragen konnten auf Grund vorliegender oder eigens angeforderter, aktueller und schlüssiger Befunde aktenmäßig bearbeitet werden. Die aktenmäßige Bearbeitung einer Teamanfrage ist eine Serviceleistung für die Antragsteller, denen weite Wege und Mehrfachbegutachtungen erspart werden sollen, und wird als solche von den Klienten geschätzt. Bei Erstanträgen erfolgt üblicherweise eine Einladung zum Sachverständigenteam, um die Antragsteller über die Möglichkeiten der Behindertenhilfe allgemein zu informieren und individuell zu beraten. Darüber hinaus dient das Sachverständigenteam als Informationsdrehscheibe für andere Institutionen und Konsumenten über Maßnahmen der Behindertenhilfe und hat mit zahlreichen Kontaktbesuchen an einer besseren Zusammenarbeit und Vernetzung mitgewirkt. Durch die Teilnahme an Fach- und Weiterbildungsveranstaltungen wird die fachliche Kompetenz der Teammitglieder aktualisiert und erweitert; diese fließt durch projektive und konzeptive Mitarbeit bei der Schaffung neuer Maßnahmen und Einrichtungen im Behindertenwesen ein.

Im Jahre 1997 wurde von der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen, die bisherigen Tätigkeiten sowie die seit 1. Juli 1997 in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien verankerten erweiterten Aufgaben „Beratung, Begutachtung, Überprüfung und Koordination in den Belangen des barrierefreien, behinderten- und generationsgerechten Planen, Bauen und Wohnen“ wahrgenommen.

Darüber hinaus sind einige Schwerpunkte der Tätigkeit zu erwähnen:

- Durch die vorgegebene Aufgabenstellung wurde der Tätigkeitsbereich auf generationsgerechte Maßnahmen (Beratung udgl.) erweitert
- Weiterführung der Koordination der Arbeitsgruppe „Behindertenfreundliche Kultureinrichtungen“
- Mitarbeit als Experte im Beirat zur Erarbeitung eines Wiener Unfallverhütungsprogrammes für Senioren, die vom amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen eingesetzt wurde
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Österreichischen Normungsinstitut insbesondere in den Fachnormenausschüssen FNUA 011f „Barrierefreies Planen und Bauen“ (z.B. barrierefreie Schul- und Ausbildungsstätten) und FNA 196 „Technische Hilfen für behinderte Menschen“ sowie in den Unterausschüssen und Arbeitsgruppen 017.1 „Aufzüge“, 196.01 „Pflege und Mobilitätshilfen und 196.6 „Blindenhilfsmittel“
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Netzwerk der österreichischen Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen. So wurden technische Informationsblätter hinsichtlich Aufstiegshilfen erarbeitet
- Weiterführung der Arbeiten zur Erstellung eines taktilen Leitsystems für sehbehinderte und blinde Menschen sowie Koordination und Konsensbildung mit den Vertretern der Institution für sehbehinderte und blinde Menschen
- Weiterführende Arbeiten im Arbeitskreis „Behindertengerecht zugängliche Verkehrsmittel“ mit Sichtung aller technischen Hilfsmittel bzw. Sichtung der nationalen und internationalen Einstiegshilfen für öffentliche Verkehrsmittel

- Konsulententätigkeit hinsichtlich der von Architekten und Planern an die Fachstelle herangetragenen Planungen, wobei die Abstimmung der behindertengerechten Maßnahmen mit den Planern (Architekten) und Ausführenden sowie Vidierung der planlichen Unterlagen erfolgte
- Konsulententätigkeit innerhalb des Magistrates hinsichtlich der Erstellung und Ausführung von behindertengerechten Maßnahmen im Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungs- bzw. Förderungsbereich sowie Weiterführung der Prüfungstätigkeit im Rahmen der Eignungsfeststellung von Veranstaltungsstätten
- Teilnahme als Mitglied in der Theaterkommission
- Im Jahre 1997 wurde die in der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen eingerichtete Wohnungsberatung von 137 Betroffenen, Angehörigen oder Planern aufgesucht, wobei im Regelfall eine Betreuung von mindestens ein bis zwei Jahren pro Beratungsfall notwendig werden
- Weiters wurden im Jahre 1997 von der Fachstelle der Stadt Wien 2.411 Geschäftsfälle (Aktivitäten) betreut und bearbeitet.

Die im Referat Behindertenbetreuung im Rahmen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen aus dem Leiter und sechs SozialarbeiterInnen bestehende Gruppe, ist in folgenden Bereichen der MA 12 - Behindertenarbeit tätig: Zwei SozialarbeiterInnen arbeiteten im Sachverständigenteam der Abteilung, vier SozialarbeiterInnen beraten und betreuen die behinderten Mitarbeiter bei der Stadt Wien, die im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt sind.

Im Jahre 1997 nahmen 1.542 Klienten den Dienst der SozialarbeiterInnen des Sachverständigenteams der Abteilung in Anspruch. Davon waren 353 Intensivbetreuungen und 903 Kontakte beziehungsweise Beratungen mit Angehörigen.

Mit Dezember 1997 waren 640 behinderte KollegInnen im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt.

Mit Februar 1997 kam ein neuer Statistikerhebungsbogen zur Anwendung. Im Zeitraum Jänner bis Dezember 1997 fanden 1.143 Betreuungskontakte mit Kollegen aus der Sonderaktion statt. Davon waren 266 Intensivbetreuungskontakte, 565 Betreuungskontakte und 312 Wahrnehmungskontakte. Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der Sonderaktionsmitarbeiter fanden 1.886 statt. Im Jahr 1997 gab es regelmäßige Besprechungen zwischen der Vertreterin der MD-PD und den Sozialarbeitern der Sonderaktionsbetreuung. Um die Chance auf Integration in den Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die Sozialarbeiter in einzelnen Fällen bereits in das Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen. Im November 1997 hat ein neues „Gärtnerprojekt“ begonnen. Im Rahmen dieses von der Stadt Wien und des Arbeitsmarktservice finanzierten Projektes werden 8 behinderte Jugendliche von zwei Gärtnern der MA 42 über einen Zeitraum von zwei Jahren angelernt. Eine Sozialarbeiterin des Referates begleitet das Projekt.

Im Referat Sozialplanung für behinderte Menschen war 1997 die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von gehörlosen Menschen ein wichtiges Thema. Der vom Referat angeregte Kurs über „Umgang, Verhalten und Kommunikation mit gehörlosen Mitarbeitern“ wurde im Rahmen der Verwaltungsakademie wieder angeboten. Der geplante Gebärdenkurs für die SozialarbeiterInnen der Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen bei der Stadt Wien im Rahmen der Sonderaktion hat im Oktober 1997 begonnen. Das Ziel, den behinderungsbedingten Mehraufwand bei gehörlosen Menschen über den Zugang zur Gebärdendolmetscherleistung und deren finanzielle Absicherung auszugleichen, wurde weiter verfolgt.

Die Anregungen des vom Referat 1996 geleiteten Arbeitskreises zum Thema „Berufliche Integration behinderter Menschen“ wurden aufgegriffen und werden ab 1998 im Rahmen einer ARGE Beruf umgesetzt werden. Für Lehrer an Polytechnischen Lehrgängen, die verstärkt mit den Problemen von Integrationskindern konfrontiert sind, wurde ein Jour fixe zwecks Informationsaustausch und gegenseitiger Vernetzung angeregt und ist auch aufgegriffen worden.

Zum Thema Aufnahme von behinderten Mitarbeitern bei der Stadt Wien auf Fixposten wurden Stellungnahmen abgegeben.

Die Zuerkennung einer Mietbeihilfe erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBL. für Wien Nr. 11/1973, i.d.g.F. Jedes Jahr muß ein Antrag auf Weitergewährung der Mietbeihilfe gestellt und die weitere Anspruchsberechtigung geprüft werden. Auf Grund von Änderungen des Mietzinses, des Einkommens, des Familienstandes usw. ist es sehr oft notwendig, innerhalb eines Jahres einen Akt mehrmals durchzurechnen und entsprechende Bescheide zu erlassen. Von den im Jahr 1997 eingebrachten 12.139 Anträgen wurden in 10.795 Fällen eine Beihilfe zuerkannt, weitergewährt oder neu bemessen. In 1.011 Fällen mußten Ansuchen - mangels Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen - abgewiesen oder der Bezug eingestellt werden. Mit 31. Dezember 1997 bezogen 6.270 Personen eine Mietbeihilfe, für die ein Betrag von S 76,962.586,06 aufgewendet wurde. Im Jahre 1997 waren es durchschnittlich 6.107 Personen. Gleichbleibende Einkommensgrenzen für die Mietzinsbeihilfen des Bundes zogen sowohl ein weiteres Ansteigen der bescheidmäßigen Erledigungen als auch eine weitere Erhöhung der Anzahl der Mietbeihilfenbezieher nach sich.

Die Opferfürsorge gehört zu den Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung. Durch richtungsweisende Verwaltungsgerichtshofentscheidungen bzw. bei der Berechnung der einkommensabhängigen Rentenleistungen durch Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales sind in gewissen Fällen Änderungen entstanden.

Durch Änderungen der ausländischen Pensionen und Lohnsteueränderung wurden Rentenleistungen teilweise abgeändert; daher mußten vom 1. Jänner 1997 bis 31. Dezember 1997 für Unterhaltsrenten- und Beihilfenbezieher 108 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Außerdem wurden 140 Rentenkontrollen bei einkommensabhängigen Leistungen durchgeführt, da die Pensionen im Jahre 1997 nicht valorisiert wurden. Im Jahre 1997 wurden 104 Rentenanträge einschließlich 54 Neuzuerkennungen von Opferrenten und Verschlimmerungsanträgen (Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit auf Grund eines verschlimmerten Gesundheitszustandes) eingebracht. Es wurden 1997 129 Rentenanträge erledigt (inklusive amtswegig gewährte Rentenleistungen). Rentenänderungs- und Erledigungsbescheide wurden insgesamt 237 ausgestellt. Das ergibt zusammen mit den Rentenkontrollen 377 Rentenänderungen.

Die Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes sind auch im Rahmen der Opferfürsorge anzuwenden. Im Zeitraum von 1. Jänner 1997 bis Jahresende wurden 26 Pflegegeldanträge erledigt.

Im Jahre 1997 wurden 29 Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und 37 Anträge auf Ausstellung eines Opferausweises sowie 33 Anträge auf Zuerkennung von Entschädigungen eingebracht, also insgesamt 99.

32 Amtsbescheinigungsanträge, 50 Opferausweisanträge und 56 Anträge auf Entschädigungen (insgesamt 138) wurden erledigt. Insgesamt waren mit 31. Dezember 1997 12.803 Amtsbescheinigungen und 18.591 Opferausweise ausgestellt.

Im Jahre 1997 sprachen 695 Personen vor. Die Zahl der Zwischenerledigungen betrug 4.846.

Im Bereich der Rentenfürsorge wurden von der Abteilung 145 Erhebungen durchgeführt.

Die Anzahl der Pensionistenklubs betrug in der Periode Jänner bis April 187 und in der Periode Oktober bis Dezember 186. Von den 187 Pensionistenklubs waren insgesamt 45 länger in Betrieb (Mai 45, Juni 2, Juli und August je 1). Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl betrug in der Periode Jänner bis April 13.039 (pro Klub rund 70) und von Oktober bis Dezember 12.787 (pro Klub rund 69). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Wie im vergangenen Jahr wurden bunte Nachmittage vom „Sozialwerk für österreichische Artisten“ gestaltet. In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Eine tägliche kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen und zweimal im Monat ein Mittagessen wurden den Besuchern weiterhin geboten. Die Teilnahme am Mittagessen ist an die Entrichtung eines Kostenbeitrages gebunden. Das gesamte Klubpersonal wurde im Rahmen eines Einführungsvortrages vor Beginn der Klubperiode über die zu verrichtende Obliegenheiten informiert. Zusätzlich führten die Mitarbeiter des Referates für alle neuen Betreuerinnen Schulungsveranstaltungen durch. Diese Weiterbildung erfolgte in Form einer Seminarveranstaltung, in der vor allem die Problematik der Kommunikation mit alten Menschen dargelegt und Informationen über Soziale Dienste vermittelt wurden.

Zur leichteren Inanspruchnahme der Sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpaß geschaffen. Alle Wiener, die Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nehmen, können einen Sozialpaß erhalten. Bis zum 31. Dezember 1997 wurden insgesamt 150.336 Sozialpässe, davon 84.661 Sozialpässe mit „P“, die zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurde in 9.566 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P“ nachgetragen.

Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion wurde im Jahre 1997, und zwar in der Zeit vom 21. Mai bis 1. Oktober, in 52 Turnussen 28 Dauersozialhilfebeziehern, 1.223 Pensionistenklubbesuchern und 12 Pensionisten, insgesamt 1.263 Personen, in sechs verschiedenen Orten ein zweiwöchiger Erholungsurlaub ermöglicht.

Für die Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher wurden je Bezirk bzw. Klub vier Ausflüge zu 43 Orten in den Monaten Mai bis Oktober durchgeführt. An allen Ausflügen für Dauersozialhilfebezieher, die keine Klubbesucher sind, nahmen insgesamt 417 Personen teil. An allen Ausflügen der Klubbesucher beteiligten sich insgesamt 16.870 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pflöglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Liesing, St. Andrä, Geriatriezentrum am Wienerwald, des Pulmologischen Zentrums, Sozialmedizinischen Zentrum Ost, Pflege- und Therapiezentrum Ybbs sowie des Pflegezentrums Sophien-Spital Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von Mai bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 1.128 Pflöglinge teil. Die Teilnehmer der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse nahmen an zwei Ausflügen mit 84 Personen teil.

Die Aktion „Fahrt ins Grüne“ wurde auch in diesem Jahr für alle älteren Mitbürger der grünflächenarmen Bezirke 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr mit folgenden Ausflugszielen durchgeführt: Altlenzbach, Bad Vöslau, Doppelrühütte, Eckartsau, Hintersdorf, Heiligenkreuz, Hochramalpe, Irenental, Klosterneuburg, Laxenburg, Mayerling, Niederkreuzstetten, Oberrohrbach, Wilhelminenberg, Wienerhütte, Wöchnerin, Wolfsgarten und Würnitz. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 388 Personen, insgesamt 16.675 Personen, teil.

Die gemeinsame Abschlußfeier für die Landaufenthaltsaktion 1997 und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1997/98 für die Pensionistenklubs fanden im Oktober, November und Dezember in der Wiener Volksoper statt. Rund 5.250 Personen haben fünf verschiedene Vorstellungen besucht.

Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden am 22. Jänner zu „Holiday on Ice“ rund 6.000 Personen, am 6. Dezember zu „100 Jahre Wiener Operette“ 2.300 und am 15. Februar zu einer Generalprobe des Musikantenstadls 4.000 Pensionistenklubbesucher in die Wiener Stadthalle eingeladen. An der traditionellen Seniorenmesse des Wie-

ner Handels „Senior Aktuell“ hat das Sozialamt der Stadt Wien teilgenommen und in der Zeit vom 8. bis 12. April einen Informationsstand geführt. An der 1. Wiener Herbst-Seniorenmesse am Messegelände wurde in der Zeit vom 20. bis 23. November ebenfalls ein Informationsstand geführt. In das Wiener Volkstheater wurden an den Tagen 20., 25., 27. und 28. November sowie 1. Dezember zu „Der Zimmerheld“ je 868 Pensionistenklubbesucher eingeladen. An den fünf Vorstellungen haben insgesamt 4.340 Personen teilgenommen.

Im Rahmen der Weihnachtspaketaktion wurde an 3.416 Erwachsene und 604 Kinder je ein Paket verteilt.

Am 24. Dezember wurden in 12 Pensionistenklubs bzw. Festsälen für 643 Personen Feiern abgehalten.

Anlässlich des Muttertages wurden an 683 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und eine Dauersozialhilfeleistung beziehen, je ein Golddukaten ausgegeben.

Aus dem Zinsertrag der von der Abteilung verwalteten Stiftungen wurden im Jahr 1997 S 3.506.180,18 verwendet, und zwar S 730.000 für die Magistratsabteilung 11, S 2.053.000 für den Krankenanstaltenverbund, S 50.000 für das Allgemeine Krankenhaus und S 673.180,18 für die eigene Abteilung.

Die Fachaufsicht hat schriftliche und mündliche Beschwerden von Klienten zu bearbeiten. Es wurden einerseits zahlreiche klärende Gespräche mit den Parteien geführt, andererseits die von den Klienten vorgetragenen Anliegen und Probleme mit den jeweils zuständigen ReferentInnen besprochen und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Bei schriftlichen Beschwerden wurden Erhebungen durchgeführt, Bericht und Antwortschreiben verfaßt.

Zur Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfe- und NotstandshilfebezieherInnen des 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 17. und 18. Bezirkes (Urban-Gebiet) wurde das Projekt „comeback“ des WAFF - Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds eingerichtet. „Comeback“ bietet Kursmaßnahmen, Berufsweg-, Ausbildungsplanung und Nachbetreuung bei Arbeitsantritt. Das Projekt läuft seit März 1997. Im Jahre 1997 wurden von den Sozialreferaten 122 SozialhilfeempfängerInnen und von den Außenstellen 12 Personen an „comeback“ verwiesen.

Für ein weiteres Projekt (Beginn 1998 geplant) zur Vermittlung und dauerhaften Eingliederung von arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen in den allgemeinen Arbeitsmarkt wurden Vorbereitungen getroffen und der Zuweisungsvorgang, die entsprechenden Formulare und die EDV-mäßige Vercodung ausgearbeitet.

Im August 1996 wurde eine außerordentliche Unterstützung für in Wien wohnende StudienbeihilfenbezieherInnen für das Studienjahr 1996/97 beschlossen. Die Höhe der Unterstützung für das Studienjahr 1996/97 beträgt einmalig S 2.000. Für Studienanfänger im Sommersemester 1997 sind einmalig S 1.000 vorgesehen.

Im Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1997 langten 494 Neuanträge und 86 Zweitanträge ein. Von den Neuanträgen konnten 414 positiv erledigt werden, 395 StudentInnen bekamen eine Unterstützung von S 2.000 und 19 erhielten S 1.000.

In allen Sozialreferaten wurden vom Finanzreferat und der Buchhaltungsabteilung 4 Kassenskontrierungen durchgeführt, wobei auch die Fachaufsicht in mehreren Referaten mitwirkte.

Die Fachaufsicht nahm an regelmäßigen Delogierungsbesprechungen zur Verhinderung von Delogierungen aus Gemeindewohnungen teil, die mit Vertretern der MA 17, MA 50 und MA 11 abgehalten wurden. Die Fachaufsicht ist für die Akten der delogierungsgefährdeten Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt für ganz Wien zuständig, ausgenommen sind der 2. und 20. Bezirk.

Die Abteilung arbeitet im Bereich der Behindertenhilfe mit zahlreichen (1997: 44) privaten Rechtsträgern zusammen, die für erbrachte Leistungen Kostensätze aus dem Budget des Sozialamtes erhalten.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 wurde die Rechnungskontrolle der laufenden Monats- bzw. Quartalsabrechnungen der privaten Träger bzw. privater Unternehmen dem Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen übertragen.

Schwerpunkte der Prüfungen im Berichtsjahr waren:

- Leistungs-, Aufwands- und Ertragskontrolle, Prüfung nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bzw. Berechnung der Kostendeckung durch Zahlungen des Sozialamtes
- Überprüfung von Kalkulationen und Berechnung der erforderlichen Kostensätze bzw. budgetär möglichen Kostensätze nach den Richtlinien der mit den privaten Rechtsträgern geschlossenen Verträge und Übereinkommen bzw. nach dem Wiener Behindertengesetz.
- Erhebung signifikanter Zahlen hinsichtlich des Personal-, Sach- und Verwaltungsaufwandes, sowie die Erstellung von Kennzahlen, um einen Vergleich zwischen privaten Rechtsträgern, die gleichartige Leistungen erbringen, zu ermöglichen.

Die bereits im Jahr 1993 begonnene Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für die Beibringung der notwendigen Unterlagen für die Bearbeitung der Ansuchen auf Erhöhung der Kostensätze bzw. Prüfungen wurde fortgeführt und ergänzt, um die Prüftätigkeit bzw. die Abstimmung mit den budgetären Mitteln effizienter gestalten zu können, die finanzielle Situation der Vereine überschaubarer zu machen und die Bearbeitung zeitgerechter durchführen zu können.

Im Jahr 1997 wurden insgesamt 63 verschiedene Kostensätze überprüft und berechnet sowie 79 Jahresabrechnungen und Kalkulationen nach der widmungsgemäßen und zweckgebundenen Verwendung der Kostensätze, wobei als Grundlage die zwischen den privaten Trägern und der Abteilung geschlossenen Verträge bzw. Vereinbarungen sowie die Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes dienten. Zusätzlich wurden 3.916 Abrechnun-

gen im Bereich Behindertenhilfe und 156 Abrechnungen der Vereine Arge Bürger in Not kontrolliert, wobei besonderes Augenmerk auf schriftliche Bewilligungen und Kostensatzbestätigungen der diversen Landesregierungen gelegt wurde.

Im Jahre 1997 wurde die EDV des Sozialkontos erheblich verbessert.

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 13 - Bildung und außerschulische Jugendbetreuung gehört unter anderem die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Jugendorganisationen. Darüber hinaus obliegt ihr die Führung des Landesjugendreferates, der Städtischen Büchereien, der Landesbildstelle Wien, der Musiklehranstalten (Konservatorium, Musikschulen, Kindersingschule) und der Modeschule der Stadt Wien.

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich Volksbildung insgesamt 54 Subventionsfälle positiv behandelt.

Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von 289,363.858,95 S.

Wie in den vergangenen Jahren war wieder der Verband Wiener Volksbildung, die Dachorganisation der Wiener Volkshochschulen, größter Subventionsempfänger. Ihm wurde eine Betriebssubvention in der Höhe von 231,404.000 S gewährt.

Der Verband Wiener Volksbildung umfaßt die seit den Anfängen vor mehr als 100 Jahren auf Vereinsbasis arbeitenden Wiener Volkshochschulen als Mitglieder. Ihre Bildungsprogramme, die sich grundsätzlich über alle Wissensgebiete erstrecken, beinhalten auch die Erlernung und Förderung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten. Einige Sondereinrichtungen ergänzen das vielfältige Angebot, das auch über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung findet. Dazu zählen das Planetarium, die Urania- und die der Volkshochschule Ottakring als Zweigstelle angeschlossene Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung und die Künstlerische Volkshochschule. Die vor einigen Jahren aus dem ehemaligen Bildungszentrum Aktiv durch Vereinigung mit einer Zweigstelle der Volkshochschule Ottakring hervorgegangene Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus bietet neben einem vollwertigen Volkshochschulprogramm weiterhin ein spezielles Bildungsangebot für Behinderte.

Im Studienjahr 1996/97 gab es 14.049 Kurse, die von 146.140 HörerInnen (inkl. Gastkarten) besucht wurden. In 5.111 Veranstaltungen wurden 445.168 BesucherInnen gezählt. Etwa 665.000 TeilnehmerInnen kamen zu über 17.200 Veranstaltungen hausfremder Mieter in den Häusern der Begegnung. An Angeboten der MitarbeiterInnenaus- und -weiterbildung nahmen 2.622 Personen teil.

Darüber hinaus führt der Verband Wiener Volksbildung die von der Stadt Wien errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten Volksbildungsbauten - Volkshochschulen, Volksheime und Häuser der Begegnung. Die Raumkapazität, die der Wiener Volksbildung damit zur Verfügung steht, kann sich auch im europäischen Vergleich sehen lassen.

Im allgemeinen sind in den Häusern der Begegnung und - soweit es die räumliche Situation zuläßt - in den Volksheimen neben den Volkshochschulen bzw. ihren Zweigstellen auch andere Bildungseinrichtungen wie Städtische Büchereien oder Musikschulen untergebracht, so daß synergetische Effekte genutzt werden können. Viele der Räumlichkeiten in den Häusern der Begegnung und Volksheimen stehen entsprechend ihrer Bestimmung als Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentren stunden- und tageweise auch Vereinen, politischen Parteien, Konfessionsgemeinschaften, Firmen usw. zur Verfügung.

In der Absicht, die geschaffenen Werte für die Zukunft zu erhalten, wurden dem Verband Wiener Volksbildung im Rahmen eines bereits etliche Jahre laufenden Sanierungsprogrammes Förderungsmittel in der Höhe von 14,000.000 S zur Instandhaltung dieser Bauten bzw. zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt.

Für Baukostenbeiträge für die bereits 1996 ihrer Bestimmung übergebene Volkshochschule Landstraße und für die Volkshochschulzweigstelle Eibengasse in Wien 22, deren Fertigstellung für 1998 vorgesehen ist, sowie für erforderliche Adaptierungen waren zusätzliche Mittel in der Höhe von 22,004.000 S vorgesehen.

In Wien 12 konstituierte sich die Volkshochschule Meidling; ihr neues Haus am Standort Längenfeldgasse konnte im Herbst 1997 seiner Bestimmung übergeben und damit eine Lücke im Netz der Wiener Volksbildungsbauten geschlossen werden.

Der Verband Wiener Volksbildung erhielt weiters eine Projektförderung im Ausmaß von 2,100.000 S sowie eine Subvention in der Höhe von 150.000 S für die Aktivitäten des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung im Bereich der Wiener Volkshochschulen.

Auf dem Sektor der konfessionellen Erwachsenenbildung wurden das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, das Katholische Familienwerk der Erzdiözese Wien, das Evangelische Bildungswerk A.B. Wien und das Evangelische Bildungswerk H.B. Wien gefördert.

Die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien unterstützten entsprechend ihrer Aufgabenstellung wieder erfolgreich die Arbeit der Institutionen. Insgesamt wurden ihnen dafür Förderungsmittel in der Höhe von rund 1,913.000 S zur Verfügung gestellt.

Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von 1,100.000 S. Die sowohl aus inhaltlichen als auch aus organisatorischen Gründen unabdingbare Einheit der wertvollen Archivbestände konnte durch die seinerzeitige Unterbringung des Wiener Volksliedwerkes sowie des Österreichischen und des Niederösterreichischen Volksliedwerkes im von der Stadt Wien angekauften und adaptierten Objekt in 16, Gallitzinstraße 1, („Bockkeller“) auch für die Zukunft gesichert werden. Der Aufbau einer eigenen Sammlung „Wiener Musik Archiv“ wurde zügig fortgesetzt.

Die Förderung für den Verein der Freunde der Musikschule Hietzing betrug 463.000 S; dem Franz Schubert Konservatorium für Musik und darstellende Kunst wurden 350.000 S an Förderungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Gefördert wurden unter anderem auch die Wiener Kunsthochschule mit 2,800.000 S, die Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes mit 1,290.000 S und das Haus des Meeres mit 1,200.000 S.

Auf die Bedürfnisse und Anforderungen bestimmter Zielgruppen abgestimmte Förderungen im Wege des Referats für Bildungsprojekte der Abteilung ermöglichten es den Wiener Volksbildungseinrichtungen auch im Berichtsjahr wieder, eine Vielzahl von innovativen Vorhaben durchzuführen und als Folge davon längerfristig wirksame Veränderungen der jeweiligen Programmangebote zu erreichen.

1997 war zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ erklärt worden. Die Volkshochschulen in Wien und der Verband Wiener Volksbildung haben sich daran mit zahlreichen Veranstaltungen - einer „Pädagogischen Konferenz“, Vorträgen und Ausstellungen sowie einer künstlerischen Aktion „Mail art against racism“ - beteiligt. Bei etlichen der von der Stadt Wien finanziell unterstützten Bildungsprojekte kam antirassistischen Themen ebenfalls eine wichtige Rolle zu.

So hat etwa die Volkshochschule Simmering unter dem Motto „Toleranz - Rassismus“ mehrere Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Zu den erfolgreichsten gehörte die Ausstellung „Kündigungsgrund Nichtarier“, die 1998 auch in anderen Bezirken gezeigt werden wird. Die Ausstellung befaßt sich mit der Vertreibung jüdischer MieterInnen aus den Gemeindebauten und die Reaktion der „Arier“, die von Denunziation - um selbst an eine Wohnung zu kommen - bis hin zum aktiven Engagement von GemeindebaubewohnerInnen und ihren Versuchen, bedrängten NachbarInnen zu helfen, reichte.

An der Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus - Bildungszentrum Aktiv fand das Symposium „Psychoanalyse der Rechten“ statt. Ziel war es, über die unbewußten Wurzeln des Rechtsextremismus aufzuklären. So referierte unter anderem Univ.-Prof. Dr. Alfred Springer unter dem Titel „Reinheitsmythos und Fremdenhaß“ über den Wunsch nach einer heilen Welt. Weitere Themen bildeten unter anderem die religiöse Komponente bei ethnischen Säuberungen, Magie und Politik, die Krise der Moderne und mögliche Auswege daraus, aber auch die Genese antisemitischer Vorurteile.

Die Volkshochschulen Meidling und Favoriten befassen sich schon seit längerem mit antirassistischen Weiterbildungsmaßnahmen. So hat die Volkshochschule Meidling bedarfsorientierte und maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote erarbeitet, die einerseits das schulische Fortkommen ermöglichen und andererseits eine Hilfestellung für die berufliche Tätigkeit bieten. Der Beitrag zur Verbesserung der konkreten Chancen von Kindern aus MigrantInnenfamilien basiert auf einem integrativen Ansatz; es werden auch Lehrlinge aus heimischen Kulturen angesprochen, was einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen zwischen BerufsschülerInnen aus verschiedenen Kulturen darstellt.

Die Volkshochschule Favoriten bietet Antirassismustraining unter anderem für Menschen, die beruflich mit Personen aus verschiedensten Kulturen zusammenarbeiten, sei es als Beamte oder als Angestellte von Beratungsorganisationen. Als Ergebnis dieser Arbeit und der dabei gewonnenen Erfahrungen wird nunmehr ein kompakter Lehrgang in diesem Bereich entwickelt.

Unter dem Titel „Sprachen - Brücken zum Fremden“ wurde ein Symposium in der Volkshochschule Brigittenau durchgeführt. Der Grundgedanke dabei war, daß Fremdsprachenunterricht mehr als die Vermittlung von Sprachkenntnissen beinhaltet. Ein erfolgreicher Erwerb der gewählten Sprache sollte ein Kennenlernen der Kultur, die Sensibilisierung gegenüber dem Anderen, Neuen und ein Verständnis für unterschiedliche Facetten kultureller und sozialer Ausdrucksvarianten ermöglichen.

Die Wiener Volkshochschulen führen seit Jahren Bildungsprogramme gerade für Zielgruppen durch, die unter üblichen organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen am Bildungsgeschehen nicht oder nur in geringem Ausmaß teilnehmen könnten.

Behinderte Menschen werden in der Regel kaum als potentielle TeilnehmerInnen der Erwachsenenbildung gesehen. Gerade einer integrativen Erwachsenenbildung kommt aber die Aufgabe zu, sich an alle möglichen Zielgruppen mit bedarfsgerechten Angeboten zu wenden. Daher hat die Volkshochschule Meidling im Rahmen des Bildungsprojektes „Bedarfsorientierte Bildungsarbeit mit geistig Behinderten“ Kurse speziell für Behinderte entwickelt, durchgeführt und evaluiert.

Schon seit 1987 existiert das Projekt „Kunst und Kreativität“. Es läuft mit dem Ziel, kulturelle Angebote für Psychiatriebetroffene zu schaffen. Diesem Personenkreis, der nicht oder nur eingeschränkt in der Lage ist, kulturelle Angebote außerhalb des Krankenhauses wahrzunehmen, soll durch das Projekt Zugang zur Welt der Kunst und der Kreativität ermöglicht werden. Das Angebot umfaßt Anregungen zu Bewegung, Tanz, Musik und bildender Kunst.

Ebenfalls Schwierigkeiten, als Zielgruppe der Erwachsenenbildung ernst genommen zu werden, haben ältere Menschen, die dem konsumorientierten Ideal des lebensfrohen, ausgabefreudigen, kreativen Seniors nicht mehr entsprechen. Eines der ersten Projekte, dem eine sinnvolle Verknüpfung zwischen bildungspolitischem Anspruch und dem Entgegensteuern von Vereinsamungsprozessen bei alten Menschen gelang, ist das in Zusammenarbeit mit der Bank Austria, der Wiener Städtischen Versicherung und dem Neuen Radio Wien durchgeführte unterhaltsame Bildungsquiz für Junggebliebene „Wer weiß, gewinnt“. Diese von Günter Tolar moderierte, mit einem attraktiven künstlerischen Rahmenprogramm ausgestattete und durch wiederholte Hinweise, Berichte sowie Übertragungen im Hörfunk über erhebliche Popularität verfügende Veranstaltungsreihe bietet sowohl Bildung wie Begegnung und dient somit der Aktivierung von geistigen Ressourcen. Ein Motiv für die Teilnahme zahlreicher InteressentInnen ist das Testen des eigenen Wissensstandes. Freude an sinnvoller Betätigung und das Knüpfen sozialer Kontakte stellen unbestritten Garanten für ein aktives Altern dar. Die Quizserie schafft somit die Möglichkeit, vom Prozeß des Alterns relativ unabhängig geistig agil bzw. rege bleiben zu können. Einen Höhepunkt im Veranstaltungsjahr 1997 bildete einmal mehr die gutbesuchte Abschlußveranstaltung im großen Festsaal des Wiener Rathauses, bei dem in Anwesenheit von Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur das Siegerteam ermittelt wurde.

Ebenfalls vorrangig an ältere Menschen richteten sich die beiden Projekte „Bild des Monats“ und „Bildungsarbeit in Häusern für Pensionisten“, die vor allem durch ihre künstlerische Ausrichtung versuchen, die Freude am kulturellen Schaffen, aber auch am Rezipieren von Kunst bis ins hohe Alter zu erhalten.

Das Bildungsangebot „Alphabetisierung/Basisbildung“ an der Volkshochschule Floridsdorf, das im Berichtsjahr wieder zu den speziell geförderten Vorhaben zählte, erfüllt als erste Stufe im Gesamtkonzept der Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg eine wesentliche Aufgabe, werden doch jene elementaren Kenntnisse vermittelt, die für das Bestehen im Alltag und für die berufliche Anpassung von Bedeutung sind. Das Kursangebot hilft durch seine Offenheit vielen TeilnehmerInnen als Orientierung bei gewünschter Veränderung. So entscheiden sie sich im Verlauf des Kurses oft bewußt für eine Weiterqualifizierung (Hauptschulabschluß, berufsbezogene Lehrgänge). Durch das Erleben eigenen Könnens und eigener Lernfähigkeit kann ausweichendes Verhalten in Situationen, die Schriftlichkeit erfordern, überwunden werden. 1997 angeboten wurden allgemeine Kurse zum Lesen und Schreiben für Anfänger wie Fortgeschrittene sowie Rechenkurse. Parallel dazu erhielten die KursteilnehmerInnen bei Interesse auch Anleitungen im Umgang mit den neuen Medien, indem diverse Softwareprogramme zum Einsatz kamen.

Ein wichtiger Bestandteil im Bereich des massiv geförderten „Zweiten Bildungsweges“ sind die sogenannten „Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung“. An den Volkshochschulen durchgeführt werden Vorbereitungskurse für die Pflichtfächer für alle Universitätsstudien bzw. Ausbildungen an Akademien, Kollegs und Fachhochschulen. Zudem steht eine Reihe von Wahlfächern in verschiedenen Studienzeigen wie Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Psychologie u.ä.m. auf dem Programm. Die durchschnittliche Vorbereitungszeit auf die Prüfungen beträgt zwei Semester. Das Gros der TeilnehmerInnen, rund 60 Prozent, ist zwischen 22 (dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestalter) und 30 Jahre alt. Die meisten üben einen Beruf aus, leben in Partnerschaften und haben nicht selten schon eine Familie. Die Belastungen in der Vorbereitungszeit sind daher enorm. Die Volkshochschulen bemühen sich, diesen unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnissen entgegenzukommen. Es werden Vormittags- und Abendkurse, Wochenendkurse, Fernlehrgänge und autonome Lernphasen mit Tutorials angeboten. Weiters gibt es immer wieder Kurz Kurse, bei denen die TeilnehmerInnen vermittelt bekommen, wie effektiv gelernt werden kann. Das Eingehen auf Bedürfnisse hat sich gelohnt: Seit rund 5 Jahren ist nämlich ein steter Anstieg der Zahl von TeilnehmerInnen zu beobachten. Im letzten abgeschlossenen Jahr haben insgesamt 1.574 Personen an den Vorbereitungskursen teilgenommen.

Gründe für die Beliebtheit und den ständigen Zuwachs an TeilnehmerInnen liegen insbesondere in:

- der Prüfungskompetenz der Volkshochschulen,
- dem umfassenden Angebot: nirgends sonst werden so viele Fächer von einer Institution angeboten,
- der zeitlichen Flexibilität und
- der guten Beratung.

Auf dem Gebiet der neuen Technologien und ihres Einsatzes im gesamten Zweiten Bildungsweg wurde im vergangenen Jahr ebenfalls einiges geleistet. So diskutierte und testete z.B. eine eigens gegründete Arbeitsgruppe deren Verwendbarkeit unter anderem auch für die Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung.

Der Umgang mit und die Einsatzmöglichkeiten bei innovativen Errungenschaften waren auch Schwerpunkt des Projektes „Bildung und neue Technologien“. In diesem Zusammenhang wurden folgende Arbeitsschritte realisiert:

- die Schaffung eines verbesserten Zugangs zu internationaler und nationaler Information in bezug auf Weiterbildungsmöglichkeiten,
- eine kompetente Beratung im Zusammenhang mit den Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien für Angestellte und KursleiterInnen, die an der Volkshochschule arbeiten, und
- die Einrichtung einer allen zugänglichen Arbeitsstation, um Lehr- und Lernprogramme (CBT = Computer Based Training und CALL = Computer Assisted/Aided Language Learning) abzurufen, zu erproben und zu evaluieren.

Darüber hinaus wurde bzw. wird auch die Teilnahme an internationalen Bildungsprojekten ermöglicht, bei denen E-Mail und ODL = Open Distance Learning bereits fixer Bestand oder gerade im Aufbau begriffen sind.

Angekauft und für den Einsatz im Unterricht aufbereitet hat man schließlich auch noch eine Reihe von Lernsoftware auf der Basis einer unter pädagogischen Gesichtspunkten erfolgten Sichtung und Bewertung.

Im Rahmen des Projektes „Vermittlung von Rollenbildern im Sprachunterricht“ führten die Volkshochschulen Simmering, Donaustadt und Brigittenau 1997 folgende Aufgaben durch:

- Erstellung eines Kriterienkataloges für die Beobachtungsbögen und die Analyse der Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher,
- Durchführung der Lehrbuchanalyse,
- Sichtung der von den KursleiterInnen individuell zusammengestellten Unterrichtsmaterialien,
- Erstellung der Unterrichtsbeobachtungsbögen nach festgelegten Kriterien und
- Unterrichtsbeobachtung in den Sprachen Englisch und Italienisch.

Die Gesellschaft für Kunst und Volksbildung hat wiederholt bewiesen, daß der Anspruch, bildender Kunst einen Platz in öffentlichen Räumen, weg von Museen, zu geben, erfolgreich verwirklicht werden kann. Dem Projekt „Kunstvermittlung an kunstfernen Orten“ kam daher auch im Berichtszeitraum neuerlich wie schon in der Vergangenheit große Bedeutung zu.

Die Wiener Urania, eines der traditionsreichsten Häuser der Wiener Volksbildung, wurde am 16. April 1897 von Reformkräften des „Niederösterreichischen Gewerbevereines“ gegründet. Diesem Anlaß gedachte man im Frühjahr 1997 mit einer Reihe von informativen Veranstaltungen. Die Feierlichkeiten begannen mit einem offiziellen Festakt; am Eröffnungsabend fand dann eine Galafilmpremiere statt, und im Foyer der Urania war eine informative Ausstellung „100 Jahre Wiener Urania“ zu sehen, die auch aktuelle Pläne für ein Umbaukonzept beinhaltete. Im Rahmenprogramm wurden Filme gezeigt - darunter sehr viele aus der ersten Zeit der Wiener Urania -, Jubiläumsvorträge gehalten und große Straßenfestivitäten abgewickelt. Die TeilnehmerInnen hatten auch die Möglichkeit, jene speziellen Institutionen der Wiener Urania zu besuchen, die sie von anderen Volksbildungseinrichtungen abheben, wie die Urania-Sternwarte, das Puppentheater und die Urania Menschenbühne. Anlässlich der 100-Jahr-Feier wurde auch eine Festschrift herausgegeben, in der eine Reihe von AutorInnen die Urania betreffende Themenstellungen erarbeiteten.

Im Rahmen des Projektes „Kulturvermittlung in Volkshochschulen“ wurden Lehrgänge sowie Vorträge im Bereich der Kulturvermittlung unter ein Gesamtkonzept gestellt und in Pilotveranstaltungen an der Volkshochschule Meidling getestet bzw. evaluiert.

Die Künstlerische Volkshochschule, die im Jahr 1947 in den Kellerräumlichkeiten der Akademie der Bildenden Künste von Frau Prof. Matejka-Felden gegründet wurde, sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Gründungsgedanken ihrer ersten Leiterin zu tradieren und die Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der bildenden, angewandten und darstellenden Künste zu pflegen. Im Rahmen des Jubiläums des fünfzigjährigen Bestehens 1997 wurde neben Ausstellungsvorhaben auch damit begonnen, die Präsentation von Kunst der Zeit ebenso wie dem Gegenstand gemäß zu überdenken und zu diskutieren.

Die Wiener Urania bietet im Rahmen ihres im Wege der Abteilung finanziell unterstützten „Musiktheater-Workshops“ seit einigen Jahren eine musikdramatische Grundschulung für das Unterhaltungstheater. Die Nachfrage nach diesem Projekt ist zuletzt kontinuierlich gestiegen, da es sich an junge Menschen richtet, die eine vertiefte Schulung in dieser Richtung anstreben. Der Kurs bewährt sich darüber hinaus als Vorbereitung für die Aufnahmeprüfung an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, vor allem für sozial schlechtergestellte KursteilnehmerInnen.

Von der Volkshochschule Favoriten wurde im Herbst 1997 das Symposium „Das Kind zwischen Liebe und Gewalt - Ausprägungsformen der Gewalt“ durchgeführt. Ziel war es, die TeilnehmerInnen wieder verstärkt für das gesellschaftspolitisch notwendige Vorhaben der Gewaltlosigkeit und hier vor allem für die Formen struktureller Gewalt, die sich gegen Kinder richtet, zu sensibilisieren.

Die Volkshochschule Hietzing hat im Berichtsjahr das Thema „Aids“ unter dem Motto „Aids geht uns alle an“ zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte gemacht. Veranstaltet wurden Theateraufführungen, Workshops, Informationsabende und Videovorführungen für verschiedene Zielgruppen (MultiplikatorInnen - vor allem KursleiterInnen der Volkshochschule und LehrerInnen -, SchülerInnen und interessierte TeilnehmerInnen). Darüber hinaus versuchten die Organisatoren mit Hilfe einer Ausstellung weitere BesucherInnen auf das Thema aufmerksam zu machen.

„Kultur und Bildung im Gemeindebau“ ist ein dezentrales Bildungsprojekt, mit dem die BewohnerInnen in ihrem unmittelbaren Umfeld angesprochen werden und eine Auseinandersetzung mit Bildungsinhalten sowie Kultur provoziert bzw. herbeigeführt werden soll. Folgende Aktionen fanden 1997 dabei statt:

- ein Zeitungsprojekt „Treffpunkt Leberberg. Ein Stadtteil macht Zeitung“,
- Kinderaktionen im Rahmen von Grätzl- und Gemeindebaufesten und
- ein lateinamerikanisches Fest mit Musik und Ausstellung.

Viele solcher als Bildungsprojekte begonnenen inhaltlichen oder methodisch-didaktischen Innovationen liefern immer wieder wertvolle Impulse für das Programm der Wiener Erwachsenenbildung. Außerdem sprechen zahlreiche Veranstaltungen InteressentInnen weit über den unmittelbaren Einzugsbereich einzelner Volkshochschulen hinaus an und stoßen oft auch auf beachtliche Resonanz in den Medien.

Für die Realisierung von Vorhaben wie den beschriebenen wurde der Volksbildung im Jahr 1997, wie bereits ein-

gangs erwähnt, auf Antrag der Abteilung ein Förderungsbeitrag in der Höhe von insgesamt 2.100.000 S zur Verfügung gestellt.

Neben der Initiierung, Unterstützung und begleitenden Kontrolle von Aktivitäten der Wiener Volkshochschulen bestand die Tätigkeit des Referats für Bildungsprojekte im Berichtszeitraum unter anderem auch in der Subventionsabwicklung bei Projekten im Büchereiwesen.

In diesem Zusammenhang zu nennen sind insbesondere die Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien (subventioniert mit 750.000 S), zu der unter anderem die Herausgabe der LeserInnenzeitschrift „Neue Wiener Bücherbriefe“ sowie ein „Hausbesuchsdienst“ für Kranke und Gehbehinderte gehören, das mit 398.000 S in Form einer Ausfallhaftung separat unterstützte, dezentral veranstaltete „12. Lesofantenfest“ desselben Vereins - bei dem wieder namhafte Kindertheatergruppen aus dem In- und Ausland mitwirkten -, die während der Sommermonate für junge Menschen im Rahmen des Wiener Ferienspiels an mehreren attraktiven Standorten durchgeführte animative Aktion „Lesen im Park“ des Internationalen Instituts für Jugendliteratur und Leseforschung (Subventionsausmaß: 230.000 S) und die Betreuung von Krankenhaus- bzw. Pflegeheimbüchereien im Wilhelminenspital, im Mautner-Markhof-Kinderspital und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost durch den Büchereiverband Österreichs (Förderungsbeitrag: 130.000 S).

Ergänzt wurden die angeführten Projekte noch durch vielfältige Vorhaben zur Versorgung bestimmter Bevölkerungsteile mit Bildungsinhalten, die einschlägig tätige Vereinigungen, materiell und ideell unterstützt durch die Abteilung, umsetzten und denen grundsätzlich der Anspruch auf Verwirklichung wesentlicher Aufgaben im Bereich von Bildung und außerschulischer Jugendbetreuung zukommt.

Als Beispiele seien hier etwa

- die Tätigkeit der Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes,
- der Betrieb des Franz-Schubert-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst und der Ersten privaten Musikschule Hietzing,
- die mannigfaltigen Aktivitäten des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen - Österreichisches Volkshochschularchiv,
- diverse Schulungsprogramme für Pflegefamilien,
- Lehrgänge des Österreichischen Stenografenverbandes zur Ausbildung auf den Gebieten Kurzschrift und Maschinschreiben bzw. Tastschreiben auf Computern,
- sogenannte „Mütterseminare“ des Katholischen Familienwerkes der Erzdiözese Wien,
- der vom Burgenländisch-Kroatischen Kulturverein in Wien gestaltete Elementarunterricht in der burgenländisch-kroatischen Muttersprache für Schul- und Vorschulkinder in Wien lebender burgenländischer Kroaten,
- Italienischkurse der Società Dante Alighieri/Wien,
- einschlägige Bildungsprogramme der Evangelischen Bildungswerke A.B. und H.B. Wien sowie
- die Aktivitäten der in der ARGE Esperanto zusammengeschlossenen Vereinigungen genannt.

Durch das Setzen neuer Akzente im inhaltlichen Bereich, aber ebenso in der Form der grafischen Aufbereitung war es dem Landesjugendreferat möglich, viele der gemeinsam mit dem Verein „Wiener Jugendkreis“ realisierten Aktivitäten attraktiver zu gestalten.

Den grundsätzlichen Überlegungen zu einzelnen Aktivitäten und Veranstaltungen entsprechend, waren vor allem Angebote mit eher konsumtivem Charakter - bedingt durch das Selbstfinanzierungsprinzip - mit für die Bevölkerung leistbaren finanziellen Beiträgen der Teilnehmenden verbunden; viele der pädagogisch wertvollen Aktivitäten konnten wie bisher kostenfrei angeboten werden. Die eingangs erwähnte Attraktivität und vor allem der Bekanntheitsgrad der zusammen mit dem Verein „Wiener Jugendkreis“ umgesetzten Veranstaltungsreihen ermöglichte wieder eine nennenswerte Aufbringung von Sponsorleistungen seitens diverser Firmen und Organisationen.

Durch neue und den aktuellen Trends gemäße Veranstaltungen konnten attraktive Ergänzungen der bewährten Angebote erreicht werden. Durch die Installierung einer eigenen „Koordinationsstelle für aufsuchende/mobile Jugendarbeit & freizeitpädagogische Betreuung“ wurde dieser in den letzten Jahren immer stärker werdende Bereich der Jugendarbeit in Wien auf eine neue Basis gestellt. Wichtige Akzente im Interesse der zahlreichen jungen Initiativen, der neuentstandenen Gruppierungen usw. ließen sich auch durch die Einrichtung des „Aktionsfonds Jugend“ und des „Jugendlokalfonds“ setzen.

Mit Aktivitäten wie z.B. der „Jugendenquete 1997“ wurde ebenso versucht, eine Basis für verstärkte Kontakte unter den jugendbetreuenden Organisationen und Gruppen zu schaffen und Ansätze für in die Zukunft führende Vernetzungsbemühungen zu schaffen.

Durch entsprechende legislative Änderungen wurden auch die früher unter dem Titel „Parkbetreuung“ von dem Landesjugendreferat im Zusammenwirken mit den Bezirken und der MA 42 erbrachten Leistungen auf eine neue Basis gestellt und in den Bereich der dezentralisierten Maßnahmen der Bezirke übertragen.

Die Vielfalt der insgesamt angebotenen Aktivitäten, durch die im Berichtsjahr statistisch gesehen rund 1,5 Millionen Wiener Kinder, Jugendliche und Erwachsene angesprochen werden konnten, wird durch den nachfolgenden Bericht näher dokumentiert; dieser erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit und versucht nur, auf die von

Umfang und Bedeutung her wesentlichsten Aktivitäten des Referates, die hauptsächlich in Kooperation mit dem Verein „Wiener Jugendkreis“ umgesetzt wurden, einzugehen.

Das seit 1973 regelmäßig durchgeführte „Wiener Ferienspiel“ feierte im Jahr 1997 sein 25jähriges Jubiläum. Die Veranstaltungsreihe, die jenen Kindern, die ihre Ferien teilweise oder zur Gänze in Wien verbringen, eine aktive und sinnvolle Freizeitbetätigung innerhalb des Stadtgebietes offeriert, ist in diesen Jahren fixer Bestandteil der Freizeitgestaltung für alle Wiener Kinder von der 1. bis zur 6. Schulstufe geworden.

In rund 110 einzelnen Angeboten (Aktionen) werden dabei auf spielerische Art und Weise Wissensinhalte vermittelt, soziales Lernen gefördert und toleranzfördernde Maßnahmen unterstützt. Dabei wird auch versucht, fremdsprachigen oder behinderten Kindern durch besondere Vorkehrungen den Zugang zu den einzelnen Angeboten zu erleichtern und damit auch notwendige Akzente im integrativen Bereich zu setzen.

Das „Sommerferienspiel“ startete mit einer Festveranstaltung am 29. Juni 1997 im Wiener Stadtpark; daran anschließend wurde der Stadtpark in eine einzige große „Kinderstadt“ umfunktioniert und bot allen interessierten Kindern in Workshops, durch Sportaktivitäten und Kreativangebote usw. eine Menge Möglichkeiten, ihre Phantasie und ihren Tatendrang auszuleben. Allein diese „Kinderstadt-Aktivitäten“ hatten vom 29. Juni bis zum 26. Juli 1997 rund 43.000 BesucherInnen aufzuweisen. Als zweite große Neuheit im Rahmen der Jubiläumsaktivitäten wurde das Ferienspiel in das „Internet“ aufgenommen, wo die einzelnen Angebote nach Kapiteln abgerufen werden konnten. Wurden bei anderen Sommerferienspielen bereits mehr als eine halbe Million BesucherInnen gezählt, konnte 1997 mit 798.028 BesucherInnen ein neuer Rekordwert verzeichnet werden.

Im Rahmen des „Winter-Ferienspiels 1996/97“ fanden an 17 Ferientagen bei 48 Aktionen insgesamt 389 Einzelveranstaltungen an 93 verschiedenen Veranstaltungsorten statt; das waren im Schnitt 23 Veranstaltungen täglich.

Auch die im Rahmen des „Semester-Ferienspiels 1997“ gezählten 76.144 BesucherInnen stellen gegenüber dem Vorjahr einen Frequenzanstieg von rund 22 Prozent dar. Erreicht wurde die wieder konstatierbare Steigerung der TeilnehmerInnenzahlen durch die eingangs erwähnten Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Angebote, mit neuen Attraktionen wie z.B. „Schnupperwochen“ oder „Musical-Dance“ sowie mit besonderen Filmerlebnissen im Imax-Kino.

Die 1991 erstmals umgesetzten dezentralen „Wien spielt“-Aktivitäten konnten ausgeweitet werden und umfaßten 1997 bereits alle 23 Wiener Bezirke. Das somit flächendeckend veranstaltete Programm wurde mit seinen 2.293 Einzelaktionen von insgesamt 54.081 BesucherInnen genutzt.

Über die Angebote der Veranstaltungsreihe „Jugend in Wien“, die auf die aktuellen Bedürfnisse und Trends der Jugendlichen ausgerichtet ist, informierte das monatlich erscheinende gleichnamige Programmheft, das 1997 bereits in einer Auflage von rund 40.000 Stück, bzw. 145.000 Stück in den Ferienmonaten, erschien. Die Programme wurden von den jungen WienerInnen im Alter zwischen 13 und 25 Jahren wieder intensiv genutzt (rund 600.000 TeilnehmerInnen). Im Rahmen der Trendprogramme wurden „Internet-Aktivitäten“ für EinsteigerInnen im „Café Stein“, das Modeprojekt „Kids in Fashion“ in Zusammenarbeit mit den Wiener Jugendzentren, Kabarett-Newcomer-Austausch-Programme oder das Kunstprojekt „Connected“ mit Jugendlichen aus Wien und Berlin geboten. Die innerhalb dieser Veranstaltungsreihe geschaffene, in den Monatsprogrammen installierte Aktion „Pinwand“ - 4 bis 8 Textseiten ausschließlich für Gedichte/Texte von Jugendlichen - wies einen unerwartet hohen Zuspruch auf.

Die 23. Saison des Bandwettbewerbs „Pop-odrom“ verzeichnete das zweitbeste Beteiligungsergebnis seiner langen Geschichte. Mit 239 Gruppen, die in 30 Einzelveranstaltungen ihr Talent unter Beweis stellten, wurde die Attraktivität dieses Wettbewerbs neuerlich dokumentiert. Konnten bei den zumeist im „Rockhaus“ durchgeführten Vor-Semifinal- und Supersemifinalrunden rund 8.000 BesucherInnen gezählt werden, spendeten den Finalisten „Guananko“ bzw. „Latzrock & Art“ in der „Libro-Music-Hall“ rund 2.500 junge BesucherInnen viel Beifall. Ergänzt wurde die Veranstaltungsreihe „Pop-odrom 1997“ durch verschiedene Fortbildungsveranstaltungen in Form von Seminaren für junge MusikerInnen.

Die Bandproberäume in den Stadtbahnbögen, Währinger Gürtel 170 - 172, wurden auch im Berichtsjahr wieder von vielen jungen MusikerInnen genutzt, die auf Grund der örtlichen Gegebenheiten keine Rücksicht auf eventuelle Störungen von Nachbarn, Anrainern usw. nehmen mußten. 1997 nahmen insgesamt 7 Bands die angebotenen Proberäume längerfristig in Anspruch.

Die nun unter dem Sammelbegriff „Familien-Tage“ zusammengefaßten und in neuer Optik angebotenen Programme für Familien wurden erstmals auch im „Internet“ bzw. in der „Black Box“ angeboten und fanden durch das Einbinden in neue Medien, und auch durch die neue, gefälligere Gestaltung der Programme, weitere InteressentInnen.

Durch die erwähnten Bemühungen im Rahmen der Aktion „Familien-Tage“ konnte die Anzahl der Aktionskarten-Inhaber von rund 12.000 zum Jahresende 1996 im Berichtszeitraum auf rund 17.000 gesteigert werden. Im Rahmen der „Familien-Tage“ 1997 wurden an 264 Aktionstagen 127.399 BesucherInnen verzeichnet.

In den letzten Jahren ist in Wien ein relativ flächendeckendes Netz von betreuten Parks und Spielplätzen entstanden. 1997 wurde in 21 Wiener Gemeindebezirken bereits in 80 Parkanlagen und in einer Schulsportanlage freizeit-

pädagogische Betreuung angeboten. Die „Parkbetreuung“ reichte von Spiel- und Sportanimation bis zu Kreativangeboten, die der Verbesserung des sozialen Klimas und damit auch der Akzeptanz zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, der Förderung der Spielfähigkeit und der sozialen Kompetenz sowie der Förderung von Eigeninitiativen, der Angebotserweiterung und der Stärkung der Identifikation mit dem Park dienen.

Auf Grund der enormen Ausweitung dieser Freizeitaktion und durch das zusätzliche Angebot von Sonderaktionen, wie Parkfeste, Parkdiscos, bezirksübergreifende Ballspieltourniere, Informationsveranstaltungen usw., wurden inzwischen bis zu 80 Prozent der Parkbetreuung aus den Bezirksbudgets finanziert.

Ab 1998 werden die Mittel für die freizeitpädagogische Betreuung schließlich endgültig in den Bezirksbudgets veranschlagt; die administrative Abwicklung soll über das Landesjugendreferat erfolgen.

Ein neues Vernetzungssystem, die 1997 installierte „Koordinationsstelle für aufsuchende/mobile Jugendarbeit & freizeitpädagogische Betreuung“, soll alle bestehenden und zukünftigen ganzjährigen aufsuchenden/mobilen Projekte Wiens, unabhängig von ihrer Trägerschaft, koordinieren. Mit den Teams der 11 vorwiegend vom Landesjugendreferat subventionierten Vereine werden Zielsetzungen erarbeitet und die Projekte im laufenden Projektprozeß begleitet bzw. kontrolliert. Die Organisation und Durchführung (Wahl der Mittel und Methoden) obliegt - unter Berücksichtigung der Rahmenrichtlinien der Abteilung - den einzelnen Vereinen. Die Teams erheben quantifizierbare Daten und reflektieren prozeßorientiert die unterschiedlichen Phasen und Schwerpunkte ihrer Tätigkeit. Die daraus entstehende Dokumentation dient zur Überprüfung der Zielerreichung, um erfolgreiche Konzepte weiterzuentwickeln oder weniger erfolgreiche zu modifizieren.

Durch Angebote wie z.B. Streetwork, Einzelfallhilfe, Klubbetrieb, Gruppenarbeit sowie Informations-, Beratungs- und Freizeitangebote werden viele tausend Kinder und Jugendliche erreicht und läßt sich ein hohes Maß an Präventions- und Integrationsarbeit leisten.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet die stadtteilbezogene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, wodurch auch Modelle der Partizipation umgesetzt und damit individuelle Motivationen zur Identifikation mit dem unmittelbaren Lebensumfeld gesteigert werden können.

Ziel dieser neu eingerichteten Stelle sind der Aufbau und die Pflege von regionalen bzw. überregionalen Netzwerken, wodurch neue Kooperationsbeziehungen entstehen und damit optimalere Bedingungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum gewährleistet werden.

Die insgesamt 11.382 jungen WienerInnen des Geburtsjahrganges 1978 wurden 1997 anlässlich ihres „politischen Geburtstages“ zu Jungbürgerveranstaltungen ins Wiener Rathaus eingeladen. Bei den Veranstaltungen „Classic Stars - Ball der Bälle“ am 10. Oktober und „Future Stars - Party der Zukunft“ am 11. Oktober 1997 wurden insgesamt 4.874 BesucherInnen in den Festsälen des Wiener Rathauses gezählt. Zu den parallel dazu auf dem Wiener Rathausplatz präsentierten aktuellen Fun- und Trendsportangeboten im Rahmen von „Young Stars - Sports & Fun“ kamen an beiden Tagen rund 8.000 BesucherInnen.

Zusätzlich wurden die JungbürgerInnen am Nationalfeiertag zu einer Baumpflanzung im Aufforstungsgebiet Heubergstätten beim Verteilerkreis Favoriten eingeladen; ihr Umweltbewußtsein und ihr Engagement für ein grünes Wien stellten dabei rund 3.800 WienerInnen aktiv unter Beweis.

Der in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Österreichischer Jugendredewettbewerb“ im Rahmen der „Schulaktionen“ veranstaltete Redewettbewerb bot 100 TeilnehmerInnen die Möglichkeit, vor Publikum in freier Rede zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Unter dem Titel „Neues Sprachrohr“ waren die TeilnehmerInnen in der Lage, unter Einsatz von optischen und akustischen Hilfsmitteln einzeln oder in Kleingruppen ihre Meinung zu aktuellen Themen zu äußern. Die „Österreich Woche“ als Abschluß dieser Veranstaltungsreihe fand von 7. bis 12. Juli 1997 in Salzburg statt.

Im Rahmen der Aktionen „Musik aktiv“ (2.181 SchülerInnen aus 77 Schulen), „Bezirks-Jugendsingen“ (36.988 Mitwirkende) und „Chortage“ (16 Chöre mit 424 Teilnehmenden) sowie beim „Schulspiel aktiv“ (12 Gruppen mit 225 TeilnehmerInnen) konnten die Wiener SchülerInnen ihr musisch-kreatives Talent unter Beweis stellen.

Die „Berufsschülertage“ fanden 1997 erstmals in Form von Podiumsdiskussionen an den Zentralberufsschulgebäuden statt; an den Veranstaltungen, bei denen Themen wie Freizeit und Verkehr, Wohnen und Freizeit und dergleichen diskutiert wurden, nahmen MandatarInnen aller im Rathaus vertretenen Fraktionen teil. Bei der Veranstaltungsreihe „Junger Gemeinderat“ diskutierten junge WienerInnen zwischen 15 und 20 Jahren den Themenbereich „Jugendliche planen ihre Stadt“. Für fachliche Beratung und Auskünfte standen Experten zur Verfügung. Im Rahmen der „Partizipationsmodelle“ wurden in einigen Bezirken Wiens Schülerparlamente oder ähnliche Veranstaltungen, bei denen SchülerInnen zu aktuellen Bezirksthemen Stellung nehmen konnten, abgehalten.

Die Veranstaltungsreihe gegen den Mißbrauch von Kindern „Laß Dir nichts gefallen“ mit den City Cops konnte erfolgreich weitergeführt werden (209 Volksschulen mit 10.300 teilnehmenden SchülerInnen).

Erstmals wurde die Aktion „Connected - junge Kunst aus Wien und Berlin“ als Malwettbewerb zwischen den beiden Städten mit einem anschließenden Austauschprogramm durchgeführt. Für 1998 ist eine Fortsetzung dieses erfolgreich begonnenen Projektes geplant.

Die im Bereich „Pädagogik und Jugendpolitik/Internationale Kontakte“ angesiedelten 6. Wiener Internationalen Jugendfachgespräche standen unter dem Thema „Jugendaustausch als Basis und Motor eines 'Europas der Zukunft'“

und brachten TeilnehmerInnen aus Deutschland, Finnland, Israel, Italien, Kroatien, Lettland, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Rußland, Ungarn, Slowenien usw. nach Wien. Mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie sowie dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien fanden weitere Kontakte betreffend den „Europäischen Freiwilligendienst“ statt und konnten mit Herbst 1997 erste Aktivitäten zur konkreten Umsetzung dieses zukunftsweisenden Programmes gesetzt werden. Mit Ende des Berichtszeitraumes waren 6 Teilnehmende am Europäischen Freiwilligendienst bereits in Wien; die Kosten für Aufenthalt und Verpflegung dieser bei verschiedenen Jugend- und Umweltorganisationen untergebrachten TeilnehmerInnen werden über das Landesjugendreferat getragen.

Schwerpunkt der jugendpolitischen Kontaktmaßnahmen in diesem Jahr war die Abhaltung der „1. Wiener Jugend-enquete“ am 21. Oktober 1997 in den Festsälen des Rathauses. Bei dieser erstmals auf einer derart weitreichenden Ebene realisierten Veranstaltung fanden viele Erstkontakte, aber auch weiterführende Gespräche zwischen nahezu allen mit Jugendbelangen in Wien befaßten Stellen statt; entsprechende Ansätze für Vernetzungsnotwendigkeiten wurden initiiert. Die überaus gut besuchte Enquete war damit richtunggebend für künftige kommunikative Aktivitäten auf diesem Sektor.

Die Kontaktveranstaltungen wurden im Berichtszeitraum im Bereich des Austauschs von ExpertInnen sowie MitarbeiterInnen aus der kommunalen Jugendarbeit weitergeführt. Zu den unterschiedlichsten Themenbereichen wurden in zahlreichen Ländern, darunter Weißrußland, Ungarn, die USA, Deutschland, Finnland, Libanon, Großbritannien u.a.m., Kontakte geknüpft und Begegnungen ermöglicht. Mit Palästina wurde eine Ausbildungsaktivität für JugendleiterInnen, ausgerichtet nach dem in Wien erprobten Modell, begonnen.

Zu den Sonderaktionen des Referats, von denen viele seinerzeit im „Internationalen Jahr der Jugend“ initiiert wurden, zählt auch die Aktion „Bunte Stadt“, in deren Rahmen wieder viele junge WienerInnen dazu beitragen konnten, das Stadtbild durch verschiedene Flächenbemalungen bunter zu gestalten. Die „Umweltaktionen“ wurden durch die Aufforstung einer Fläche im 10. Bezirk sowie durch die wieder gemeinsam mit dem Forstamt veranstaltete Aktion „Schulwald“ weitergeführt. Die „bezirksorientierten Aktivitäten“ sowie die „externen Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen“ wurden wie bisher in Anspruch genommen.

Im Rahmen der Aktion „Miteinander“ konnten 1997 26 eingereichte Projekte genehmigt werden, darunter z.B. integrative Veranstaltungen, Spielefeste oder jahreszeitlich orientierte Kleinveranstaltungen.

Die Materialverwaltung nahm nach Ende der Umbauphase Anfang 1997 ihre Tätigkeit in neuadaptierten Räumen mit neugeordneten Systemen wieder voll auf. Bei der Entlehnung von Materialien an Organisationen, Schulen, Elternvereine usw. konnte im Berichtsjahr ein weiteres Ansteigen verzeichnet werden (400 Organisationen/160 Schulen/6.057 Entlehnungen).

Inhabern der Familienaktions-Karte wurde erstmals auch die Möglichkeit geboten, für diverse Privatveranstaltungen Spielgeräte auszuborgen („Hits for Kids“). Das im Rahmen des Wiener Ferienspiels in der „Kinderspielstadt“ am Stadtpark erstmals präsentierte Programm wurde sehr positiv aufgenommen und allein im letzten Quartal des Berichtsjahres 23mal genutzt. Für Eigenveranstaltungen stellte die Materialverwaltung über 800 Artikel bei.

Die nachstehend angeführten Institutionen bzw. Außenbetriebe, die durch Förderungsmittel des Landesjugendreferates über den Trägerverein „Wiener Jugendkreis“ geführt werden, konnten generell ihre Tätigkeitsfelder stärker strukturieren, die bewährten Aktivitäten fortsetzen und in ihren jeweils spezifischen Bereichen auf die dort aktuellen Trends in verstärktem Ausmaß eingehen.

Im 8. Jahr des Bestehens der Jugend-Info-Wien führte diese Einrichtung ihr bewährtes Konzept „Infos - Tickets - Beratung“ weiter, wobei von den MitarbeiterInnen insgesamt rund 47.000 Anfragen zu den genannten drei Bereichen beantwortet wurden. Mit der Veranstaltungsreihe „Check it out-days“ wurden Schwerpunktberatungen zu Themenstellungen wie Berufswunsch, Berufswahl, Ausbildungsberatung und ähnlichem mehr durchgeführt.

Im Kinder- und Jugendfilmzentrum „Kosmos-Kino“ konnte die Veranstaltungsreihe „Schule im Kino“ mit anspruchsvollen und abwechslungsreichen Programmen den Wiener SchülerInnen im Zuge der Vormittagsveranstaltungen diverse medienpädagogische Inhalte vermitteln. Die Reihe „Filme in Diskussion“ fand bei den Jugendlichen weiter steigenden Anklang, wobei das Interesse auch Filme abseits vom „Mainstream“ umfaßte.

An den insgesamt 342 Veranstaltungen im Berichtszeitraum nahmen insgesamt 71.179 Kinder, Jugendliche und Begleitpersonen teil.

Die Zielsetzung, im Jahr 1997 die Serviceleistungen für alle Entlehner, darunter die Beratung sowohl im Brett- als auch im Computerspielbereich, zu verbessern, konnte das Team der „Spielbox Wien“ durch vielfältigste Bemühungen erreichen. Die Kooperationen mit Partnerorganisationen wie z.B. den Städtischen Büchereien wurden ausgebaut und thematische Schwerpunktsetzungen im Aktionsbereich getätigt. An 156 Tagen veranstalteten die MitarbeiterInnen der Spielbox insgesamt 103 Aktionen, bei denen rund 14.000 BesucherInnen gezählt wurden. Bei den verschiedenen Einsätzen der Spielbox wurden 11.913 Spiele exemplare verwendet, an Gruppierungen und Einzelpersonen rund 5.000 Spiele verliehen. Das Schulungs- und Informationsprogramm der „Spielbox Wien“ für MultiplikatorInnen wies zahlreiche Info-Abende, 10 Seminar- und 6 Workshop-Veranstaltungen auf.

Zu den Arbeitsschwerpunkten des Medienzentrums im Berichtsjahr zählten die „4. Wiener Video- & Filmtage“, die wieder im Zusammenwirken mit der Landesbildstelle Wien umgesetzt wurden und eine rege Beteiligung er-



Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport Grete Laska präsentiert die Kampagne "Keine Gewalt an Kindern" sowie das neue Logo des Amtes für Jugend und Familie (MA 11).

Foto: Votava / PID

Vizebürgermeisterin Laska unterhält sich mit Vertreterinnen der 6. internationalen Landesjugendreferenten-Fachgespräche.

Foto: Votava / PID





In der Betriebshalle der AEG in der Brünner Straße wurde die "Initiative Lehrling" vorgestellt.

Foto: Votava / PID

Vizebürgermeisterin und Sportstadträtin Grete Laska dreht bei der Eröffnung des "Wiener Eistraums" auf dem Eislaufplatz vor dem Rathaus die ersten Runden.

Foto: Votava / PID



brachten. Im Bereich der MultiplikatorInnenausbildung konnten die bisherigen Programme durch den Grundkurs „Medienerziehung“ sowie durch Seminare und Methodentage fortgeführt werden. Trotz Adaptierungsarbeiten im Bereich Seminarraum und Bibliothek betreuten die MitarbeiterInnen des Medienzentrums im Berichtsjahr bei den diversen Aktivitäten einschließlich Verleih und Großveranstaltungen rund 7.700 Personen bei 809 Einzeleinsätzen. Mit Beiträgen wie „Young Women in Action“ wurde versucht, Mädchen verstärkt für die Produktion von Beiträgen zu den „Video- & Filmtagen“ zu interessieren. Im Bereich der sonstigen Serviceleistungen, wie dem Verleih bzw. dem eigenhändigen oder teilbetreuten Schnitt, konnte trotz der erwähnten Umbauarbeiten eine Zuwachsrate von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden.

Das praxisnahe und an den Bedürfnissen der außerschulischen Jugendarbeit orientierte Bildungskonzept der JugendleiterInnenschule im Rahmen des Instituts für Freizeitpädagogik versuchte man in insgesamt 15 Fachkursen, 21 Info- und 7 Werkstättenabenden sowie in einer Grundkursveranstaltung umzusetzen. Diese Fortbildungsstelle für die ehrenamtliche Jugendarbeit in Wien, die nun seit 24 Jahren besteht, wurde 1997 von 8.811 KursbesucherInnen in Anspruch genommen.

Die seit 1992 als eigene Abteilung bestehenden Studiengänge, deren Programme vor allem auf die Zielgruppe der LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PädagogInnen, AnimatorInnen usw. gerichtet sind, erfaßten mit Veranstaltungen zu den Bereichen Tanz, Management, Musik, Sport usw. rund 1.400 TeilnehmerInnen.

Die von der MA 51 - Sportamt organisierten Wintersportaktivitäten, darunter z.B. Weihnachts- und Semester-schikurse, Tages- und Sonntagsschikurse, boten 1.345 jungen WienerInnen kostengünstige Möglichkeiten zum Wintersport; die vor allem für Wiener Pflichtschulen und Kinderheime betriebene Schiverleihstelle „Schistall“ konnte insgesamt 8.136 Entlehnungen von Wintersportgeräten verzeichnen.

Im Bereich der außerschulischen Jugendbetreuung wurden für 1997 Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 251.615.000 S veranschlagt. Größter Förderungsnehmer in diesem Bereich war der für die Führung und den Betrieb der bestehenden kommunalen Jugendzentren in Wien zuständige „Verein Jugendzentren der Stadt Wien“, der damit auch Objekterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen in den von ihm betreuten Jugendzentren durchführen konnte. Für verschiedene weitere bzw. neue Vorhaben, darunter z.B. Projekte der mobilen Jugendarbeit im 2. („Alte Trafik“), im 5. bzw. im 11. Bezirk (Zippererstraße) sowie diverse Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in insgesamt neun weiteren Objekten, erhielt der Verein zusätzlich Förderungsmittel in der Höhe von 8.076.000 S.

Dem Verein „Wiener Jugendkreis“ wurden im Berichtsjahr zur organisatorischen Unterstützung und finanziellen Abwicklung der vom Landesjugendreferat mitorganisierten Aktionen, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 56.354.000 S zuerkannt. Dadurch wurde dem Verein die Umsetzung der zahlreichen für Kinder, Jugendliche und Familien konzipierten Aktivitäten ermöglicht. Für Präsentationen und Sonderaktionen wurden weitere Förderungsmittel in der Höhe von 1.131.000 S zur Verfügung gestellt; damit konnten etwa verschiedene Sonderaktionen im Umwelt- und MultiplikatorInnenbildungsbereich wie auch in logistischen und musischen Bereichen unterstützt und diverse Schüleraustauschprogramme o.dgl.m. fortgeführt werden.

Bei den Wiener Städtischen Büchereien wurden im Berichtszeitraum 5.309.500 Entlehnvorgänge registriert; gegenüber 1995 (5.124.607) bedeutet das einen Anstieg der Lesefrequenz um 3,6 Prozent und gegenüber 1996 (5.279.553) eine Erhöhung um 0,6 Prozent.

Die Einnahmen bei den Benützungsgebühren sind - trotz renovierungsbedingter Sperre einiger großer Zweigstellen über mehrere Monate hinweg - gegenüber 1995 (3.939.983 S) um 4,9 Prozent und gegenüber 1996 (3.979.800 S) um 3,9 Prozent auf 4.133.133 S gestiegen.

Die Kostenersätze für Mahnungen sind gegenüber 1995 (1.483.055 S) um 13,57 Prozent und gegenüber 1996 (1.563.152 S) um 7,8 Prozent auf 1.684.260 S gestiegen.

Die Einnahmen aus Benützungsgebühren und Kostenersätzen für Mahnungen sind gegenüber 1995 (5.423.038 S) um 7,3 Prozent und gegenüber 1996 (5.542.952 S) um 4,95 Prozent auf 5.817.393 S gestiegen.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten für den Ankauf von Büchern betrug 1.400.000 S.

Im 11. Bezirk wurde das neue Zweigstellenlokal am Leberberg (neben dem Gebäude der Volkshochschule) als Ersatz für das zu kleine und in Randlage befindliche alte Zweigstellenlokal besiedelt; es hat 1997 den EDV-Entlehnbetrieb aufgenommen.

In Penzing soll am Standort Hütteldorfer Straße/Ameisbachzeile ein neues Büchereilokal entstehen und die Medienbestände der Zweigstelle in 14, Hickelgasse 4 - 6, aufnehmen. Der Baubeginn war Ende 1997, mit der Fertigstellung des Objekts ist voraussichtlich Ende 1998 zu rechnen.

Für die Hauptbücherei konnte der Ankauf einer Mediensicherungsanlage realisiert werden. Mit diesem elektronischen Warnsystem ist gewährleistet, daß vor allem die teuren Medien CDs, CD-ROMs und Videos vor Diebstählen geschützt sind.

Im Büchereilokal 10, Hasengasse 38, wurden sowohl bauliche Verbesserungen vorgenommen als auch diverses neues Mobiliar angeschafft. Um Rollstuhlbenützern und LeserInnen mit Kinderwagen den Zugang zum Ausleihraum zu ermöglichen, mußte ein Umbau des Büchereieinganges (Windfanges) durchgeführt werden.

1997 wurde der EDV-Betrieb in folgenden Zweigstellen aufgenommen: 11, Simmeringer Hauptstraße 96a (EKZ

Simmering), 10, Ada-Christen-Gasse 2, 19, Billrothstraße 32. Gemäß den im EDV-Systemisierungsplan festgelegten Gerätemengen wurden die Zweigstellen 2, Engerthstraße 197, 11, Rosa-Jochmann-Ring 5 (Leberberg), und 17, Hormayrgasse 2, an das Büchereinetz angeschlossen.

Drei weitere Bürgerservice-Terminals wurden aufgestellt, und zwar in 3, Erdbergstraße 5 - 7, 11, Simmeringer Hauptstraße 96 a, und 21, Brünner Straße 36. Damit ist es den BesucherInnen möglich, Informationen aus der und über die Wiener Stadtverwaltung und sonstige WWW-Informationen über Touch-Screens abzurufen.

Der RAM (Arbeitsspeicher) des Büchereiservers wurde auf 256 MB aufgestockt; die Harddisks (Speicherplatten) wurden um 2 GB aufgestockt, um den EDV-Betrieb der neu angeschlossenen Zweigstellen zu gewährleisten.

1997 wurde die Vernetzung der Zentrale der Städtischen Büchereien mit dem Rathaus-PC-Netz mittels Netzserver von der zuständigen Fachabteilung (Magistratsabteilung 14 - ADV) in Angriff genommen.

Die Ausschreibung eines neuen Büchereisystems (Client/Server-System) wurde vorbereitet.

Die Anzahl aller verfügbaren Medien per Stand 12/1997 betrug 1,318.513 Exemplare (Bücher, Zeitschriften, CDs, audiovisuelle Medien). 1997 konnten um 13,377.000 S Bücher und Zeitschriften angekauft werden; das bedeutet eine Steigerung von 1,441.000 S gegenüber dem Vorjahr. Für den Ankauf von audiovisuellen Medien stand ein Betrag von 1,716.000 S zur Verfügung.

Im Bereich Werbung und Öffentlichkeitsarbeit wurden vermehrt Werbemittel in Form von Aufklebern zur Auslagengestaltung und Lesezeichen für Kinder eingesetzt. Die größte Leseanimations- und Werbeveranstaltung der Städtischen Büchereien für Kinder, das „12. Lesofantenfest“, fand in der Zeit vom 17. bis zum 28. November 1997 statt. Insgesamt wurden 54 Programmpunkte in vier Zweigstellen angeboten; 11.000 BesucherInnen konnten gezählt werden.

Einen Schwerpunkt bei der Landesbildstelle Wien bildete im Berichtsjahr 1997 die Fortführung der Veranstaltungsreihe „Klix - Das Jahr der Medien“ für die Wiener Pflichtschulen, wobei es gelang, zwei Bereiche, nämlich das Schülerradio und den Schülerzeitungspreis, zu langfristigen Projekten auszubauen. Weitere Schwerpunkte waren ein Lomografiewettbewerb für Pflichtschulen mit dem Motto „Unsere Plätze“ sowie die „Video- und Filmtage“, die gemeinsam mit dem Medienzentrum in Form eines Festivals durchgeführt wurden.

Für die Volksschulen wurde der Film „Wien - Bilder einer Stadt“ produziert. Mit Digitaltechnik und Computeranimation wird dabei eine lehrreiche, aber auch vergnügliche Reise durch unsere Stadt visualisiert. Erstmals wurde auch eine Audio-CD für den Englischunterricht in der Grundschule hergestellt: „Songs for Kids“ erfreut sich großer Nachfrage. Es wurden bereits über 800 CDs bestellt.

Im Bereich der Videoproduktion wurde die Digitalisierung weiter ausgebaut und die Konzeption für ein neues Videostudio erstellt. Im Bereich EDV und Telematik wurde eine eigene Homepage der MA 13 - Landesbildstelle sowohl für den Bildungsserver als auch für „Wien Intern“ erstellt, in der, neben einem Überblick über die Serviceangebote der Dienststelle, auch die Möglichkeit eingerichtet wurde, sich den Medienkatalog auf den eigenen PC oder auf Diskette zu kopieren. Weiters wurde im Berichtsjahr die Vernetzung der in der Dienststelle befindlichen PCs sowie deren Anschluß an das Intranet der Stadt Wien in Angriff genommen.

Die Höhepunkte der Film- und Videoproduktion waren die Anfertigung eines Wien-Filmes (für den auch Sponsoren gewonnen werden konnten) weiters die Betreuung einer eigenen Sendeleiste mit dem Titel „Wieniversum“ über das Regionalfernsehen, wobei zu einer sehr attraktiven Sendezeit (20.15 Uhr) die Highlights der Videoedition „Stadt im Spiegel“ ausgestrahlt wurden.

Weitere Produktionen:

„Wasser ist zum Waschen da“ (Koproduktion mit dem Krankenanstaltenverbund)

„Silberpfeil für Simmering - die Baumethoden“ (Auftraggeber Wiener Linien)

„Anprallversuche“ (Wiener Linien)

„Rigoletto“ (Konservatorium der Stadt Wien)

„In the woods“ (Konservatorium der Stadt Wien)

Bearbeitungen:

„Gefährliche Stoffe“ (Koproduktion mit dem Krankenanstaltenverbund)

„Eleven - Berufsbild Tanzpädagoge“ (Konservatorium der Stadt Wien)

In Vorbereitung:

Arbeitstitel „Wie wird Theater gemacht - Ein Blick hinter die Kulissen“: eine Koproduktion mit dem Theater der Jugend für den Schulbereich

Zu weiteren Produktionen, wie z.B.: Werbefilm - Wiener Linien, Bezirksfilme (ORF), Karl-Kraus-Film usw., wurden wesentliche Beiträge aus dem eigenen Filmarchiv zur Verfügung gestellt.

Durch Mitarbeit auf Werkvertragsbasis konnte das Tonarchiv des Filmreferates von Schmalband auf DAT (Digitale Tonaufzeichnung) überspielt werden.

Die zeitaufwendigsten Aufträge des fotografischen Dienstes 1997 waren die Dokumentationsaufnahmen aller Brücken in Wien, Aufnahmen sämtlicher Bäder (Sommerbäder, Hallenbäder, Tröpferlbäder) sowie die Ausarbeitung des im Jahr der Medien veranstalteten LOMO-Projektes. 1997 konnte eine Bezirksdiareihe über den 8. Bezirk fertiggestellt werden.

Für die Bezirksdiareihen Josefstadt und Floridsdorf wurden die Begleittexte erstmals in Form eines Bezirkskulturführers angefertigt. Die Diareihen werden wie bisher allen Volksschulen des jeweiligen Bezirkes kostenlos zur Verfügung gestellt.

Für das Projekt „Digitale Bildarchive“ wurden in Zusammenarbeit mit der MA 14 und anderen interessierten Abteilungen in Arbeitsgruppen Modelle für einen Thesaurus sowie Verrechnung und Copyright für eine allfällige Einbindung in das Internet erarbeitet. Ebenso wurde ein von der MA 14 erstellter Prototyp für ein Bildarchivierungsprogramm getestet.

Höhepunkte der Fotodokumentation waren:

Bürgerurkunde an Magistratsdirektor i.R. Dr. Bandion

Goldene Ehrenmedaille an Univ.-Prof. Dr. Antal Festetics

Eintragung in das Goldene Buch: Deutscher Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog

70. Geburtstag von Altbürgermeister Dr. Zilk

Eintragung in das Goldene Buch: König Albert von Belgien

Goldenes Ehrenzeichen an US-Botschafterin Swanee Hunt

Großes Goldenes Ehrenzeichen an Kommerzialrat Walter Nettig

Goldenes Ehrenzeichen an Bundesminister Edlinger

Nestroy-Ring an H. C. Artmann

Ehrenring an Otto Schenk

Goldenes Ehrenzeichen an Kammersängerin Christa Ludwig

Im Bereich des Technischen Dienstes konnte die Zahl der hochwertigen Audio- und Videoreparaturen weiter gesteigert werden. Es wurden 833 Altgeräte repariert sowie 702 neue Geräte adaptiert, justiert und ausgeliefert. Die Anzahl der Geräteentlehnungen hat sich fast verdoppelt.

Für die Projektoren der Kinokabine wurde eine automatische Überblendeinrichtung gebaut, wobei sowohl die Mechanik als auch die Elektronik zur Gänze vom Technischen Dienst gebaut und installiert wurden.

Im Medienverleih konnte gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 20,7 Prozent erreicht werden. Die größten Steigerungsraten gab es im Bereich Video- und Overheadtransparente. Dieser erfreuliche Anstieg der Verleihzahlen ist außer auf die zahlreichen Veranstaltungen anlässlich des „Jahres der Medien“ auch auf ein verbessertes Service- und Informationsangebot zurückzuführen.

1997 wurden 88 Titel - davon 84 Videos, 1 Diaserie, 1 Overhead-Transparentserie und zwei CD-ROMs - angekauft. Themenschwerpunkte waren: Informatik, Physik, Chemie, Medienpädagogik und Sozialkunde.

Im Schulbereich fand eine schwerpunktmäßige Aufrüstung mit Overheadprojektoren, TV-Geräten, Videorecordern und Stereoanlagen statt. Für die Dienststellen der Stadt Wien wurden neben Overheadprojektoren verstärkt LCD-Projektoren für Präsentationen und Digital-Fotoapparate für Bilddokumentationen angekauft. Mit der Auflösung der MA 20 ist 1997 der Einkauf von Kleinbild- und Polaroidfilmen durch die Landesbildstelle beträchtlich gestiegen. Stark in Anspruch genommen wurde auch die Beratung hinsichtlich technischer und preislicher Entwicklungen vor allem digitaler Geräte.

Der fortschreitenden Entwicklung auf dem technischen Sektor wurde sowohl bei der Hausausstattung als auch bei den Verleihgeräten nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten Rechnung getragen. Insgesamt ist ein starkes Ansteigen im Ausschreibungs- und Rechnungswesen zu verzeichnen.

Auf dem Sektor Telematik und Neue Medien lag der Schwerpunkt des Jahres 1997 im Bereich der Telekommunikation. Im Projekt „Wiener Bildungsnetz“ übernahm die Landesbildstelle eine tragende Rolle. So wurden (und werden fortlaufend) für die Wiener LehrerInnen E-Mail-Adressen eingerichtet sowie pädagogische Inhalte und virengesicherte Software im Intranet der Schulen aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Internet Center for Education (ICE)“ wurden zahlreiche Schulungen und Kurse abgehalten und ein umfangreicher Support für LehrerInnen der vernetzten Schulen eingerichtet.

Seit Sommer 1997 präsentiert sich die Landesbildstelle im „Wiener Bildungsnetz“. Die service-orientierte Web-Site wird durch Informationen und attraktive Angebote für die Wiener Schulen laufend aktualisiert.

Im Haus wurde das vorhandene PC-Netz revitalisiert und über entsprechende Erweiterungen der Anschluß ans Internet ermöglicht.

Im Intranet des Magistrats „Wien Intern“ wurde ebenfalls über eine Homepage eine weitere Kommunikationsmöglichkeit eingerichtet.

Die Ergänzungen des Medienkataloges für die Grund- und Mittelstufe wurden fertiggestellt und verteilt. Weiters sind zwei Updates der Katalogdiskette erschienen und an alle Schulen und Interessenten verschickt worden.

Korrespondierend mit den qualitativ und quantitativ wachsenden PC-Ausstattungen an Wiener Schulen nahm auch die unterstützende Tätigkeit in den Bereichen Telematik, Neue Medien und Unterrichtssoftware deutlich zu. Die Zusammenarbeit mit diversen Arbeitsgruppen (Informelle Arbeitsgruppe ABC-DOS, Zentralarbeitsgemeinschaft Informatik, ...) konnte intensiviert werden. Die Informationszeitung „LaBi-richt“ wurde auch 1997 wieder planmäßig dreimal erstellt.

Bei einer Tagung der deutschsprachigen Landesbildstellenleiter wurden der Wiener „LaBi-richt“ sowie die Homepage der Landesbildstelle Wien als besonders gut gelungen und innovativ hervorgehoben.

Im Pädagogischen Referat der Landesbildstelle bzw. auf dem Sektor der Projektbetreuung bestimmten im ersten Halbjahr 1997 vor allem die Aktivitäten im Rahmen von „Klix - das Jahr der Medien“ (Schuljahr 1996/97) die Tätigkeit. Im zweiten Halbjahr wurden die Ergebnisse von „Klix“ organisatorisch und inhaltlich aufgearbeitet, und es gelang, wie bereits erwähnt, zwei Schwerpunkte (Schülerradio, Schülerzeitungspreis) zu langfristigen Projekten auszubauen. Die Zahl der LehrerInnen, die sich für die Serviceangebote im medienpädagogischen Bereich interessieren und diese auch in Anspruch nehmen, verdoppelte sich im Berichtszeitraum. Das läßt sich sowohl an der Zahl der AbonnentInnen von Informationszusendungen als auch an dem Jahresbericht des Geräteverleihs ablesen. Zusätzlich ergibt sich ein steigendes Interesse der im Rahmen der Schulautonomie entstandenen Schwerpunktschulen im Medienbereich.

Auf Grund der verstärkten Nachfrage ist es permanent notwendig, auch die organisatorische Struktur anzupassen. Es gilt, die Ressourcen - sowohl im personellen wie auch im technischen Bereich - optimal zu nutzen und zu erweitern, um der Nachfrage gerecht zu werden. In weiten Bereichen kann die Informationstätigkeit nur per Massenkommunikation erfolgen, weshalb das Direkt-mailing-System verbessert wurde. Interessierte KollegInnen erhalten spezifische Informationen entsprechend ihren Anfragen kontinuierlich zugesandt. Dafür wurde eine eigene Datenbank angelegt. Der Aufbau dieses Systems ist noch nicht abgeschlossen, da der dafür notwendige PC-Platz erst seit kurzem zur Verfügung steht. In Zukunft gibt es monatlich auch eine Aussendung mit aktueller Kurzinformation an alle KustodInnen und AbonnentInnen.

Sozusagen als Standard-Serviceangebot ist die telefonische Medienberatung anzusehen. Fast täglich gibt es Anfragen bezüglich Geräteeinsatz oder Methoden zur Umsetzung. Sehr oft können die Probleme telefonisch oder per E-Mail gelöst werden. Bei komplexeren Anliegen wurden eigene Besprechungstermine - immer öfter auch vor Ort - notwendig.

1997 konnten 45 Medienprojekte an Schulen begleitend betreut werden. Die Betreuung umfaßte die Unterstützung bei der Projektkonzeption, der Projektorganisation und zum Teil auch bei der Projektdurchführung. Die Betreuung vor Ort wurde durch freie MitarbeiterInnen besorgt. Deren Finanzierung ließ sich zu etwa 50 Prozent durch Sponsorenbeiträge abdecken.

„Klix - das Jahr der Medien“

Im Rahmen dieses Projektes wurde eine Vielzahl von Aktivitäten im Wiener Pflichtschulbereich durchgeführt.

Lomografisches Projekt - „Unsere Plätze“

20.1.1997: Einstiegsworkshop - Lomografie

Dieses Projektangebot wurde weit über die Erwartungen hinaus genutzt. Rechneten die Veranstalter mit der Beteiligung von rund 10 Schulen, so überraschten sie an die 30 Anmeldungen. Dies sprengte trotz Sponsoring beinahe die Budgetmittel für die Ausarbeitung (rund 12.000 Fotos). Die geplante Projektdauer mußte um zwei Monate verlängert werden, da die LOMO-Kameras durchgehend verliehen waren. Dadurch erhielten 20 Schulklassen die Möglichkeit mitzumachen. Eine große Ausstellung mit den Ergebnissen dieses Projekts fand im Jänner 1998 in der „Alten Schiebekammer“ am Meiselmarkt statt.

Exkursionen

In Zusammenarbeit mit der Zentralarbeitsgemeinschaft für Audiovisuelle Medienerziehung wurde eine Reihe von Exkursionsangeboten für Schulklassen organisiert, z.B.: Besuch im Vorführraum des Gartenbaukinos, beim Kinder-Kurier, im Haus des Buches, im ORF usw.

22. - 24.4.1997 Workshoptage - „Ohrenweide '97“ Hörspielwerkstatt

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Freies Radio Wien“ lud man je eine Volksschulklasse und eine Hauptschulklasse ein, mit Profis Hörspiele aufzunehmen. Es wurden Klassen ausgesucht, die bereits erste Erfahrungen gemacht hatten und an der Weiterarbeit interessiert waren. Eine Klasse der VS 17, Halirschgasse, und eine Klasse der HS 12, Singrienergasse, produzierten mit Betreuung in je zwei Gruppen insgesamt vier Hörspiele. Ein Teil dieser Produktionen war im Rahmen der Workshoptage öffentlich zugänglich. Interessierte LehrerInnen konnten die Entwicklung des Projekts verfolgen und daher immer wieder „vorbeischauen“. Am Nachmittag gab es Hörspielwerkstätten für Schulklassen. Täglich kam eine Klasse, um in einer „Fast-live“-Produktion ein Hörspiel aufzunehmen. Dieses Einstiegsangebot war sehr rasch ausgebucht. Aus den an den Workshoptagen beteiligten LehrerInnen entwickelte sich zuletzt die Arbeitsgruppe „Wiener RADIO-BANDe“.

12. - 15.5.1997 „media kids“ - Präsentationen des Stadtschulrates für Wien

In der Aula des Stadtschulrates für Wien wurde eine Woche lang ein Einblick in die medienpädagogische Arbeit an Wiener Schulen geboten. Die Ausstellung war öffentlich zugänglich und wurde von fast 500 SchülerInnen und LehrerInnen besucht. An Wandtafeln stellten mehrere Schulen medienpädagogische Projekte vor. Erste „Lomo-Walls“ vom Projekt „Unsere Plätze“ waren ausgestellt. In der „Hör-Bar“ gab es die Hörspiele aus den „Ohrenweide“-Projekten; beim „MiniVideo“ wurde eine Auswahl der besten SchülerInnenproduktionen gezeigt; der Verein „Zeitschrift in der Schule“ präsentierte sein Angebot für den Unterricht, und in der „Schatzkiste im Dschungel“ befanden sich die zum Wiener Schülerzeitungspreis eingereichten Zeitungen. Während die einen hier schmökerten, produzierten die anderen bereits neue Geschichten in der „Virtuellen Schreibwerkstatt“. Täglich wechselnde Aktivitäten gaben der Ausstellung „media kids“ thematische Schwerpunkte.

1. Wiener Schülerzeitungspreis

Im Rahmen von „Klix“ gelang es, in Wien einen Schülerzeitungspreis auszuschreiben. Das Interesse überstieg bei weitem die Erwartungen. 52 Einreichungen - bis auf drei waren alle Zeitungen kontinuierlich erscheinende Ausgaben - gaben ein deutliches Bild der Schülerzeitungsszene in Wien. Sicherlich existieren noch mehr Schülerzeitungen in Wien, denn es meldete sich nach Einsendeschluß noch eine Reihe von InteressentInnen, und viele werden wohl auch gedacht haben, daß ihre Zeitung „nicht gut genug“ ist. Überraschend war die hohe Zahl an Schülerzeitungen im Grundschulbereich. Dank der Sponsoren (Bank Austria, Siemens, Wiener Städtische Versicherung) konnten Preisgelder in der Höhe von 51.000 S vergeben werden. Eine Ausschreibung des Wiener Schülerzeitungspreises für das Schuljahr 1997/98 ist in Arbeit.

4. Video- und Filmtage

Die Landesbildstelle Wien organisierte am Vormittag je zwei Vorstellungen für Schulklassen. In dem etwa eineinhalbstündigen Programm wurden Produktionen aus dem abendlichen Festivalprogramm, aber auch nicht zum Festival eingereichte Videos vorgestellt. Die zwischen den Vorführungen angesetzten Gespräche und Diskussionen boten Einblicke in die Produktionsabläufe und versuchten die ZuschauerInnen zur aktiven Nutzung der Medien zu motivieren. Insgesamt besuchten fast 500 SchülerInnen aus allen Schultypen die Vorstellungen für Schulklassen. Die nächsten Video- und Filmtage sollen 1999 veranstaltet werden.

Die „Wiener RADIO-BANDe“

Wie bereits zuvor angeführt, entwickelte sich aus den „Ohrenweide“-Veranstaltungen eine kontinuierliche Arbeitsgruppe. Jeden Monat entsteht eine halbstündige Radiosendung an einer der beteiligten Schulen. Die Sendungen werden derzeit im Rahmen der Schülerradioteile auf Mittelwelle gesendet und stehen als Hörbeispiele zur Verfügung. Zur Unterstützung der Aktivitäten wurde der Geräteverleih im Audibereich erweitert. Für die Fertigstellung der Beiträge steht ein einfaches mobiles Tonstudio in der Landesbildstelle zur Verfügung. Die inhaltliche und technische Betreuung übernimmt ein freier Mitarbeiter.

CD Produktion - „Songs for Kids“

Die CD Produktion „Songs for Kids“ konnte erfolgreich zu Ende gebracht werden. Von der für den Englischunterricht in der Grundschule entwickelten CD wurden bereits 800 Stück verkauft. Weitere Bestellungen - auch aus den Bundesländern - machen eine Nachproduktion notwendig.

Kino für Schulklassen (KiS)

Dieses bereits seit vielen Jahren bestehende Angebot bietet Schulklassen die Möglichkeit zum Kinobesuch während der Unterrichtszeit. Jeden Freitag werden im Kinosaal der Landesbildstelle ausgewählte Filme für Kinder und Jugendliche gespielt. Das Programm ist auf die jeweilige Alterstufe abgestimmt und bot in diesem Jahr neben österreichischen Kinderfilm-Produktionen international preisgekrönte Kinder- und Jugendfilme und vereinzelt auch aktuelle Neuproduktionen. Insgesamt besuchten rund 2.400 SchülerInnen die Vorstellungen.

Das Konservatorium der Stadt Wien, die 17 Wiener Bezirksmusikschulen und die Kindersingschule, sind in den Musiklehranstalten der Stadt Wien zusammengefaßt.

Am Konservatorium gab es 1.664 Studierende (nach Fächern), davon 436 aus 62 Ländern. Die Musikschulen besuchten 4.362 Schüler, die Kindersingschule 2.936. Die Gesamtschülerzahl der Musiklehranstalten betrug 8.962. Am Konservatorium wurden 85 Diplom- und 37 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen sowie 2 Lehrgangsprüfungen in Ensembleleitung mit Erfolg abgelegt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl an musikinteressierten Kindern an der Kindersingschule.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsprogramme an den Musiklehranstalten sind die öffentlichen Veranstaltungen, in denen sich Studenten und Schüler einem Publikum präsentieren müssen. Stellvertretend für alle anderen Aufführungen seien hier das traditionelle Chor- und Orchesterkonzert des Konservatoriums unter der Leitung von Prof. Kurt Richter im Großen Musikvereinssaal und das „Festliche Singen“ der Kindersingschule unter der Leitung von Prof. Otto Partmann im Konzerthaus erwähnt.

Viele Aktivitäten, wie etwa die Abhaltung von Workshops für mehrere Abteilungen des Konservatoriums, unter anderem durch Martha Eggerth („Die silberne Operette“), Paul Hailperin („Barockoboe“), Mike van der Sluis („Barockgesang“) und Gerd Last („Zither“), sowie von Seminaren, wie etwa mit William Christie und Hanspeter Horner, ergänzten den praxisorientierten Unterricht.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben Klangkörper, Ensembles und Abteilungen eine Vielzahl von Veranstaltungen im Rahmen der Aktion „Musik hören - Musik verstehen“ für die Wiener Schuljugend bestritten.

Vom Veranstaltungsreferat des Konservatoriums wurden im Berichtsjahr etwa 318 Konzerte und Aufführungen in den eigenen oder in repräsentativen angemieteten Konzertsälen organisiert. In diesen öffentlichen Vortragsabenden der einzelnen Klassen und Abteilungen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind, wurden immer wieder der hohe Ausbildungsstand und die ausgezeichnete Qualität des gebotenen Unterrichts von Schülern und Studenten der Musiklehranstalten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Großen Erfolg hatten die Aufführungen der Schauspielabteilung „Krankheit der Jugend“ (Bruckner), „Arbeitstitel Liebe“ (Regie: Kammerschauspielerin Prof. Elfriede Ott), „Der Selbstmörder“ (Erdmann) und die Collage „Wir alle

sind Tote auf Urlaub“ unter der Regie von Thomas Birkmeir. Sowohl die Aufführungen der Abteilung für Musikalisches Unterhaltungstheater („Das Dingsbums, das man Liebe nennt“ und „Showtime '97“) als auch der Opernabteilung („Rigoletto“) und des Operettenlehrganges („Die Gondoliere“) zeigten wieder die Vielseitigkeit und das hohe Ausbildungsniveau am Konservatorium. Für diese öffentlichen Aufführungen wurden Ermäßigungen von 30 S auf den Eintrittspreis für Pensionisten, Jugendgruppen und Studenten gewährt.

Veranstaltungssäle und Unterrichtsräume des Konservatoriums wurden, wie etwa zur Abhaltung der Wiener Meisterkurse oder für einen Akkordeonwettbewerb des Verbands der Amateurmusiker und -vereine Österreichs (VAMÖ), gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Die alljährlichen, bereits zur Wiener Tradition gewordenen Modeschauen der Modeschule der Stadt Wien fanden vom 12. bis zum 23. Juni 1997 im Schloßpark Hetzendorf statt.

Auch im vergangenen Jahr wurde die qualitativ hochwertige Arbeit durch Erwähnungen in diversen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Printmedien) honoriert.

Von der Teilnahme an verschiedenen Ausstellungen sei hier als Beispiel die Studien- und Berufsinformationsmesse (Messestand) erwähnt.

Im Rahmen der Preisverleihung des „BUNDY & BUNDY Creative Award“ wurde die Modeschule zu einer Präsentation im Semper-Depot eingeladen.

Bei der IMOTA (Internationale Modetage im Museum für Angewandte Kunst) konnten AbsolventInnen den ersten Preis erreichen.

Im Lauf des Jahres wurde eine Homepage im World Wide Web eingerichtet, so daß die Modeschule nunmehr auch in diesem neuen Kommunikationsmedium entsprechend vertreten ist.

Neben der laufenden Instandhaltung und der notwendigen Erneuerung der Installationen in diversen Werkstättenräumen wurde im zweiten Halbjahr 1997 die Gesamtrestaurierung eines historischen Raumes unter Aufsicht des Bundesdenkmalamtes durchgeführt. Nach Bewilligung zusätzlicher Budgetmittel wurde mit der Renovierung der Fresken und Bilder in der Schloßkirche begonnen.

Diese Instandhaltungsarbeiten haben Aufwendungen in der Höhe von etwa 6.000.000 S erforderlich gemacht.

An der Modeschule waren Ende 1997 45 LehrerInnen (23 vollbeschäftigt und 26 teilbeschäftigt) sowie 15 Bedienstete als Verwaltungspersonal beschäftigt. Die Anzahl der SchülerInnen betrug im Jänner 1997 154 und im Dezember 1997 142. Hiervon kamen 68 (48 %) aus Wien, 40 (28 %) aus den Bundesländern und 34 (24 %) aus dem Ausland.

Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1997 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfaßten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfeldes, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden.

Insgesamt wurden bisher 33 Sportanlagen fertiggestellt, weitere drei Anlagen sind derzeit in Bau bzw. in Vorbereitung.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich S 800.000. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt - S 200.000 - wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1997 S 2.500.000 aufgewendet. Die Abteilung betrieb im Jahre 1997 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen

wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 8 Spielplätze und 109 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in Wien 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße - Heuberggstättenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 10, Eibesbrunnnergasse, 16, Kendlerstraße 38, 16, Roterdstraße und 20, Lorenz-Müller-Gasse werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schleplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Wegen der großen Akzeptanz wurden in den letzten Jahren auch mehr als 10 Millionen Schilling aufgewendet und die Schleplift- und Beschneiungsanlage auf den letzten Stand gebracht. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee- Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die 460 städtischen Turnsäle, 12 Schwimmhallen und Sporthallen sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen. Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion „Frau und Sport in Wien“. Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt, und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen u.v.a.m. bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis und diversen Sportverbänden durchgeführt.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das elektronische Informationsnetz (OTS) der Austria-Presse-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.501 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfaßte 3.080 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, den Wiener Kabel Text, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Die Rathaus-Korrespondenz wird auf elektronischem Weg über das magistratsinterne IBS-Netz (VTX) auch rund 12.000 Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt (seit 1994 auch mit Volltextsuche) und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Stadtverwaltung bei. Seit 1995 werden RK, Pressespiegel, Auslands-Pressespiegel und Auslands-Magazinspiegel auch im Internet über die Wien Online-Homepage angeboten.

Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahr 1997 wurden vom PID 307 Pressekonferenzen veranstaltet. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 480 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Steinsaal des Wiener Rathauses statt. Zusätzlich waren 442 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, von RedakteurInnen des PID wahrzunehmen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen 35 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar:

„Wiener Kulturkalender 1997“, „Vor 45 Jahren in der RK - Jänner 1952“, „Vor 45 Jahren in der RK - Februar 1952“, „Wien Personell und Organisatorisch“, „Miteinander in Wien“, „Stadtplanung und Zukunft“, „Vor 45 Jahren

in der RK - März 1952“, „Arbeitsprogramm der Wiener Stadtregierung - Maßnahmen für den Standort Wien“, „Frauen-Volksbegehren“ - „Gentechnik-Volksbegehren“, „Vor 45 Jahren in der RK - April 1952“, „Baustellensaison 1997“, „Gentechnik-Volksbegehren und Frauen-Volksbegehren - Ergebnisse“, „Vor 45 Jahren in der RK - Mai 1952“, „Stadtaußenpolitische Jahresbilanz 1996“, „Mehr Rechte für die Bezirke - Zweiter Dezentralisierungsschritt ab 1. Jänner 1998“, „10 Jahre Wiener Vorlesungen“, „Vor 45 Jahren in der RK - Juni 1952“, „Frauenbericht 1997“, „Vor 45 Jahren in der RK - Juli 1952“, „Wiener Baustellensommer“, „Euro und Cent: Europas neue Währung“, „Wien Personell und Organisatorisch“, „Internationales Presseecho auf die Wiener Festwochen 1997“, „Schwerpunkte der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft 1997“, „Vor 45 Jahren in der RK - August 1952“, „Vor 45 Jahren in der RK - September 1952“, „Vor 45 Jahren in der RK - Oktober 1952“, „Die Dritte Ausbauphase der Wiener U-Bahn“, „Vor 45 Jahren in der RK - November 1952“, „Wien und Europa - Deklaration des Wiener Landtages zu aktuellen europäischen Fragen“, „Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1998“, „Klausurtagung der Wiener Stadtregierung am 6. und 7. November 1997“, „Volksbegehren II 1997 - Volksbegehren 'Schilling - Volksabstimmung', Volksbegehren 'Atomfreies Österreich'“, „Memorandum der Hauptstädte der EU zur Beschäftigungspolitik“, „Vor 45 Jahren in der RK - Dezember 1952“.

Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945 bis 1952 und 1985 bis 1996 vor.

Insgesamt wurden Periodika, Flugblätter und Presseinformationen in einer Auflagenhöhe von 7 Millionen Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt und seit 1993 über das magistratsinterne IBS-Netz (VTX) rund 12.000 Usern (seit 1994 auch mit Volltextsuche) zur Verfügung gestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, „Der Standard“, „Salzburger Nachrichten“ und „täglich Alles“ sowie das „Wirtschaftsblatt“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten“, „Volksblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden Artikel aus den Wochen- und Monatszeitungen „profil“, „Neue Freie Zeitung“, „Die Furche“, „trend“, „Wiener“, „Wienerin“, „Falter“, „Die ganze Woche“ und „News“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Hinweise auf kommunalpolitische Beiträge in ORF-Nachrichtensendungen ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute“, „Österreich heute“, „Österreich-Bild“ (Studio Wien), „Zeit im Bild mit Kultur/19.30 Uhr“, „Zeit im Bild 2“, „Stadtjournal Radio Wien 12.30 Uhr“ und „Stadtjournal Radio Wien 16.30 Uhr“. Mitgeschnitten - und bei Bedarf Interessenten für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt - wurden die Sendungen „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, Ausschnitte aus dem „Wiener Stadtradio“ (9 bis 19 Uhr), „help“, „Heimat, fremde Heimat“, „Pressestunde“, „Europa-Studio“, „Schilling“, „thema“, „help-TV“, „Vera“, „Am Schauplatz“, „Treffpunkt Kultur“, „Der Report“, „Schiejok täglich“, „Konflikte“, „Willkommen Österreich“, „Seitenblicke“, „Zur Sache“ sowie die „Mini-ZiB“.

Mit Sendungsbeginn von W 1 (April 1997) im Telekabel wurden zu Beobachtungszwecken die Sendungen „Wien total“ und „Wiener G'schichten“ aufgezeichnet.

Ziel des Auslandspressespiegels ist es, über das Auffinden von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten. Das Angebot des Auslandspressespiegels umfaßt die Auswertung von 30 Tageszeitungen aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung, Die Welt am Sonntag, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Hamburger Morgenpost, taz), der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung), Frankreich (Le Monde, Liberation, Le Figaro), Spanien (El Pais), Belgien (Le Soir), Italien (Corriere della Sera), Großbritannien (The Times, The Guardian, Independent, Daily Mail), Irland (The Irish Times), Schottland (The Scotsman), Japan (Asahi Shimbun), Skandinavien (Politiken, Dagens Nyheter) und den USA (International Herald Tribune, The Financial Times, Wall Street Journal, The New Yorker Times) sowie 17 Wochenzeitungen aus Deutschland (Die Zeit, Wirtschaftswoche, Woche, Focus, Spiegel, Der Journalist, Kommunale/Ökologische Briefe), der Schweiz (Weltwoche), Rußland (St. Petersburg Times), Großbritannien (European, Observer), Tschechien (Prager Zeitung), Ungarn (Pester Lloyd) und den USA (Time, Newsweek, Economist, New Yorker).

Der Auslandspressespiegel wird täglich über das Interne Bürosystem (IBS) sowie über das Internet mit Volltextsuche und e-mail-Bestellmöglichkeit angeboten. Mittels der jeder Kurzfassung nachgestellten Nummer kann jeder Artikel über e-mail oder Fax im Volltext kopiert bestellt werden.

Über Internet und IBS wurden von den 1997 insgesamt aufbereiteten 14.622 Artikeln 13.364 auch in Originalkopie bestellt und zur Verfügung gestellt. Die Bestellquote betrug daher 91,39 Prozent.

Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

„WIEN ONLINE“, das Web-Service der Stadt Wien unter <http://www.magwien.gv.at/> hat sich seit seinem Start

im Sommer 1995 zum größten Angebot einer Gebietskörperschaft in Österreich, aber auch zu einem der größten Bürger-Informationssysteme weltweit entwickelt. Das beweist sich sowohl im Umfang von inzwischen mehr als 4.000 Seiten (exklusive Rathaus-Korrespondenz und Pressespiegel) und einer großen Anzahl von Datenbanken, als auch in der Zahl der Seitenzugriffe von mehr als 75.000 pro Woche, wobei Proxy-Zugriffe bei Providern und Cache-Aufrufe in Firmennetzen nicht mitgezählt sind.

Dieser Internet-Dienst der Stadt Wien versteht sich als Informationsmedium für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, aber auch als Wiener Schaufenster zur Welt. Tatsächlich wird eine Vielzahl von Zugriffen auch aus anderen Städten und Ländern rund um den Globus registriert.

Beratung und Betreuung der verschiedenen Fachdienststellen, Design, Organisation und Koordination dieses Internet-Services der Stadt Wien liegen bei einem kleinen Team des Presse- und Informationsdienstes (für die technische Umsetzung sind die Rechenzentren der MA 14, des Krankenanstaltenverbundes und der Wiener Stadtwerke zuständig, der Content kommt hauptsächlich aus den einzelnen Fachabteilungen der Stadt Wien).

Viele Inhalte sind tagesaktuell, wie die Berichte aus der Rathaus-Korrespondenz (verantwortlich: MA 53) oder die zweimal täglich aktualisierten Luftmeßwerte (verantwortlich: MA 22). Man kann sich weiters z.B. in den Beständen der städtischen Büchereien oder des Stadt- und Landesarchivs umschauen, im elektronischen Wiener Schulführer suchen oder eine passende freie Wohnung auswählen. Hilfs- und Auskunftseinrichtungen sind per Mausklick erreichbar, und aus jeder einzelnen WIEN-ONLINE-Seite heraus kann direkt ein elektronischer Brief an einen kompetenten Sachbearbeiter geschickt werden. Viele Links erlauben es den Usern, die Stadt Wien im World Wide Web über die Verwaltung hinaus, in ihrer Vielfalt zu betrachten.

Im Jahr 1996 wurden Vorbereitungen für ein neues, dem aktuellen Webstyle entsprechendes Erscheinungsbild getroffen und die Strukturen zur Optimierung der Userfreundlichkeit überarbeitet.

„Wien aktuell“, das MitarbeiterInnenjournal der Stadt Wien, wurde mit Jahresbeginn 1997 völlig neu gestaltet. Um der Zielsetzung „Ausbau der corporate identity“ auch in Zukunft gerecht werden zu können, wurden das äußere Erscheinungsbild und der innere Aufbau der Zeitung einer grundlegenden Revision unterzogen. Im Berichtsjahr ist die Zeitung 21mal in Vierfarbendruck erschienen, der Umfang je Ausgabe wurde um ein Drittel auf 24 Seiten erhöht. Die Ressorts sind mit Leitfarben klar gekennzeichnet. Angebote wie Jobbörse, innerbetriebliches Vorschlagswesen, Fort- und Weiterbildung wurden neu eingerichtet oder ausgeweitet. Reportagen und Berichte aus den Abteilungen bzw. über besondere Leistungen von MitarbeiterInnen finden breiten Raum. Sie sollen mit dazu beitragen, die Message zu transportieren, daß die MitarbeiterInnen ihr Bestes leisten, um die Stadtverwaltung zu einem hochqualifizierten Serviceunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger auszubauen.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ erschienen 52 Nummern in einer Auflage von rund 6.500 Stück mit insgesamt 2.912 Seiten. Weiters erschienen im Rahmen des Amtsblattes die Geschäftseinteilung und ein Sonderheft betreffend Verordnung gemäß § 23 Abs.7 des Wiener Kleingartengesetzes 1996 mit einer Auflage von jeweils 6.700 Stück.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden im Jahr 1997 insgesamt 49 Stück mit 242 Seiten herausgegeben.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien im Jahr 1997 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Im Rahmen des Bezirksservice wurden 61 Projekte durchgeführt. Ein Bezirksreferent stand den 23 Bezirksvorstehern als Ansprechpartner zur Verfügung und koordinierte die ausführenden Arbeitsgruppen des Presse- und Informationsdienstes. Die Wünsche der Bezirksvorsteher umfaßten die Produktion von Druckwerken und die Ausrichtung von Ausstellungen und anderen Veranstaltungen, wie Bürgerversammlungen und Informationsabende. Weiters wurde Bildmaterial für die Bezirksmedien bereitgestellt und bedarfsweise Pressearbeit geleistet. Künftig zählt die Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirkes zu den Eigenzuständigkeiten der Bezirksorgane, und aufgrund dieser Neuerung wird der Presse- und Informationsdienst an Stelle der bisherigen Betreuungsform eine spezielle Arbeitsgruppe für die dezentrale Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

Im Jahr 1997 wurden Aktionen zum Thema „Gewaltfreier Umgang mit Kindern“ und „Integration“ im Rahmen von Kampagnen und folgende Groß-Events organisiert: „Internationales Schubert-Chor-Fest“, „2.Theodor-Herzl-Symposion“, „Filmfestival auf dem Rathausplatz“, Veranstaltungsreihe „Club Nixe“ in den Wiener Bädern, „Wiener Konsumententage“ und „Wiener Stadtsilvester 1997/98“.

Des weiteren organisierte bzw. beteiligte sich die MA 53 an diversen Veranstaltungen und Ausstellungen. Sowohl vom Aufwand als auch von den Budgetmitteln kann man von 16 größeren und 43 Kleinveranstaltungen sprechen. Zur ersten Kategorie zählen die Bezirksausstellungen wie etwa „Urban Plus“, „Zwischenbrücken“ und „Favoritenstraße 2000“ ebenso wie auch die Volleyball-Gala im Festsaal des Wiener Rathauses, der Zivilschutztag und die Ausstellung „Security & Safety“. In den Bereich der Kleinveranstaltungen fallen der Großteil der bezirksbezogenen Events wie z.B. die Namensgebung „Kurt-Heller-Hof“, die Gedenktafelenthüllung „Dr.Posaner“, die Platzbenennung „Dr.Heinrich-Drimmel-Platz“ und die Bürgerversammlung „Hundertwasserhaus“. Ebenso sind auch diverse Schul- und Kindergarteneröffnungen (Rittingergasse, Neustiftgasse, usw.), Festakte (Wien im Blumenschmuck, Markteröffnung, usw.) und Infostände (Wolfersberger Wiesenfest, usw.) hier zuzuordnen.

1997 wurden u.a. zu folgenden Themen Broschüren und Folder sowie Plakate und/oder Kleber herausgegeben bzw. produziert:

„4. Wiener Faschingsumzug“, „Berufsmesse“, „Internationales Chorfest“, „Leitfaden für die Wien-Aktion“, „Wien erleben“, „Steig ein auf Wien“, „Wenn Steine sprechen“ (Deutsch und Englisch), „Filmfestival“, „Service- und Beratungsstellen der Stadt Wien“, „Wanderbares Wien“ (Neuaufgabe), „Vienna is different“, „10. Wiener Feuerwehrfest“, „Ausflug in den Herbst“, „Schuldnerberatung“, „Nationalpark Donauauen“ (Deutsch und Englisch), „Trinkwasserversorgung“ (Deutsch und Englisch), „Abfallwirtschaft“ (Deutsch und Englisch), „Grundwassermanagement“ (Deutsch und Englisch), „Kastanienminiermotte“ (Deutsch und Englisch), „Abwassermanagement“ (Deutsch und Englisch), „Umweltschutz“ (Deutsch und Englisch), „Ich mag elf“, „Brustkrebsvorsorge“, „G'sunde Watschn?“, „Zucht und Ordnung?“, „Geschäftseinteilung der Stadt Wien“, „Sicher ist sicher“, „Willkommen in Wien“, „Silvester in Wien“, „ViennaALive“, „Handbuch der Behindertenhilfe“ (11. Austauschlieferung).

Folgende Printprodukte wurden für andere Dienststellen produziert:

„Praterbrücke“, „Regenwasser in der Stadt“ (Nachdruck), „Treffpunkt Kanaldeckel“ (Nachdruck), „Der dritte Mann“ (Nachdruck in Englisch), „Kanalanschluß für Baugründe“ (Nachdruck), „Wohnungsanzeiger“, „Wiener Wohnen - aktuell“, „Wien leuchtet“ (Nachdruck), „Essen und Trinken“, „Nationalpark Donauauen“, „Naturlehrpfad Lobau“, „Quellschutzwälder“, „Club Nixe“, „Die richtige Hundehaltung in Wien“, „Altglas“, „Kindertelefon“, „Urlaub, Freizeit und Sport“, „City-Biking in Wien“, „Junge WienerInnen für 14jährige (Neuaufgabe), „Junge WienerInnen für 18jährige“ (Neuaufgabe), „Frischer geht's nicht“, „Der Kanal ist für alle da“, „Alte Donau“, „Altlasten“ (Deutsch und Englisch), „Danke für 85.000 Biotonnen“, „Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik“, „Sicher in Wien“, „Sicher durch den Tunnel“, „Die Wiener Städtischen Friedhöfe“, „Wiens Baugrund in sicherer Hand“, „Nicht jede Verpackung macht Weihnachten schöner“, „Großmarkt Inzersdorf (neunsprachig).

Stadteinfahrtstafeln wurden zu den nachstehenden Themen erstellt:

„Frühling in Wien“, „Im Summa samma in der City“, „Winter in Wien“.

Im Jahr 1997 wurden vom Lager- und Versandbüro des Presse- und Informationsdienstes rund 75.000 Broschüren, Zeitschriften, Plakate und Bücher versandt. Diese Druckwerke wurden in erster Linie über „Unser Wien“, Telefonanrufbeantworter und Internet bestellt.

Für die Veranstaltungen und Ausstellungen des Presse- und Informationsdienstes sowie für magistratsbezogene Aktionen erfolgte auch 1997 eine lagermäßige Betreuung mittels Ausgabe und Rücknahme des Veranstaltungsmaterials in den verschiedenen Lagern des PID.

Bei 76 Gewinnspielen in der Zeitschrift „Unser Wien“ wurden rund 175.000 Einsendungen gezählt.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien 1997 20mal, wobei zu diversen Themen (zum Teil auf Kosten anderer MAs) wie „Aktuelle Wien-Info“, „Ein Hauch von Frühling“, „Vom Einkaufsparadies zum Gourmettempel“, „Ostermärkte“, „Frühjahrsputz in unserer Stadt“, „Franz Schubert - Das Festjahr 1997“, „Wiener Festwochen“, „Saubere Stadt“, „Klangbogen Wien“, „Unser Wasser“, „Im Summa samma in der City“, „Bad & Rad“, „Unsere elektronische Welt“, „Schubert - Musikalischer Bote Wiens in aller Welt“, „Sprache verbindet“, „Gewaltfreier Umgang mit Kindern“, „Zivilschutz“, „Winterdienst“, „Bürgerdienst“, „Silvester/Weihnachten“ Beilagen sowie zum Thema „Wien macht auch im Winter Spaß“ jeweils Sonderhefte produziert wurden.

Im Jahr 1997 wurden vom PID insgesamt rund 770 Inserate und PR-Artikel in rund 220 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht.

Durch diese Inserate wurden Service- bzw. Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien beworben, sie thematisierten aber auch spezielle Anliegen diverser Ressorts wie Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Gesundheit u.a. Konkrete Ankündigungen erschienen zu den Großveranstaltungen „Filmfestival vor dem Rathaus“, „Jahreswechsel 1997/98“, „Konsumentenschutz“ und „Euviron“. Informationskampagnen wurden unter anderem zu den Themenbereichen „Integration“, „Gewalt gegen Kinder“, „Kanal“, „Wasser“, „Club Nixe“, „Radfahren“, „Zivilschutz“, „City Marketing“, „Schubert“ und zu einigen Aufgabenstellungen der MA 48 durchgeführt.

Für die allgemeine Personalsuche der Stadt Wien und fachspezifische Postenausschreibungen des Krankenanstaltenverbundes wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet.

Überdies wurde durch eine Reihe von Aktivitäten Wien-Imagewerbung im In- und Ausland betrieben. Besonders hervorzuheben wären die Veranstaltungen „Christmas in Vienna“ und „Wiener Eistraum“ und die Wien-Beiträge in der Sendereihe „Hello Austria - Hello Vienna“.

Das Wiener Filmbüro konnte auch 1997 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. Zahlreiche in- und ausländische Filmproduktionen nutzten den Service des Wiener Filmbüros speziell im Hinblick auf die Koordination der Dreharbeiten im Bereich der Wiener Stadtverwaltung.

Über 278 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmakademie langten im Wiener Filmbüro ein. Dafür wurden Foto- und Drehgenehmigungen für über 390 Motive auf unbürokratischem, serviceorientiertem Weg erteilt.

Zu den nennenswertesten Fernsehproduktionen 1997 zählen:

„Kaisermühlen Blues“, „Kommissar Rex“, „Single-Bells“, „Hinterholz 8“, „Opernball“, „Beasti-Girl“, „Bezirksvideos“, „Ritter der Lüfte“, „Clarissa“ und „Confetti TiVi“.

Erwähnenswerte Kinofilmproduktionen mit der Location Wien waren:

„Blutrausch“, „Comedian Harmonists“, „Der Unfisch“, „The Red Violin“.

Das Rundfahrtenbüro befaßt sich mit der Abwicklung der Rundfahrten und Führungen „Modernes Wien“. Im Jahr 1997 wurden 2.830 dieser mehrstündigen Touren und Fachführungen organisiert. Dabei konnten 91.521 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelte es sich bei den Gästen um SchülerInnen aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. 78 Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten. Im Rahmen der Aktion „Steig ein auf Wien“ wurden 1.407 Einzelkarten für 12 Routen verkauft.

Ende 1996 hat der Presse- und Informationsdienst das Referat Auslandsdienst eingerichtet. In das Aufgabengebiet dieses neuen Referates fallen u.a. die Organisation der Wien-Bälle im Ausland, die im Auftrag der Stadt Wien von einer PR-Agentur eingerichteten Repräsentanzen in mittel/osteuropäischen Städten, die Betreuung der in Wien akkreditierten bzw. Wien besuchenden Auslandsjournalisten, der gesamte Themenkomplex Europa, der Übersetzungsdienst und die Betreuung von BesucherInnen bzw. die Organisation von diversen Fachbesuchergruppen.

Die Koordination der Aktivitäten der Stadt Wien anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 wird zum größten Teil vom Referat Auslandsdienst abgewickelt. Im Zuge der Vorbereitungen gab es eine Vielzahl an Sitzungen mit Bundesstellen, aber auch Dienstreisen zu EU-Gipfeltreffen.

In den Städten Prag, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Zagreb, Belgrad und Sarajevo bestehen Repräsentanzen. Diese Repräsentanzen sollen Wien-PR vor Ort betreiben und gute Kontakte zu den jeweiligen Stadtverwaltungen aufbauen, um allenfalls Projekte umzusetzen. Weiters wurden Besuchsdelegationen der jeweiligen Stadtverwaltungen betreut.

In großen Städten beteiligte sich der PID aus Imagegründen an einer Reihe von Wien-Bällen. Es wurde dadurch ein großes internationales Medienecho für Wien erzielt:

Detroit (25.1.), New York (31.1.), München (31.1.), Brüssel (31.1.), Berlin (1.2.), Den Haag (7.2.), , Berlin (8.2.), Ottawa (22.2.), Mailand (22.2.), Athen (1.3.), Washington (14.3.), Hamburg (15.3.), Peking (14.4.), Shanghai (18.4.), Lissabon (18.4.), Porto (19.4.), Brasilia (21.4.), Bologna (3.5.), London (6.5.), Hongkong (9.5.), Brisbane (24.5.), Budapest (24.5.), Prag (31.5.), Singapore (13.9.), Kuala Lumpur (14.9.), Johannesburg (24.10.), Montreal (Nov.), Straßburg (6.12.), Oslo (31.12.).

Neben diesen Imagemaßnahmen betreut der Auslandsdienst ein Radioprojekt, bei dem eine Kooperation mit Triest und Sarajevo sowie eine eventuelle EU-Förderung angestrebt wird.

Die Gesamtzahl der vom Übersetzungsdienst im Jahre 1997 bearbeiteten Geschäftsstücke (einschließlich Dokumentationen, Gesetzestexte und Broschüren) und Dolmetschbeauftragungen aus dem gesamten Magistratsbereich betrug 3.001, wobei 49 Sprachbereiche vertreten waren. Wie in den vergangenen Jahren sorgte der Übersetzungsdienst auch 1997 für Dolmetschleistungen bei Empfängen, Konferenzen, offiziellen Besuchen, Fachgesprächen, Verhandlungen usw.

Bürgerdienst

Der Bürgerdienst wurde 1997 in 281.641 Fällen von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen, und zwar für Information, Beratung, zur Weiterleitung von Schadensmeldungen und für Anliegen, die von „Kleinigkeiten“ bis zu schwerwiegenden persönlichen Problemen reichen. Von diesen Bürgerkontakten entfielen 253.670, das sind rund 90 Prozent, auf Information und Beratung. Diese Hilfeleistungen konnten zumeist in Telefonaten oder persönlichen Gesprächen umgehend erledigt werden.

28.280mal wurden Anliegen behandelt, die vom Bürgerdienst entgegengenommen, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und bis zur Erledigung weiterverfolgt wurden. Bei diesen Anliegen handelte es sich vor allem um Probleme im Wohnbereich und um Probleme im Straßenbereich. 5.425 Fälle betrafen Verunreinigungen im Straßen- und Wohnbereich, 5.356 Fälle diverse Gebrechen, 2.861 Fälle Verkehrsprobleme, 1.940 Fälle verschiedene rechtliche Probleme. 1.641mal wurden Straßenschäden gemeldet, 1.174 Meldungen betrafen in den Straßen abgestellte Fahrzeuge ohne Kennzeichen. Probleme betreffend Grünanlagen und Parks wurden 1.475mal behandelt, Lärmprobleme 741mal. Um Probleme mit Baustellen ging es in 576 Fällen, um Gerüche/Luftschadstoffe in 339 Fällen.

Die Stadtinformation verzeichnete 1997 132.534 Kundenkontakte:

83.258 Anfragen wurden telefonisch, 3.391 schriftlich gestellt, 45.022 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert. 10.170 Anrufe sind im Rahmen des „Telefon-Service“ an Wochenenden und Feiertagen eingelangt. In 442 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses wurde 14.790 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses nähergebracht.

Sonderaktionen und Ausstellungen:

- Im Jänner konnte die Bevölkerung in den Rechnungsabschluß Einsicht nehmen. Wie alljährlich wurden kostenlose Zählkarten für eine große Faschingsveranstaltung ausgegeben.
- Vom 12.5. - 5.6. fand die Ausstellung der MA 49 - Forstamt der Stadt Wien („Der Wald der Wiener“) statt.

- Im Juli und August konnten im Rahmen des Wiener Ferienspiels Kinder und Jugendliche im Internet surfen.
- Ein Probealarm aller Warn- und Alarmsysteme wurde am 26. Oktober durchgeführt. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden mit zusätzlich eingerichteten Telefonleitungen technische Probleme des Alarmsystems aufgezeigt.
- Im November wurde der Entwurf zum Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme in der Stadtinformation aufgelegt.
- Vom 10.12. - 19.12. fand die Weihnachtsausstellung des Österreichischen Hilfswerkes für Taubblinde und hochgradig Hör- und Sehbehinderte mit einem einwöchigen Abschlußbasar statt.

Unter dem Motto „Wir sind immer dort, wo uns die Bürgerinnen und Bürger brauchen“ fungierten die drei Mobilbüros des Bürgerdienstes in Wohngemeinden, an frequentierten Plätzen und bei Verkehrsknotenpunkten als mobile Anlaufstellen für Wünsche, Anliegen, Beschwerden und Informationen.

Zusätzlich zur eigentlichen Bürgerdiensttätigkeit wurden noch folgende Aktionen durchgeführt:

- Gemeinsame Beratungsaktion mit Frau Vizebürgermeisterin Laska
- Unter dem Motto „Rathausmänner unterwegs“ wurden in Zusammenarbeit mit dem mobilen Bürgerdienst der Magistratsdirektion - Hilfsmaßnahmen Bezirke auf Mißstände untersucht. Der mobile Bürgerdienst war in den Bezirken unterwegs und fahndete nach Unzukömmlichkeiten im Straßenbereich. Die Mobilbüros waren stationär im Einsatz und dienten als Anlaufstelle für Probleme im unmittelbaren Wohnbereich der Bürger. Schäden, die einer sofortigen Behebung bedurften, wurden per Funk an den mobilen Bürgerdienst zur sofortigen Überprüfung übermittelt.
- Aktion „Sicherer Schulweg“
- Es erfolgte eine Entschärfung von Problemzonen auf dem Schulweg, wie z.B. verstellte Kreuzungsbereiche, unklare Verkehrssituationen, Baustellen ohne Ersatzgehsteig. Bei dieser Aktion konnten sich Eltern gemeinsam mit dem Bürgerdienst Gefahrenzonen an Ort und Stelle anschauen.
- Informationsveranstaltungen im Zusammenarbeit mit dem Wiener Zivilschutzverband, insbesondere bei Schulen zur direkten Information von Schülern und Lehrern.
- Teilnahme an Großveranstaltungen wie Donauinselfest, Feuerwehrfest, Veranstaltungen im Rahmen der Bezirksfestwochen usw.
- Mithilfe bei der Evakuierung von Anrainern nach Bombenfund im 21. Bezirk
- Gemeinsame Kontrolle der Donauinsel und der Lobau mit dem Büro für Sofortmaßnahmen
- Hilfeleistung bei Wohnhausbränden im 21. und 22. Bezirk
- Terrorbekämpfungsübung bei Wasserbehälter in der Wittgensteinstraße, 23. Bezirk
- Katastrophenübung in Wien 22, Lobau
- Amtshilfeverfahren für den Drogenkoordinator
- Kanalaufschließung im Kahlenbergerdorf

Die Zentrale des Bürgerdienstes, die Außenstellen und die Mobilbüros wurden in 140.866 Fällen in Anspruch genommen. 2.833 Fälle entfielen auf die Bürgerdienstzentrale, 5.245 Fälle auf die Mobilbüros, 5.330 Fälle auf den Bürgerdienst für den 1. und 8. Bezirk, 8.385 Fälle auf den Bürgerdienst für den 2. und 20. Bezirk, 6.095 Fälle auf den Bürgerdienst für den 3. Bezirk, 7.580 Fälle auf den Bürgerdienst für den 4. und 5. Bezirk, 5.580 Fälle auf den Bürgerdienst für den 6. und 7. Bezirk, 6.939 Fälle auf den Bürgerdienst für den 9. Bezirk, 7.542 Fälle auf den Bürgerdienst für den 10. Bezirk, 5.017 Fälle auf den Bürgerdienst für den 11. Bezirk, 1.371 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Leberberg, 6.719 Fälle auf den Bürgerdienst für den 12. Bezirk, 8.585 Fälle auf den Bürgerdienst für den 13. und 14. Bezirk, 7.359 Fälle auf den Bürgerdienst für den 15. Bezirk, 6.126 Fälle auf den Bürgerdienst für den 16. Bezirk, 6.471 Fälle auf den Bürgerdienst für den 17. Bezirk, 6.020 Fälle auf den Bürgerdienst für den 18. Bezirk, 9.295 Fälle auf den Bürgerdienst für den 19. Bezirk, 9.827 Fälle auf den Bürgerdienst für den 21. Bezirk, 1.270 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Brünner Straße, 9.661 Fälle auf den Bürgerdienst für den 22. Bezirk, 1.888 Fälle auf den Bürgerdienst Stadtentwicklungsgebiet Langobardenstraße, 5.728 Fälle auf den Bürgerdienst für den 23. Bezirk.

Im Bürger-Service-Zentrum Donaustadt wurden 1997 3.380 Anträge eingebracht, davon 1.957 auf Ausstellung eines Staatsbürgerschaftsnachweises und 1.060 auf Austritt aus einer Religionsgemeinschaft. Im Zusammenhang mit der Antragsentgegennahme wurden 4.861 Informations- und Beratungsgespräche geführt.

Städtische Schulverwaltung

Im Schuljahr 1996/97 wurden 369 öffentliche allgemeinbildende Pflichtschulen mit 4.032 Klassen und 80.128 SchülerInnen geführt, und zwar 224 Volksschulen (2.360 Klassen und 50.057 SchülerInnen), 96 Hauptschulen (1.059 Klassen und 24.425 SchülerInnen), 42 Sonderschulen (515 Klassen und 3.533 SchülerInnen) und 7 Polytechnische Lehrgänge (nunmehr: Polytechnische Schulen) (98 Klassen und 2.113 SchülerInnen). In den Volksschulen betrug die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse 21,21, in den Hauptschulen 23,06, in den Sonderschulen 6,86 und in den Polytechnischen Lehrgängen (nunmehr: Polytechnische Schulen) 21,56.

Am 31. Dezember 1997 befanden sich 332 Gebäude in Verwaltung der Abteilung, und zwar 310 Gebäude, die

Zwecken der allgemeinbildenden Pflichtschulen dienen, 12 Gebäude, die verschiedenen Zwecken dienen (z.B. Bundes-schulen) sowie 4 Gebäude, die dem Bund für Schulzwecke überlassen wurden (Widmungsgebäude). In 24 teils städtischen, teils privaten Gebäuden wurden Räume für Zwecke der allgemeinbildenden Pflichtschulen gemietet.

Im Jahr 1997 wurden für Bauarbeiten rund 850 Millionen Schilling aufgewendet.

Fertiggestellt wurden: ein 6klassiger Zubau zur Volksschule 2, Aspernallee 5; eine 12klassige Polytechnische Schule in 3, Maiselgasse 1/Baumgasse mit 2 Turnsälen; ein Turnsaalzubau zur Hauptschule 7, Neubaugasse 42; ein 8klassiger Zubau zur Volks- und Hauptschule 7, Neustiftgasse 100 mit einem Normturnsaal; eine 12klassige Hauptschule mit Dreifachturnhalle in 11, Svetelskystraße 4 - 6; eine 13klassige Volksschule mit Turnsaal in 21, Rittingergasse 29a; eine 10klassige Volksschule mit Turnsaal in 22, Schukowitzgasse 89/Breitenleer Straße und ein 4klassiger Zubau zur Volksschule 22, Konstanziagasse 24.

In Bau befinden sich: ein 8klassiger Zubau und 1 Turnsaal zum Schulgebäude 2, Kleine Sperl-Gasse 2a; eine 12klassige Hauptschule, ein Turnsaal und ein Gymnastikraum in 21, Peitlgasse/Rudolf-Schön-Weg; ein Turnsaalzubau zur Hauptschule 21, Reigasse 1 sowie eine 9klassige Volksschule und ein Turnsaal in 22, Wagramer Straße 45.

Bei folgenden Schulneu- und -zubauten wurde 1997 mit den Bauarbeiten begonnen:

In der Hauptschule 9, Glasergasse 8 erfolgt ein Dachbodenausbau zur Schaffung von Räumlichkeiten für die ganztägige Betreuung. Die Hauptschule 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, erhält 2 neue Klassentrakte, welche als Ersatz für die abgebrochenen Trakte dienen. Das ehemalige AHS-Schulgebäude 11, Braunhubergasse, wird adaptiert, um 7 Expositurklassen für die Volksschule Braunhubergasse 3 und die Hauptschule Enkplatz 4 unterbringen zu können. Die Volksschule 11, Wilhelm-Kreß-Platz 32, wird um 5 Klassen und einen Gymnastikraum erweitert. Das Gebäude 20, Vorgartenstraße 50, wird für die Unterbringung einer 9klassigen Volksschule adaptiert. In 20, Stromstraße/Engerthstraße, werden eine 12klassige Polytechnische Schule, eine 9klassige Volksschule und 2 Turnsäle errichtet. Die Volksschule 20, Dietmayrgasse 3, wird aufgestockt, so daß am Standort eine 13klassige Volksschule geführt werden kann; außerdem wird ein Gymnastikraum errichtet. Eine 9klassige Volksschule sowie ein Turnsaal werden in 22, Donauey gebaut. In 22, Am Kaisermühlendamm, entstehen eine 9klassige Volksschule, eine 12klassige Hauptschule, 2 Turnsäle und ein Gymnastikraum. Die Hauptschule 23, Steingasse 25, erhält einen 12klassigen Zubau.

Für weitere 20 Schulneu- und -zubauten wurden Planungs- bzw. Bauvorbereitungsarbeiten geleistet.

In 6 Schulgebäuden wurden die veralteten Heizungen umgebaut bzw. diese Schulen an die Fernwärme angeschlossen.

Die Instandsetzung der Schulgebäude erfolgte auch 1997 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. In Summe wurden von den Bezirken für Instandsetzungsarbeiten und laufende Erhaltungsarbeiten rund 320 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. So wurden in 184 Schulen Modernisierungsarbeiten durchgeführt, in 20 die Dächer instand gesetzt, in 12 die Fassaden, in 40 die Fenster, in 7 die Fußböden, in 4 die Spielplätze, in 18 die Turnsäle und in 20 die WC-Anlagen.

Die Ausstattung der Schulen mit Einrichtungsgegenständen, Büchern, Lehrmittel usw. erforderte erhebliche Mittel.

Für bestehende Schulgebäude wurden 230 Buchwandtafeln, 270 Kästen, 4.600 Schülertische, 9.200 Schülersessel, 180 Schiebetürschränke, 700 Regale, 200 Lehrerzimmertische und 400 Lehrerzimmersessel angeschafft. Die Möbel waren unter anderem bestimmt für 307 Klassenzimmer, 3 Werkstätten, 2 Schulküchen, 3 Physik-Chemie-Säle. Dafür wurde ein Betrag von 59.200.000 S ausgegeben.

Weiters wäre die Ausstattung von 24 Schulstandorten mit versperrbaren Garderobespinden für die Schüler und die Beistellung von versperrbaren Einbaukästchen für 615 Klassen hervorzuheben.

Besonders wäre die Einrichtung der Schulneu- und -zubauten in 2, Aspernallee 5, 3, Maiselstraße 1, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 21, Rittingergasse 29a, und 22, Schukowitzgasse 81, mit Schulmobiliar, Lehrmittel und Geräten in der Gesamthöhe von 63.171.000 S hervorzuheben.

Für Möbelinstandsetzung und -ergänzung sowie für Lehrmittel- und Gerätereparaturen wurden 24.823.000 S ausgegeben. Der Aufwand an Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 41.976.000 S. Im einzelnen wurden für Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 3.446.500 verschiedene Hefte, 7.000.000 Blatt Zeichenpapier, 380.000 Bleistifte und 120.000 Farbstifte 18.499.000 S, für Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 53.250 Meter Stoffe, 179.650 Strähne Strick- und Häkelgarn, sowie für Material für technisches Werken 10.837.000 S bezahlt. Der Aufwand für die Schulpauschalien betrug 12.640.000 S.

Die Stadt Wien stellte den Schülern der 4. Haupt- und Sonderhauptschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen die Broschüre „Die jungen WienerInnen“ mit 17.100 Exemplaren im Wert von 135.000 S zur Verfügung. Für Klassenlesestoff, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbücherei wurden 1.986.000 S aufgewendet. Im Jahre 1997 wurden für die allgemeinbildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.) Werkzeuge, audiovisuelle Geräte und Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von 14.702.000 S angeschafft. Besonders hervorzuheben wäre die Ausstattung der Verwaltungen mit zeitgemäßen EDV-Geräten, die Beistellung von im Unterricht eingesetzten Computernetzen mit einem Betrag von 15.700.000 S, die Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit audio-visuellen Geräten mit einem Betrag von 3.928.000 S und die Einhausung von 5 Stopfpräparaten pro Schule mit einem Betrag von

2,341.000 S. Den ganztägig geführten Schulen wurde für die Führung der Hobbygruppen Bargeld in der Höhe von 1,150.000 S zur Verfügung gestellt.

An 154 Volks- und Sonderschulen wurde eine Frühaufsicht eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne daß sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 bis 7.45 Uhr von LehrerInnen beaufsichtigt. An 70 Haupt- und Sonderschulen sowie an sieben Polytechnischen Schulen wurde eine Mittagsaufsicht eingerichtet, in deren Rahmen die SchülerInnen an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von LehrerInnen einnehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht überbrücken können.

Die ganztägige Betreuung an Pflichtschulen kann entweder als „Ganztagsschule“ (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder als „Offene Schule“ (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge) durchgeführt werden.

Die Höhe des Betreuungsbeitrages für das Schuljahr 1996/97 wurde vom Gemeinderat der Stadt Wien mit täglich 55 S festgesetzt, der allerdings - auf Grund einer sozialen Staffelung - erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 24.880 S in dieser Höhe zu entrichten ist.

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. In der Ganztagsschule werden bildungswirksame Phasen des weitgehend individualisierten Übens und Wiederholens so weit in die Unterrichtsarbeit einbezogen, daß sich schriftliche Hausübungen im herkömmlichen Sinne erübrigen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem Schüler die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Fertigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von LehrerInnen. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den SchülerInnen die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen und Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder, körperlicher Betätigung geboten. Der Schüler erhält dabei die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

In der Regel beginnt die Schulzeit um 8.00 Uhr und endet um 16.00 Uhr, an manchen Standorten um 17.30 Uhr.

An folgenden Standorten sind ganztägig geführte Schulen eingerichtet:

Volksschulen

2, Aspernallee 5, 3, Kleistgasse 12, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 4, Phorugasse 4, 5, Stolberggasse 53, 7, Zieglergasse 21, 8, Zeltgasse 7, 10, Carl-Prohaska-Platz 1, 10, Jagdgasse 23, 11, Fuchsröhrenstraße 23, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Am Schöpfwerk 27, 12, Rohrwassergasse 2, 14, Diesterweggasse 30, 14, Hadersdorf Hauptstraße 70, Hochsatzengasse 22 - 24, 14, Märzstraße 180, 15, Ortnergasse 4, 15, Reichsapfelgasse 30, 16, Grundsteingasse 56, 18, Köhlergasse 9, 20, Robert-Blum-Gasse 2, 20, Spielmanngasse 1, 21, Christian-Bucher-Gasse 14, 21, Dopschstraße 25, 21, Hanreitergasse 2, 21, Irenäusgasse 2, 21, Schumpeterweg 3, 21, Zehdengasse 9, 22, Hammerfestweg 1, 22, Pastinakweg 10, 22, Viktor-Wittner-Gasse 50, 23, Anton-Baumgartner-Straße 44/I.

Hauptschulen

2, Max-Winter-Platz 2, 2, Wittelsbachstraße 6, 3, Kölblgasse 23, 7, Neustiftgasse 100, 9 Glasergasse 8, 10, Absberggasse 50, 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, 11, Enkplatz 4/I, 11, Enkplatz 4/II, 11, Hasenleitengasse 7, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Hermann-Broch-Gasse 2, 13, Veitingergasse 9, 14, Hadersdorf Hauptstraße 80, 14, Kinkplatz 21/I, 15, Selzergasse 25, 16, Koppstraße 110/I, 16, Koppstraße 110/II, 16, Roterdstraße 1, 19, In der Krim 6, 21, Aderklaaer Straße 2, 21, Deublergasse 21, 21, Hanreitergasse 2, 21, Roda-Roda-Gasse 3, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 22 Eibengasse 58, 22, Simonsgasse 23.

Sonderschulen

2, Schwarzringergasse 4, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 3, Paulusgasse 9 - 11, 14, Kienmayergasse 41, 15, Zinckgasse 12 - 14, 17, Hernalser Hauptstraße 220 (ASO), 17, Hernalser Hauptstraße 220 (Sonderschule für körperbehinderte Kinder), 18, Währinger Straße 173 - 181 (VS), 18, Währinger Straße 173 - 181 (HS), 21, Herchenhahngasse 6, 22, Hammerfestweg 1, 22, Steinbrechergasse 6, 23, Kanitzgasse 8.

An jenen Schulstandorten, an denen die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zuläßt, sind durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung“ Lern- und Freizeitklubs eingerichtet. Diese werden in vier Varianten angeboten: Betreuung von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 400 S pro Monat), Betreuung von 13.00 bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 500 S pro Monat).

Betreuung ab Unterrichtsschluß bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 600 S pro Monat) und Betreuung ab Unterrichtsschluß bis 17.00 Uhr mit Mittagessen (Elternbeitrag 600 S pro Monat plus Essensbeitrag). Die angeführten Elternbeiträge unterliegen einer sozialen Staffelung und sind erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 24.880 S in dieser Höhe zu entrichten. Lern- und Freizeitklubs sind an 38 Standorten eingerichtet.

Den Integrationsmaßnahmen zur Betreuung ausländischer Kinder liegt die Überlegung zugrunde, daß über den Weg der speziellen, zumeist additiven Förderung Deutschkenntnisse vermittelt werden, die eine effektive Teilnahme am Unterrichtsgeschehen gewährleisten sollen.

Die Betreuung der ausländischen Kinder im Sinne integrativer Maßnahmen an den Wiener Pflichtschulen erfolgt in vier Abstufungen. Jene SchülerInnen, die schon über fundierte Deutschkenntnisse verfügen, erfahren im Rahmen der sprachlichen Förderkurse für SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache eine entsprechende Betreuung, in der die Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit gefördert wird. SchülerInnen, die mit großen Sprachschwierigkeiten zu kämpfen haben oder überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen, werden durch eigens ausgebildete BegleitlehrerInnen betreut. Die BegleitlehrerInnen werden neben dem Klassenlehrer eingesetzt und betreuen die genannten SchülerInnen in eigenen Gruppen.

Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung wird an Volks- und Sonderschulen durchgeführt, an denen sehr viele ausländische Kinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache die Schuleingangsphase (Grundstufe I erste und zweite Volksschulklasse) besuchen. Es handelt sich hierbei um eine Intensivförderung, in der durch den Einsatz zweier LehrerInnen (KlassenlehrerIn und BegleitlehrerIn) im Rahmen des Klassenunterrichtes der Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache erleichtert wird.

Die Betreuung von SeiteneinsteigerInnen in der dritten und vierten Volksschulklasse sowie an Hauptschulen hat zum Ziel, SchülerInnen, die sich erst kurz in Österreich aufhalten und demzufolge der Unterrichtssprache nicht oder kaum mächtig sind, auf dem Weg intensiven, sprachlichen Lernens zu möglichst raschem Spracherwerb zu verhelfen. Hierzu werden die Kinder in eigenen Kursen zusammengefaßt.

Auf Grund bundesgrundsatzgesetzlicher Vorgaben wurde mit der 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz, LGBL. für Wien Nr. 33/1997, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der fünften bis achten Schulstufe aufsteigend im Regelschulwesen eingeführt. Damit wurde die Weiterführung des integrativen Unterrichts im Regelschulwesen über die vierte Schulstufe hinaus ermöglicht. Grundanliegen der Bildung von Integrationsklassen an Volks- und Hauptschulen war es, die Ausgliederung physisch bzw. psychisch behinderter Kinder aus Wiener Volks- und Hauptschulen zu vermeiden. Dabei wird auf die sonderpädagogische Förderung der behinderten Kinder durch dafür ausgebildete SonderschullehrerInnen nicht verzichtet. Für jedes behinderte Kind ist daher eine individuelle Planung vorgesehen, der zu entnehmen ist, nach welchem Lehrplan bzw. welchen Lehrplänen es unterrichtet wird. Im Schuljahr 1996/97 wurden an Volksschulen 193, an Hauptschulen 117, an Sonderschulen 17 und an Polytechnischen Schulen 5 Integrationsklassen geführt.

Die „Integrative Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen“ hat sich zur Aufgabe gestellt, spezifische Wege zu finden, um Verhaltensauffälligkeiten abzubauen. Dabei kommt einer spezifischen Beratung in Verbindung mit verschiedenen Fördereinrichtungen sowie sozialpädagogisch-therapeutisch orientierten Angeboten wesentliche Bedeutung zu. Der Beratungslehrer nimmt innerhalb eines Bezirkes eine wesentliche Mittlerfunktion zwischen Bezirksjugendamt, SchulpsychologInnen, SchulärztInnen, Erziehungsberatungsstellen, Kliniken, Elternhaus und Schule ein.

Bei diesen Gesprächen wird ein Betreuungsplan erstellt, der sich nach den jeweiligen Erfordernissen und Möglichkeiten richtet. Im Hinblick darauf, daß eine erziehungswirksame Veränderung der Umweltgegebenheiten des Schülers erzielt werden soll, muß das Programm alle beteiligten Personen und Institutionen erfassen. Die Betreuung der Kinder ist individuell vorgesehen, wobei jedoch mindestens einmal pro Woche eine Kontaktaufnahme stattfindet. Zusätzlich sind noch Förderklassen eingerichtet, die - bedingt durch die niedrigen Schülerzahlen (Durchschnitt 6 SchülerInnen pro Klasse) - ein intensives Eingehen auf die psychische Situation der Schülerpersönlichkeit mit der Zielsetzung einer baldigen Rückführung in die Stammklasse erlauben.

Das Projekt „Psychagogische Betreuung an Pflichtschulen“ dient der Behandlung schulschwieriger Kinder, das sind SchülerInnen mit Lernstörungen, Leistungsstörungen und Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendneuropsychiatrie entwickelt und wird in einer großen Zahl von Bezirken durchgeführt. LehrerInnen mit mindestens vierjähriger Unterrichtspraxis erhalten an der Universitätsklinik eine zweijährige Ausbildung zum psychagogischen Betreuer. Die Ausbildung garantiert ein tiefen- und entwicklungspsychologisches Verständnis und vermittelt nicht nur tiefenpsychologische Kenntnisse, das Wissen um diagnostische Zuordnung und therapeutische Konsequenzen, Techniken zur Einzelfallhilfe, sondern auch die Beherrschung der Kriseninterventionstechniken und der assistierten Problemkonfrontation bei Kindern, Eltern und LehrerInnen. Nicht zuletzt werden die Kenntnisse über Arbeitstechniken der Verhaltensmodifikation, funktionell-therapeutische Übungen, Gruppentherapie sowie herkömmliche Beratungstechniken und fallbegleitende Führung vermittelt.

Der psychagogische Betreuer, der einer Pflichtschule zugeteilt wird, beschäftigt sich ausschließlich mit der Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen einer Schule oder eines Schulblockes, führt regelmäßig Beratungsgespräche mit Eltern, LehrerInnen sowie anderen mit den Kindern befaßten Personen und arbeitet mit den betroffenen Institutionen, wie etwa dem Amt für Jugend und Familie, zusammen. Ziel dieser Arbeit ist es, Schwierigkeiten und deren Ursachen bei den Kindern möglichst rasch zu erkennen, geeignete Maßnahmen für ihren Abbau einzuleiten bzw. durch die Betreuung die Probleme schulschwieriger Kinder abzubauen. Die Betreuung erfolgt während der Unter-

richtszeit, und zwar ein bis zwei Stunden einzeln und/oder in einer Kleingruppe. Sie umfaßt insbesondere Aspekte der Gesprächs-, Spiel-, Bewegungs- und Musiktherapie. Außerdem hilft der psychagogische Betreuer bei Entscheidungen, die die Situation des Kindes erleichtern oder verändern. Bei der Betreuung handelt es sich nicht um eine Beratungsfunktion, sondern um eine Einzelfallhilfe, die darauf abgestimmt ist, nicht in medizinische und/oder soziale Bereiche einzudringen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag der Schule erfüllen zu helfen.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1996/97 verschiedene Schulversuche durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Zahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Vorhaben können an dieser Stelle nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Der Schulversuch „Neue Grundschule“ soll durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Schwierigkeiten vieler Kinder beim Schulstart mildern, indem den SchülerInnen für das Durchlaufen der Grundstufe I zwei bis drei Jahre Zeit gegeben wird. Im Schulversuch kommt es zur Auflösung der üblichen Jahrgangsklassen. An deren Stelle werden heterogene Lerngruppen gebildet, wobei je zwei Lerngruppen von einem Lehrteam (zwei Klassenführende, ein(e) VorschulklassenlehrerIn) betreut werden. Im Zuge des Durchlaufens der Grundstufe I wird auf jegliche Selektionsmaßnahmen (Rückstellung, Repetieren) verzichtet. Der Schulversuch sieht vor, daß aus den AbsolventInnen der Grundstufe I altershomogene Jahrgangsklassen gebildet werden. Der Schulversuch lief im Schuljahr 1996/97 an 17 Volksschulstandorten. Außerdem wurden ähnliche Schulversuche im Schuleingangsbereich an weiteren 50 Volksschulstandorten durchgeführt. Ziel des Schulversuches „Mittelschule“ ist die Erprobung eines neuen Schulmodells für den Bereich der 5. bis 8. Schulstufe, wobei insbesondere eine Verbesserung der Chancengleichheit der SchülerInnen angestrebt wird sowie das schulische Lernen lebenspraktischer, problemorientierter und verstärkt als selbständiges Handeln verstanden werden soll. Im Schulversuch „Mittelschule“ kommt es zum wechselseitigen Einsatz von Hauptschul- und AHS-LehrerInnen. Der Unterricht erfolgt systematisch fächerübergreifend und themenorientiert, wobei rund 70 Prozent der Unterrichtsstunden von zwei LehrerInnen (Team-teaching) gehalten werden. Das Bildungsangebot ist für Knaben und Mädchen ident. Es findet grundsätzlich keine geschlechterspezifische Trennung in den Unterrichtsstunden statt. Lediglich in Leibesübungen kann eine geschlechterspezifische Teilung erfolgen. Dieser Schulversuch wird an folgenden Hauptschulen durchgeführt: 3, Hörnesgasse 12, 11, Florian-Hedorfer-Straße 26, 13, Veitingergasse 9, 14, Kinkplatz 21/I, 16, Roterdstrasse 1, 21, Adolf-Loos-Gasse 2, 21, Aderklaaer Straße 2, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 23, Anton-Baumgartner-Straße 119, 23, Bendagasse 1 - 2, 23, Dirmhirngasse 29, und 23, Steingasse 25.

Ein weiterer Schwerpunkt des Wiener Schulwesens ist die Förderung der Fremdsprachen. An 97 Volksschulen wird Englisch ab der ersten Klasse angeboten. Außerdem wird das Konzept der „Vienna Bilingual Schooling“ an vier Volksschulen und einer Hauptschule umgesetzt. Dabei wird das Ziel verfolgt, sowohl die deutsche als auch die englische Sprache als Arbeitssprache im Unterricht zu verankern, wobei je zur Hälfte SchülerInnen mit deutscher und englischer Muttersprache eine Klasse bilden. In diesem Modell kommen verstärkt Lehrerinnen und Lehrer mit englischer Muttersprache zum Einsatz. Ziel des Versuches „Fachintegratives Lernen am Polytechnischen Lehrgang“ (nunmehr: Polytechnische Schule) ist die Ausarbeitung und Erprobung eines Modells für SchülerInnen der 9. Schulstufe im Hinblick auf eine bessere Orientierung innerhalb verschiedener Berufsfelder. Den SchülerInnen wird durch themenzentriertes, fächerübergreifendes Aufarbeiten der verschiedenen Inhalte die Möglichkeit für einen zusammenhängenden Wissenserwerb geschaffen. Lernen soll somit nicht nur als schulischer Prozeß verstanden werden, sondern laufendes Erleben im Praxisbezug soll zu kompetenter Denk- und Handlungsfähigkeit führen. Eine Überleitung aus dem Bereich der Mittelstufe zu einer berufsbezogenen Weiterbildung soll erreicht werden, ohne die Anliegen der Allgemeinbildung zu vernachlässigen.

Beim Schulversuch „Integrativer Hausunterricht im Rahmen der Heilstättenschule“ sollen schulpflichtige Wiener Kinder mit Tumoren und an Leukämie erkrankte Kinder - sie werden im Rahmen des Therapieverfahrens nur teilweise bei einem stationären Aufenthalt behandelt, teilweise erfolgt die Betreuung zu Hause - während des häuslichen Aufenthaltes im Rahmen der Gesamttherapie einen der Unterrichterteilung an der Krankenanstalt vergleichbaren Unterricht erhalten. Der Unterricht dieser Kinder erfolgt entweder in Form eines Einzelunterrichtes oder durch Zusammenfassen von zwei oder drei SchülerInnen gleichen Krankheitsbildes in Form eines Hausunterrichtes. Die Zusammenfassung von zwei oder drei Patienten zu kleinen Lerngruppen setzt das Einverständnis der Eltern voraus. Der Hausunterricht schließt nahtlos an den Krankenhausunterricht an und ist Bestandteil der Betreuung im Rahmen der Heilstättenschule. Der Unterricht wird von speziell vorbereiteten LehrerInnen der Heilstättenschule erteilt.

Insgesamt erwachsen der Stadt Wien im Jahre 1997 für die Erhaltung der allgemeinbildenden Pflichtschulen Kosten von 7.862.977.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand enthalten, der vom Bund zur Gänze der Stadt Wien refundiert wird. Im Schuljahr 1996/97 wurden in 31 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen 741 Klassen mit 17.992 SchülerInnen geführt. Die Gesamtschülerzahl der Berufsschulen hängt nicht nur mit der Stärke der entsprechenden Geburtsjahrgänge, sondern auch mit der Arbeitsmarktlage zusammen. Die für den Bereich der Berufsschulen typischen, zumeist nicht vorhersehbaren Umschichtungen innerhalb der einzelnen Berufssparten, das Aussterben und die Entstehung neuer Berufe stellen die Stadtverwaltung bei der Schulraumvorsorge, insbesondere bei den Unterrichtsräumen für den praktischen Unterricht, vor große Schwierigkeiten. Die speziellen



Am 200. Geburtstag von Franz Schubert, den 31. 1. 1997, legte Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe im Namen der Bundeshauptstadt Wien einen Kranz vor Schuberts Ehrenggrab auf dem Zentralfriedhof nieder.

Foto: Votava / PID



Pressefoto nach der konstituierenden Sitzung der Arnold Schönberg Privatstiftung mit Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe, Nuria Schoenberg-Nono, Lawrence Schoenberg, Ronald Schoenberg und dem Generalsekretär der Schönbergstiftung Christian Meyer vom Balkon des Palais Fanto, wo das Schönbergzentrum seinen Sitz hat.

Foto: Votava / PID

Stadtrat Dr. Marboe überreicht dem Schriftsteller H.C. Artmann den Johann-Nestroy-Ring der Stadt Wien.

Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle



Raum- und Ausstattungserfordernisse der einzelnen Berufssparten stehen der erforderlichen Mobilität in der Raumverwendung manchmal entgegen oder bedingen zumindest größere Kosten bei den notwendigen Umwidmungen.

Im Jahr 1997 wurden an 5 Berufsschulgebäuden Bauarbeiten größeren Umfanges durchgeführt.

Im 1. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, das aus dem Jahre 1908 stammt, wurde in den Jahren 1988 bis 1994 ein umfangreiches Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramm vom Hochparterre bis zum Mansardengeschoß, ausgenommen den Gymnastikraumbereich im 4. Stock, zur schrittweisen Anpassung an die heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes durchgeführt und mit Kosten in der Höhe von rund 256 Millionen Schilling abgeschlossen.

Im Jahre 1995 wurde mit der 2. Etappe der Generalmodernisierung begonnen. Bis Ende 1996 wurden für die Berufsschule Sanitär- und Heizungstechnik die Räumlichkeiten des ehemaligen Gymnastikraumbereiches im 4. Stock für Schulzwecke (Laborräume) umgebaut und die Halle 2 als Werkstättenhalle adaptiert sowie rund zwei Drittel der Gänge im Tiefgeschoß instand gesetzt. Im Jahre 1997 wurden die Planungsarbeiten für die Errichtung einer Turnhalle und die vorbereitenden baulichen Maßnahmen dafür, wie Abbruch der Halle 3, Herstellung eines begehbaren Kollektorganges, Errichtung der Turnsaalnebenräume im Tiefgeschoß, mit einem Betrag von 20 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 119,6 Millionen Schilling.

Weiters wurde mit der Erneuerung der restlichen Dächer und der Gassenfassadenflächen an den Fronten Linke Wienzeile - Hornbostelgasse - Mollardgasse mit einem Betrag von 2,5 Millionen Schilling begonnen. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 30 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der gesamten Instandsetzung und Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes werden somit voraussichtlich insgesamt 405,6 Millionen Schilling betragen.

Im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7 - 17, wurden die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1997 mit einem Betrag in der Höhe von 34 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 423 Millionen Schilling betragen.

Im 3. Zentralberufsschulgebäude in 12, Längenfeldgasse 13 -15, konnte in den Jahren 1992 bis 1997 der Neubau der Berufsschule für Bäcker und Konditoren, die Aufstockung des bestehenden Klassentraktes einschließlich der Generalmodernisierung des Gebäudes und des Festsaaltraktes sowie der Neubau der Volkshochschule und des Bezirksmuseums zur Gänze abgeschlossen werden. Weiters wurde mit der Modernisierung des Küchentraktes der Berufsschule für Gastgewerbe (Stiege 6) begonnen. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf voraussichtlich insgesamt rund 540 Millionen Schilling. Zur Abdeckung des zusätzlich erforderlichen Pflichtschulbedarfes im 15. Bezirk wird die derzeitige Berufsschule für Einzelhandel IV, 15, Goldschlagstraße 113, in das zu adaptierende Schulgebäude in 10, Kempelengasse 20, übersiedeln. Mit den Bauarbeiten wurde im Herbst 1997 mit einem Betrag von 3 Millionen Schilling begonnen. Die Baukosten dafür werden voraussichtlich 60 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 14, Goldschlagstraße 137, wurden die im Jahre 1995 begonnenen Bauarbeiten zur etappenweisen Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1997 mit einem Betrag in der Höhe von rund 12 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 70 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 22, Wagramer Straße 65, wurden die im Jahr 1993 begonnenen Bauarbeiten zur etappenweisen Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1997 mit einem Betrag in der Höhe von rund 2,7 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 23 Millionen Schilling betragen.

Im Schuljahr 1996/97 wurde die Ausstattung der Berufsschulen fortgesetzt. Besonders wäre die Einrichtung von Klassen und Verwaltungsräumen für die Berufsschule für Friseure II mit einem Aufwand von 1,118.000 S hervorzuheben.

Neben der fortlaufenden Modernisierung von Einrichtungsgegenständen in Direktionen, Lehrerzimmern, Klassen sowie Labors und Werkstätten wurde auch die Ausstattung der Berufsschulen mit Maschinen und Geräten modernisiert. So wurden folgende Anschaffungen getätigt:

Für die Berufsschulen für Bürokaufleute 17 Computer, 2 Drucker, 1 Notebook, 1 Datadisplay, diverse Hard- und Software S 413.000; Büro- und Industriekaufleute 1 Computer, 2 Drucker, 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung einschließlich Verkabelung, 1 Scanner, S 234.000; Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute 2 Drucker, 2 komplette EDV-Saal-Ausstattungen einschließlich Verkabelung S 1,018.000; Chemie, Grafik und gestaltende Berufe 6 Computer, 1 Server, 4 Drucker, diverse Hard- und Software S 232.000; Einzelhandel I 2 Computer, 1 Drucker S 59.000; Einzelhandel II 9 Computer, 1 Drucker S 202.000; Einzelhandel III 1 EDV-Saal-Aufrüstung mit Verkabelung S 95.000; Einzelhandel IV 2 Drucker, 1 Datadisplay S 49.000; Elektromechanik 1 Computer, 5 Drucker, 2 Scanner, 1 Server, diverse Hard- und Software, diverses Laborzubehör S 324.000; Elektrotechnik I 1 Scanner, diverse Hard- und Software S 25.000; Elektrotechnik II 1 Computer, 4 Notebooks, 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung, diverse Meßgeräte, Erdungsmesser, Prüfgeräte, Leistungsanalysatoren S 863.000; Friseure I 3 Computer, 6 Drucker, diverse Hard- und Software S 98.000; Friseure II 5 Computer, 8 Drucker S 157.000; Friseure III 1 Datadisplay S 30.000; Gastgewerbe 1 Computer, 1 Drucker, 1 Modemschrank, diverse Software, diverse Küchenmaschinen S 279.000; Großhandel diverse Hardware S 17.000; Holzbearbeitung 1 Computer, diverse Hard- und Software, 1 Breitbandschleifmaschine S 299.000; KFZ-Technik I 1 komplette EDV-

Saal-Ausstattung mit Verkabelung, 1 Drucker, 1 Motortester S 429.000; KFZ-Technik II 1 Computer, 1 Drucker, 1 Scanner, diverse Hard- und Software S 136.000; Maschinenschlosser 1 Computer, diverse Software S 47.000; Mechaniker und Optiker 2 Drucker, diverse Hard- und Software S 108.000; Nachrichtentechnik 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung mit Verkabelung, 1 Notebook, 2 Drucker S 673.000; Sanitär- und Heizungstechnik 1 Computer, 1 Drucker S 45.000; Schlosser und Glaser 3 Computer, 1 Drucker, diverse Hard- und Software S 115.000; Spengler und Karosseure 1 Schweißanlage S 115.000; Technische Zeichner 1 Computer S 22.000.

Im Zuge der Instandsetzung und Modernisierung der Berufsschulen für Friseure I und II wurden Werkstätteneinrichtungen in der Höhe von S 4,466.000 getätigt.

Insgesamt wurden 1997 für die Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen 16,925.000 S aufgewendet. Für den praktischen Unterricht im Jahre 1997 waren 9,043.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,359.000 S erforderlich. Der Stadt Wien erwachsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 802,044.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand enthalten, von dem 50 Prozent auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes vom Bund der Stadt Wien rückerstattet werden.

Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird in unterschiedlichen Organisationsformen angeboten:

Berufsschule für Baugewerbe

Für die Berufe Maurer und Schalungsbauer, Isoliermonteur, Stukkateur und Trockenausbauer, Hafner, Pflasterer, Platten- und Fliesenleger gelten folgende Bestimmungen: 1., 2. und 3. Klassen jeweils drei Blöcke pro Schuljahr.

Berufsschule für Maler und Kunstgewerbe

Im Lehrberuf Maler und Anstreicher ist man komplett auf Blockunterricht umgestiegen (September 1995). Die Schilderhersteller werden im zweiten Semester der dritten Klasse 2x2 Wochen unterrichtet.

Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik

Komplett auf geblockten Unterricht umgestiegen (September 1996)

Ein österreichisches Unikat gibt es im Elektro-Starkstrombereich für die auszubildenden Gewerbebetriebe mit dem Lehrberuf Elektroinstallateur, nämlich eine Wahlmöglichkeit aus drei verschiedenen Organisationsformen:

Berufsschule für Elektrotechnik I

Im ersten Semester des ersten Schuljahres - 1 Schultag; im zweiten Semester - 2 Schultage; im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Diese Form wird überwiegend für den industriellen Bereich angeboten (vereinzelt auch im Gewerbe). Für den gewerblichen Bereich wird im ersten Schuljahr an 1 fi Schultagen durchgehend (1. und 2. Semester) unterrichtet, im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Bei den Anlagenmonteuren im vierten Lehrjahr wird geblockter Unterricht durchgeführt.

Berufsschule für Elektrotechnik II

Generell geblockter Unterricht seit September 1996.

Berufsschule für Spengler und Karosseure

Ab dem Schuljahr 1997/98 für den Lehrberuf „Blechschröcker, Spengler, Kupferschmied“ wird ein geteilter Lehrgang (Blockunterricht) durchgeführt.

Berufsschule für Nachrichtentechnik

Ganzjähriger Unterricht. Allerdings werden auch Lehrplaninhalte (Hochtechnologie) der Berufsschulzeiterweiterung (120 Unterrichtseinheiten Laborunterricht) in geblockter Form unterrichtet.

Berufsschule für Bäcker, Konditoren und Fleischer

Für den Lehrberuf Fleischer erfolgt geblockter Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit“.

Berufsschule für Chemie, Graphik und gestaltende Berufe

Der Unterricht im Gegenstand Praktische Arbeit erfolgt für die Lehrberufe Reprötekniker, Drucker, Druckvorstufentechniker und Fotograf in geblockter Form.

Berufsschule für Mechaniker und Optiker

Lehrgangsmäßiger Unterricht wird für den Lehrberuf Verpackungsmittelmechaniker vorgenommen.

Berufsschule für Gärtner und Floristen

Es erfolgt ein lehrgangsmäßiger Unterricht. Nur für die Wiener Gärtnerlehrlinge wird ein Jahresunterricht erteilt.

Berufsschule für Einzelhandel III

Ein lehrgangsmäßiger Unterricht wird bei den Reisebüroassistenten durchgeführt.

Berufsschule für Bekleidung, Textil, Technische Zeichner und Zahntechniker

Lehrgänge werden für Textilmechaniker, Gerber, Kürschner, Hutmacher, Modist, Tierpfleger, Präparatoren abgehalten und ab September 1997 auch für Schuhmacher, Orthopädienschuhmacher.

Berufsschule für Holzbearbeitung und Musikinstrumentenerzeuger

Es erfolgten Lehrgänge für Musikinstrumentenerzeuger, Klaviermacher und Orgelbauer, Drechsler, Bildhauer.

Einzelhandelskaufmann, Waffen- und Munitionshändler: Der Unterricht erfolgte in den 1. Klassen: im 1. Semester an zwei Tagen zu je 8 Unterrichtseinheiten, im 2. Semester an zwei Tagen mit 8 bzw. 7 Unterrichtseinheiten. 2. Klassen: ganzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten. 3. Klassen: ganzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten.

Alle anderen Handelsberufe:

Ganzjährig an zwei Schultagen (Halbtagen) mit je 6 Unterrichtseinheiten.

In den anderen Berufsgruppen unterschiedliche Formen:

Zumeist:

1. Klassen: 1. Semester - 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.

2. Semester - 2 Schultage mit 9 Unterrichtseinheiten

2., 3. und 4. Klasse: ganzjährig - 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten
oder

1. Klassen: ganzjährig - 1 1/2 Schultage.

2., 3. und 4. Klasse: ganzjährig - 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.

Das Ziel der Verfachlichung wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen Lehrberufen wurden in den fachtheoretischen Gegenständen Gruppenteilungen eingerichtet, nur in wenigen Gewerben werden auf Grund der geringen Schülerzahl mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefaßt. Darüber hinaus werden Lehrlinge aus mehreren Bundesländern, die in Splitterberufen ausgebildet werden, auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht bis zwölf Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Schuljahr 1996/97 insgesamt 59 Lehrgangsklassen mit Schülern der oben zitierten Lehrberufe. Andererseits besuchten rund 1 Prozent der Wiener Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher und Vulkaniseure, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Im Oktober 1997 bekannten sich etwa 25 Prozent der Berufsschüler zu einer nichtdeutschen Muttersprache. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist jedoch gegenüber den letzten Jahren wieder deutlich angestiegen. In jenen Klassen, in denen es noch sprachliche Probleme gibt, wird mittels eines Schulversuches dieses Manko ausgeglichen.

Weitere Schulversuche beschäftigen sich mit der qualitativen Anhebung der fachlichen Ausbildung von Berufsschülern, so zum Beispiel im Bereich der Fotovoltaik, der Optiker, Grafiker, Lüftungsanlagenbauer und der Fremdsprachen. Im Sinne der Fortsetzung von Integrationsmaßnahmen für behinderte Lehrlinge werden Schulversuche in 20 Klassen geführt. Andere dienen der Erprobung neuer Fachrichtungen, wie z.B. an der Berufsschule für Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute („Bankkaufmann“) oder an der Berufsschule für Einzelhandel IV („Einzelhandelskaufmann - Fachrichtung EDV“).

An der Berufsschule für Büro- und Industriekaufleute wird ein Schulversuch für Lehrlinge im Lehrberuf „Bürokaufmann“ durchgeführt, der die Ausweitung und Neueinführung von Pflichtgegenständen beinhaltet, um den durch den vermehrten Einsatz der EDV im Verwaltungsbereich geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Schulversuch wird die Unterrichtszeit von 9 auf 14 Unterrichtseinheiten pro Woche, das sind somit 560 Jahreswochenstunden pro Schulstufe, ausgeweitet. Darüber hinaus wird in 2 Klassen im Gegenstand „Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr“ Englisch als Arbeitssprache verwendet.

Die Ausstattung der Wiener Berufsschulen mit Funktionsräumen und die weitere bauliche Erneuerung machen es möglich, daß die Wiener Berufsschüler auch ein vermehrtes Angebot an Freigegenständen erhalten. Im Angebot befinden sich Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch), Kurzschrift und Religion, sowie Unverbindliche Übungen (Leibesübungen).

Mit 1. Dezember 1997 wurden 300 Lehrlinge der Besonderen Selbständigen Ausbildungsstätte Jugend am Werk in mehrere Berufsschulen aufgenommen. Unter dem Arbeitstitel „Lehrlingsstiftung“ wurden in Zusammenarbeit mit Jugend am Werk, AMS Jugendliche und der Arbeiterkammer Wien für lehrstellensuchende Jugendliche Ausbildungsplätze geschaffen.

Die Teilnahme an EU-Projekten wurde zu einem fixen Bestandteil der Arbeit an den berufsbildenden Pflichtschulen. Sowohl der Schüleraustausch, in Übereinstimmung mit den Lehrbetrieben, als auch der Erfahrungsaustausch von LehrerInnen und DirektorInnen wird in den nächsten Jahren eine Fortsetzung finden.

Das pädagogische Konzept der Wiener Berufsschulen ist darauf ausgerichtet, durch Bereitstellen optimaler Lernbedingungen und durch eine bestmögliche Lehreraus- und -fortbildung die im § 46 Schulorganisationsgesetz festgelegten Aufgaben der Berufsschule zu erfüllen. Ein vielfältiges Freizeitprogramm bietet das Schulgemeindereferat in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen. Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Sprach- und Bildungsreisen, Lernhilfen usw. sollen den über den schulischen Bereich hinausgehenden Teil der Erziehungsarbeit an den Wiener Berufsschulen unterstützen.

Die Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Berufe sind in erster Linie mittlere berufsbildende Schulen mit einer gut fundierten praktischen Ausbildung für Großhaushalte und Fremdenverkehrsbetriebe sowie für kaufmännische Berufe. Als zweite Ausbildungsmöglichkeit wird eine einjährige Haushaltungsschule, die das 9. Schuljahr ersetzt, angeboten.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9, Hahngasse 35, führt den Ausbildungsschwerpunkt Ernährungs- und Betriebswirtschaft.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 12, Dörfelstraße 1, führt die Ausbildungszweige zweite Lebende Fremdsprache (Französisch) sowie Gesundheit und Soziales.

An der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wird seit dem Schuljahr 1995/96 der Ausbildungsschwerpunkt Modedesign, der den Schulversuch gleichen Namens ablöst, geführt. Im Kernbereich wird neben allgemeinbildenden Fächern unter anderem Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Textverarbeitung unterrichtet. Im Gegenstand Werkstätte wird je nach Ausbildungsschwerpunkt differenziert unterrichtet. Es kann zwischen vier Ausbildungsschwerpunkten gewählt werden. Die vierjährige Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wurde nur mehr auslaufend geführt (bis 1996/97).

Die Fachschule 9, Hahngasse 35, wurde im Jahre 1997 an die Fernwärme angeschlossen, die Dacheindeckung und die Hoffenster wurden erneuert, die Gassenfassade instand gesetzt, die Gangverteiler in allen Geschossen erneuert und die Steigleitung verstärkt sowie die Modernisierung der Lehrküche und des Hauswirtschaftsraumes im Erdgeschoß mit einem Gesamtbetrag von insgesamt rund 11 Millionen Schilling durchgeführt.

In der Fachschule 15, Siebeneichengasse 17, wurden im Jahre 1997 sämtliche Gangverteiler erneuert und die Steigleitung mit einem Aufwand von S 1.075.000 verstärkt.

Der Sachaufwand betrug für die Fachschule 9, Hahngasse 35, (Ausstattung einer Lehrküche und diverse Küchengeräte) 309.000 S, für die Fachschule 12, Dörfelstraße 1, (1 Computer, 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung mit Verkabelung, 1 Drucker, 1 Waschmaschine, 1 Trockner) 553.000 S und für die Fachschule 15, Siebeneichengasse 17, (1 Server, 1 Drucker, diverse Hard- und Software) 74.000 S.

Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1997 rund 80 Millionen Schilling. Auf Grund einer Subventionsvereinbarung werden 80 Prozent des Lehrpersonalaufwandes (Aktivbezüge) vom Bund der Stadt Wien refundiert. Die Abteilung deckt auch den LehrerInnenbedarf für das erste Ausbildungsjahr an den drei Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Das Pädagogische Institut (PI) der Stadt Wien ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an allgemeinbildenden Pflichtschulen und an allgemeinbildenden höheren Schulen sowie der KindergärtnerInnen und HorterzieherInnen. Ferner beschäftigt sich das Institut mit pädagogischer Tatsachenforschung, die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt. Am Institut bestehen weitere Einrichtungen (Projektzentren), zum Unterricht in Umweltfragen ein MitweltBüro, ein Gesundheitsförderungszentrum und eine Studienbücherei (Pädagogische Zentralbücherei).

Das PI arbeitet mit Universitäten, anderen Pädagogischen Instituten, der Stadt Wien, der Arbeiterkammer, dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (OIE), Einrichtungen der Kindergartenpädagogik, den Pädagogischen Akademien und anderen Instituten der Erwachsenenbildung zusammen.

Schwerpunkte lagen in der aktiven Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft; Integration, Suchtprävention, AIDS-Aufklärung, Umgang mit Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Hilfen bei Verhaltensauffälligkeiten u. a. m. Gleichzeitig wurde Hauptaugenmerk auf neue Lehr- und Lernformen und auf lebensbegleitendes Lernen gelegt.

Das PI hat seine Verwaltungsstruktur auf einen modernen EDV-gestützten Betrieb für mehr als insgesamt 17.000 Wiener LehrerInnen umgestellt. Mit dieser Maßnahme konnte auch das PI den Schritt an Schulen im Sinne von „Schulinterner Lehrerfortbildung“ setzen. Diese neue Qualität der Fortbildung wird dazu beitragen, Innovationen und Organisationsentwicklung an der einzelnen Schule zu ermöglichen.

Das PI ist aber auch kulturelles Zentrum im 7. Wiener Gemeindebezirk, hat Lesungen, Musikvorführungen, Kunstausstellungen und Präsentationen geboten.

1997 wurden 8.514 Inskriptionen vorgenommen. Es wurden 1.616 (1.079 APS, 537 AHS) Veranstaltungen angeboten; insgesamt haben daran 1.303 DozentInnen für das Pädagogische Institut der Stadt Wien gearbeitet und 49.189 TeilnehmerInnen betreut.

Der Bücherzuwachs 1997 der Pädagogischen Zentralbücherei betrug im Zeitraum 1.1. bis 31.12.1997 666 Bände, wodurch der Bücherbestand Ende 1997 auf rund 193.550 Bände (Bücher und gebundene Zeitschriften) anwuchs. Im Lesesaal liegen 165 Zeitschriften auf.

Im Jahre 1997 besuchten 6.249 Personen die Bücherei. Davon entlehnten 3.651 EntlehnerInnen 16.089 Bücher und Zeitschriften. Der Lesesaal wurde von 1.815 LeserInnen besucht, die 8.392 Bücher und Zeitschriften benutzten. Die gesamte Buchbewegung umfaßte somit 24.481 Bände.